

b&w

bildung & wissenschaft
Deine Mitgliederzeitschrift aus Baden-Württemberg

WÄHLEN
GEHEN

04
2024

TITELTHEMA

PERSONALRATS- WAHLEN

Schwerpunkt
Berufliche Schulen

Personalratswahlen
ÖPR ZSL und HPR asB

Reform des Schulsystems
Vier kühne Vorschläge

The logo for WG (Wohnungsgesetz) is displayed in white on a teal square background.

GUT VERSICHERT.
UND GUT IST.

A photograph of two men and a mannequin. On the left, a white mannequin has a soccer ball for its head. In the center, a man with a mustache in a striped vest gestures towards the mannequin. On the right, a man in a green jacket holds a broken white ceramic bust of a head, pointing at it with a finger. The background is a plain, light-colored wall.

DAMIT SCHERBEN NICHT
FÜR KOPFZERBRECHEN SORGEN:

PREIS & LEISTUNG

Das wird teuer, sagen die einen. Hoffentlich gut versichert, sagen die anderen. Kein Problem, sagen wir. Und sorgen dafür, dass zumindest kein Loch in der Haushaltskasse entsteht.

Die Privathaftpflichtversicherung der WGV.
Die mit dem guten Preis-Leistungs-Verhältnis.

wgv.de/haftpflicht

The logo for FOCUS MONEY is shown in white on a red background.

**FAIRSTES
PREIS-LEISTUNGS-
VERHÄLTNIS**

10 weitere Anbieter
erhielten die Note Sehr Gut
Im Test: Privat-Haftpflicht-
versicherer in Deutschland

Ausgabe 37/2023

Jetzt zur
WGV
wechseln und
sparen!

Foto: Andreas Stephany



Monika Stein,
Landesvorsitzende

Müssen die Lautesten gewinnen?

Liebe Kolleg*innen, liebe Leser*innen,

Nach fast 8 Jahren grün-schwarzer Regierung kann uns fast schwindlig werden, wenn wir in den letzten Wochen die Spitze des Kultusministeriums beobachten. Ein Sprachförderkonzept wird in Windeseile aus dem Boden gestampft, währenddessen die Schulträgerschaft des 21. Jahrhunderts verhandelt, ein digitales Arbeitszimmer auf den Weg gebracht, ein Fahrplan für G9 diskutiert, eine höhere Unterstützung von Schulbausanierung und Schulneubau verhandelt, das nächste Treffen der Bildungsallianz vorbereitet wird und noch einiges mehr. Angeblich sollen auch in der sogenannten 2. Säule der Sekundarschulen Veränderungen umgesetzt werden. Spitzenmäßig? Der Workload, wie das neudeutsch heißt, ist im Moment unbestreitbar enorm hoch und das Tempo erstaunlich.

Das kann aber auch daran liegen, dass in den letzten Jahren vieles nicht angepackt wurde, um sich nicht schwierigen Diskussionen innerhalb der Regierungskoalition aussetzen zu müssen. Ein Schelm, wer darüber spekuliert, dass das alles auch mit Vorwahlkampf zu tun haben könnte. Es sind zwar noch zwei Jahre bis zu den nächsten Landtagswahlen, aber spürbar ist, dass sich alle Parteien schon darauf vorbereiten.

Solange die richtigen Dinge jetzt endlich angestoßen werden, könnten wir uns alle freuen. Allerdings ist bei diesen vielen gleichzeitigen Großaufgaben die Gefahr groß, dass Flüchtigkeitsfehler passieren, dass unausgegorene Dinge losgetreten werden, die nachher mehr Schaden als Nutzen verursachen. Ich will keins dieser vielen Projekte schlechtreden. Dass mit G9 der lautesten und durchsetzungsstärksten Lobby aus Elternkreisen jetzt die Wünsche erfüllt werden, ohne dass die Auswirkungen auf die anderen Schularten der Sekundarstufen und der Beruflichen Schulen umfassend bedacht sind, und richtige und wichtige

Weichenstellungen für die Sekundarstufe 1 und die Beruflichen Schulen vorgenommen werden, das werfe ich dieser Landesregierung und diesem Landtag aber vor. Die Bürger*innenbeteiligung zu G9 hatte ergeben, dass die Gymnasialzeit verlängert werden soll. Aber die Auswirkungen auf die anderen Schularten sollten auch bedacht werden. Das Tempo, in dem jetzt die ersten Pflöcke für die Reform der Gymnasien eingeschlagen werden, hat den unerlässlichen zweiten Baustein der Reform im Landtag und im Kultusministerium bisher in Vergessenheit geraten lassen.

Die Stärkung der frühen Bildung und der Grundschulen, die bisher nur als Absichtserklärung bekannt war und jetzt durch ein Sprachförderkonzept etwas konkreter wird, kann da nicht wirklich beruhigen. Auch für diese Bildungsbereiche, genau wie Sekundarstufe 1 und berufliche Schulen, muss die Kultusministerin mit Zähnen und Klauen kämpfen und für bessere Rahmenbedingungen in den Haushaltsberatungen streiten. Ansonsten wäre alles nur ein Handeln nach dem Motto: Die am lautesten schreien, die beste Lobbyarbeit leisten können, bekommen, was sie wollen, und der Rest hat Pech gehabt. Verantwortungsvolle und fürsorgliche Bildungspolitik, die den Bildungserfolg vom Elternhaus entkoppeln will, sieht anders aus.

Wir müssen weiterhin die Lobby derjenigen sein, deren Eltern nicht die besten Ressourcen haben, für ihre Kinder optimale Bedingungen einzufordern. Lassen Sie es uns gemeinsam anpacken!

Herzliche Grüße
Ihre

Monika Stein

WÄHLEN
GEHEN

14 **PERSONALRATS-
WAHLEN**

Schwerpunkt
Berufliche Schulen

Foto: franckreporter/istock



8 **Sprachförderung im
Übergang Kita – Grundschule**
Landesregierung ringt um Konzept



10 **Aktualisierte Lehrkräftebedarfs-
prognose für Grundschulen**
Neue Spielräume für
Verbesserungen



36 **Ethik in der Grundschule**
Verschoben auf
Sankt Nimmerlein?

In dieser Ausgabe

TITELTHEMA

PERSONALRATSWAHLEN 2024

- 14 Personalratswahlen**
Wählen gehen
- 16 Personalratswahlen Berufliche Schulen**
„Die GEW ist unsere politische Heimat“
- 18 Bezirkspersonalräte (BPR) Berufliche Schulen**
Beraten, begleiten, Sicherheit geben
- 21 ÖPR für Tarifbeschäftigte**
Minderheiten zu ihrem Recht verhelfen
- 22 GEW-Fachtag Berufliche Schulen**
Arbeitszeiterfassung: Ist das gut oder schlecht?
- 24 Portrait Berufliche Schule**
Von der Wirtschaft lernen

Arbeitsplatz Schule / Kita

- 8 Sprachförderung im Übergang Kita – Grundschule**
Landesregierung ringt um Konzept
- 10 Aktualisierte Lehrkräftebedarfsprognose für Grundschulen**
Neue Spielräume für Verbesserungen
- 26 Bildung. Mutig. Los.**
Vier kühne Vorschläge zur Reform des Schulsystems
- 30 Erfahrungsbericht Fachberater**
„Was machst du eigentlich genau?“
- 36 Ethik in der Grundschule**
Verschoben auf Sankt Nimmerlein?

Gesellschaft

- 40 Lesung**
Suche nach Aufmerksamkeit

Aus der Arbeit der GEW

- 32 Wahl Hauptpersonalrat asB**
Warum wählen gehen?
- 34 Wahl Örtlicher Personalrat ZSL**
GEW Personalrät*innen: Wofür wir da sind
- 35 Vertrauensmensen-Wahl**
Bekannte und neue Gesichter bei den Vertrauensmensen

Rubriken

- 3 Editorial**
- 6 Aktuell**
- 7 Glosse**
- 41 Kurz berichtet**
- 44 GEW vor Ort**
- 46 Jubilare**
- 47 Impressum**
- 48 Totentafel**
- 49 Termine**

Titel: franckreporter/iStock
Redaktionsschluss der nächsten b&w-Ausgabe:
15. April 2024

GRUND- UND HAUPTSCHULLEHRKRÄFTE IN BADEN-WÜRTTEMBERG VERDIENEN A13 / E13 GEW startet neue Aktionen

Seit 2002 engagiert sich die GEW für die Bezahlung der Grund- und Hauptschullehrkräfte nach A13/E13. Durchaus erfolgreich: Dank bundesweiter Kampagnen und großer Kraftanstrengungen werden Grundschullehrkräfte in 13 Bundesländern und die wissenschaftlichen Sekundarlehrkräfte in allen 15 anderen Bundesländern nach A13/E13 bezahlt. In Baden-Württemberg ist die GEW seit vielen Jahren am Ball: Grund- und Hauptschullehrkräfte wurden regelmäßig dazu aufgerufen, sich an Aktionen zu beteiligen. Das Ziel: Die Landespolitik zu überzeugen, dass diese Lehrkräfte auch in Baden-Württemberg besser bezahlt werden.

Auch dieses Jahr können die Grund- und Hauptschullehrkräfte aktiv werden und mit der GEW den Druck auf die Landesregierung erhöhen. Schon im März sind den Vertrauensleuten in den Kollegien Ideen dazu präsentiert worden. Mit einer Fotoaktion soll unserer Landesregierung klargemacht werden, dass sie endlich aktiv werden muss. Je mehr Kolleg*innen mitmachen, desto größer ist die Wirkung.

Durch unseren Druck und unsere Argumente konnten wir in Baden-Württemberg schon einiges erreichen. Fraktionen der SPD und FDP sprechen sich für A13/E13 aus. Auch die Landespartei der Grünen, die seit bald 13 Jahren den Ministerpräsidenten und seit 2021 die Kultusministerin und den Finanzminister stellt, ist überzeugt. Die Grünen haben am 16. Mai 2023 Forderungen zur Stärkung der Grundschulen öffentlich gemacht. Eine der Forderungen war die schrittweise Anhebung der Bezahlung der Grundschullehrer*innen auf A13/E13. Leider hat die Partei die eigenen Landtagsabgeordneten, die grünen Minister*innen und den Ministerpräsidenten noch nicht überzeugen können. Die CDU lehnt eine bessere Bezahlung der Grundschullehrkräfte bisher ab.

Für die GEW ist klar: Bei den Lehrkräften an den Grundschulen und den Haupt- und Werkrealschulen muss es endlich voran gehen. Die meisten der rund 30.000 Lehrkräfte an diesen Schularten verdienen bis zu 500 Euro monatlich weniger als ihre Kolleg*innen in den



Die GEW hat Grund- und Hauptschul-Kolleg*innen dazu aufgerufen, ein Foto zu schicken und mit ihrem Gesicht für die gemeinsame Forderung nach A13/E13 zu werben.

anderen Schulen. Immerhin werden die Kolleg*innen, die das Sekundarlehramt studiert haben, nach A13/E13 bezahlt. Und natürlich setzt sich die GEW auch für eine bessere Bezahlung der Fach- und Technischen Lehrkräfte ein.

Eine bessere Bezahlung für die Grundschullehrkräfte und die Hauptschullehrkräfte ist nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit angemessen. An den Grundschulen fehlen Lehrkräfte, und die Bewerber*innen für die Studienplätze gehen zurück. Eine angemessene Bezahlung nach A13/E13 ist auch ein Beitrag, diesen Beruf für junge Menschen und die Bestandslehrkräfte attraktiver zu machen. Unterstützen Sie uns aktiv bei unserer Aktion „JA 13“. Wir müssen gemeinsam hartnäckig Druck dafür machen, dass unser Bundesland die Lehrkräfte endlich fair bezahlt. ■

Monika Stein

GEW-Landesvorsitzende

HARTNÄCKIGKEIT DER DGB-GEWERKSCHAFTEN ZAHLT SICH AUS

Vollständige Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamt*innen kommt

Die Regierungsfractionen der Grünen und der CDU haben sich geeinigt, den Tarifabschluss der Länder auf die Beamt*innen des Landes und der Kommunen eins zu eins zu übertragen. Damit haben sie den ursprünglichen Plan des Finanzministeriums (FM) verworfen. Dieser sah anstelle der im Tarifabschluss vereinbarten Anhebung der Gehälter um einen Sockelbetrag von 200 Euro im November 2024 für die Beamt*innen eine lineare Anhebung von 3,6 Prozent vor. Dieser Plan ist jetzt vom Tisch. Bei den Beamt*innen werden die Gehälter im November nun ebenfalls um den Sockelbetrag von 200 Euro angehoben. Zum 1. Februar 2025 folgt dann genauso wie bei den Tarifbeschäftigten eine weitere Erhöhung von 5,5 Prozent. Das Ziel der DGB-Gewerkschaften in der Tarif- und Besoldungsrunde ist damit erreicht: Es kommt eine einheitliche,

solidarische Lohnsteigerung für Tarifbeschäftigte und Beamt*innen mit einer starken sozialen Komponente für die unteren und mittleren Gehalts- und Besoldungsgruppen. Der Sockelbetrag führt dazu, dass bis weit in die höheren Besoldungsgruppen (bis A 13 Stufe 7) hinein das Gehalt höher steigt, als im verworfenen Plan des FM, auch wenn berücksichtigt wird, dass das FM ursprünglich im zweiten Schritt die Besoldung geringfügig stärker anheben wollte (um 5,6 Prozent). Die Argumente der DGB-Gewerkschaften, wonach der Sockelbetrag verfassungsrechtlich unproblematisch ist, haben auch das FM überzeugt. Nachdem die Pläne der Landesregierung, den Sockelbetrag nicht zu übertragen, bekannt wurden, haben Gewerkschaftsmitglieder gegen dieses Vorhaben protestiert und in vielen Gesprächen mit Landtagsabgeordneten für die Übertra-

gung argumentiert. Letztlich mit Erfolg. Ein Problem bleibt noch. Auf die Versorgungsempfänger*innen wird die Gehaltssteigerung des Tarifvertrags entsprechend der Vorgaben des Versorgungsrechts übertragen. Bei der Inflationsausgleichprämie werden sie aber weiter benachteiligt. Sie erhalten insgesamt nur eine Prämie in Höhe ihres Ruhegehaltssatzes und damit maximal 2152,50 Euro. Aktive Beamt*innen und Tarifbeschäftigte erhalten insgesamt 3.000 Euro. Im noch ausstehenden Gesetzgebungsverfahren wird die GEW sich gemeinsam mit dem DGB für eine Nachbesserung stark machen. ■

Martin Schommer

Referent für Tarif-, Beamten- und Sozialpolitik

Weitere Informationen:

www.gew-bw.de/uebertragung-tarifabschluss

Glosse Belohnung

Eine sehr nette Leserin hat mir eine Tüte mit kleinen Schokoladentäfelchen geschenkt, weil Sie meine Glosse gerne liest. Da hab ich fast ein bisschen geweint vor Rührung. Ich bekomme ja immer wieder nette Nachrichten, aber Süßigkeiten habe ich noch nie gekriegt. Die Schokoladentäfelchen habe ich auf meinen Schreibtisch gelegt. Die muss ich richtig genießen, habe ich gedacht. Dann habe ich die VERA-Arbeiten auf meinen Schreibtisch gepackt und angefangen zu korrigieren. Nach der ersten habe ich ganz langsam eines der Täfelchen verspeist. Zum Trost hab ich mir gesagt, weil die erste VERA war gar nicht so gut. Nach fünf VERAs waren fünf Täfelchen weg. Und das, obwohl die gar nicht schlecht waren, aber da habe ich mir wiederum gesagt: Die esse ich zur Belohnung, weil ich ein so guter Lehrer bin. In der Klasse, deren VERAs ich korrigieren durfte, sind 26 Schüler*innen. So viele Täfelchen schaffe nicht mal ich hintereinander weg. Bei VERA 15 hörte ich auf und brühte mir träge



einen Kaffee. Die restliche Schokolade schob ich in eine kleine Schüssel und stellte sie auf den Wohnzimmertisch. Dann korrigierte ich ohne Belohnung weiter. Ich werde, sagte ich mir, wenn ich mit allen VERAs fertig bin, noch ein Täfelchen essen. Nur noch eines. Als ich alles verbessert und die Online-

listen eingetragen hatte (immer leise vor mich hinfluchend, weil ich mich vertippt hatte), nahm ich meine eingetrocknete Kaffeetasse und ging ins Wohnzimmer. Da saßen die Kinder und die Frau. Die Schüssel war leer, die bunten Einwickelpapierchen lagen über den Tisch verstreut. Ich hätte fast meine Tasse fallen lassen und sagte vorsichtig: „Das war meine Schokolade, die ich...“. Das mittlere Kind führte den Satz zu Ende: „... von einer netten Leserin bekommen habe, weil sie deine Glosse gerne liest, ja, ja, den Text kennen wir schon.“ Ich konnte es nicht glauben. „Wenn ihr das wisst, warum esst ihr das dann trotzdem?“, fragte ich. Alle schauten zu mir auf. „Weil“, sagte das mittlere Kind, „wir dauernd in deiner Dingsda vorkommen, wir haben das genauso verdient wie du!“ Obwohl es mir widerstrebte, das verstand ich. Gut, dass die Schüler*innen die Glosse nicht lesen. Wer weiß, was die für Forderungen an mich hätten.

Jens Buchholz

SPRACHFÖRDERUNG IM ÜBERGANG KITA – GRUNDSCHULE

Landesregierung ringt um Konzept

Kultusministerin Theresa Schopper hat sich bekannt: Die Grundschule und die Sprachförderung vor der Einschulung haben für sie und die ganze Landesregierung die höchste Priorität. Dorthin sollen Ressourcen und Gelder fließen. So sollen mehr Kinder als bisher die in der Grundschule geforderten Basiskompetenzen erreichen.

Am 15. März 2024 hat das KM über das aktuelle Konzept zur Sprachförderung im letzten Kita-Jahr und ersten Grundschuljahr informiert: Ab September 2024 soll das Programm mit etwa 450 Gruppen starten. Zunächst an den 200 Standorten des Projekts „Schulreifes Kind“. Die Teilnahme daran ist für die Kitas, Schulen und Kinder vorerst freiwillig. Das Konzept wird aufwachsend und wahrscheinlich ab 2027/28 flächendeckend und verbindlich auf ganz Baden-Württemberg übertragen.

„Völlig offen ist, wer bei dem herrschenden Fachkräftemangel in Kitas und den Grundschulen die Sprachförderung übernehmen soll.“



Fotos: imago

Das Kultusministerium geht davon aus, dass 30 Prozent aller Kita-Kinder eine zusätzliche Sprachförderung brauchen.



Kita-Kinder sollen für eine vierstündige Sprachförderungen in Grundschulen gebracht werden.

Bei der bestehenden Einschulungsuntersuchung (ESU), die verpflichtend für alle Kinder im Alter von viereinhalb Jahren stattfindet, ist ein Spracherhebungstest integriert. Wenn dadurch bei Kindern ein erhöhter Sprachförderbedarf festgestellt wird, ist eine verpflichtende Sprachförderung in Gruppen von durchschnittlich 8 Kindern von 4 Stunden pro Woche im letzten Kindergartenjahr geplant. Das KM geht davon aus, dass dies etwa 30 Prozent der Kinder betreffen wird, also rund 30.000 Kinder. Sobald das Angebot flächendeckend besteht, soll die Teilnahme daran für die betreffenden Kinder verpflichtend sein. Vermutlich sollen die Grundschulen diese Sprachförderpflicht überwachen und im Zweifelsfall auch durchsetzen, dass die Kinder an der Förderung teilnehmen.

KOMMENTAR

Landesregierung muss noch Hausaufgaben machen

Gut ist, dass die Sprachförderung in den Fokus genommen wird. Gut ist auch, dass frühe Bildung und Grundschulen an dieser Stelle wenigstens ein Stück weit gemeinsam gedacht werden.

Einiges am Konzept der Landesregierung ist aber noch so unklar, dass ich es kaum bewerten kann. Offen ist, woher bei dem herrschenden Fachkräftemangel in Kitas und den Grundschulen die Fachkräfte für die Sprachförderung kommen sollen. Offen ist auch, ob sie an Kitas oder Grundschulen stattfinden soll, und es ist noch nicht klar, zu welcher Tageszeit oder wie oft pro Woche die 4-stündige Sprachförderung angeboten wird, noch wie sie inhaltlich gestaltet sein soll. Auch der Zeitpunkt für die zweite Spracherhebung vor der Einschulung, das einzusetzende Verfahren oder wer den Test durchführt, sind noch unklar. Was aber klar ist: Wenn Schulleitungen die Pflicht zum Besuch der Sprachförderung durchsetzen sollen, brauchen sie dafür zusätzliche zeitliche Ressourcen. Das gilt auch für die Lehrkräfte, die das Konzept umsetzen sollen.

*Das Sprachförderkonzept wirkt sich auf die bestehende Kooperation von Kita und Schule aus. Diese Kooperation läuft ein ganzes Schuljahr, ist sehr personalintensiv für die Kolleg*innen in den Kitas und den Grundschulen und mit zu knappen Ressourcen ausgestattet. Sie hat sich über viele Jahre entwickelt. Auch hier spielt die Spracherhebung und die Sprachförderung eine wichtige Rolle. Wie wird diese Kooperation in das neue Konzept eingebunden sein? Es liegt auf der Hand, dass die Koop-Lehrkräfte zusammen mit den Kolleg*innen an den Kitas die Sprachförderung gemeinsam gestalten und koordinieren sollten. Dafür brauchen sie ausreichend Zeit.*

Auch dem KM ist klar: Besser als das geplante Sprachförderkonzept wäre es, früher und integrierter anzusetzen. Für viele Familien wäre der Ausbau einer aufsuchenden und wesentlich niederschwelligeren Unterstützung nach der Geburt eines Kindes sinnvoll und notwendig. Auch der Ausbau der alltagsintegrierten Sprachförderung, wie sie die letzten Jahre mit den Sprachkitas

aufgebaut wurde und die in allen Kitas wesentlich ausgebaut werden müsste, ist in den ersten Skizzen des KM-Konzepts noch nicht erkennbar. Dabei wäre eine personell und konzeptionell gut ausgebaute alltagsintegrierte Sprachförderung in den Kitas der richtige Weg für Kinder im Kitaalter. Der Landesregierung fehlt auch noch ein Plan, wie der Anteil der Kinder, die eine Kita besuchen, gesteigert werden kann. Dieser Anteil ist in den letzten Jahren nämlich von 98 Prozent auf nur noch etwa 90 Prozent abgesunken. In erster Linie müssen dazu die Plätze an den Kitas ausgebaut und das notwendige Personal ausgebildet werden. Dann wäre eine sinnvolle, alltagsintegrierte und niederschwellige Sprachförderung an allen Kitas möglich.

Wir bieten dem Kultusministerium an, die Expertise der GEW stärker mit einzubeziehen. Am besten bevor weitere Rahmenbedingungen des Konzepts öffentlich festgeklopft werden. ■

Monika Stein

Unklar ist die genaue Ausgestaltung der Sprachförderung. Sie soll in Gruppen stattfinden, die vorrangig in einer Kita, ansonsten in der zuständigen Grundschule angeboten werden. Eine besonders fortgebildete pädagogische Fachkraft oder eine besonders fortgebildete Lehrkraft sollen die Sprachförderung von vier Stunden in der Woche übernehmen. Vorher und nachher sind die Kinder in ihrer jeweiligen Kita oder zu Hause. Wenn die Sprachförderung in einer Kita nicht möglich ist (weil z.B. Räume oder Personal fehlen), soll sie für Kinder aus verschiedenen Kitas zusammen mit Kindern, die keine Kita besuchen, in Gruppen in Grundschulen stattfinden. Regelungen über die Beförderung der Kinder, die Räumlichkeiten und über die Durchsetzung der

Pflicht bzw. die den Eltern wärmstens empfohlene Teilnahme muss das KM noch entwickeln. Die Finanzierung des Personals, die Kinderbeförderung und die Sachkosten sind laut Kultusministerium bereits sichergestellt.

Wenn bei einem zweiten Sprachtest im letzten Kita-Jahr weiterhin ein erhöhter Förderbedarf festgestellt wird, sollen diese Kinder nicht in eine reguläre erste Klasse eingeschult werden. Sie sollen vom Schulbesuch zurückgestellt und in sogenannten Juniorklassen 22 oder eventuell auch 25 Stunden pro Woche Sprachförderung erhalten und in Basiskompetenzen und schulischen Vorläuferfähigkeiten gefördert werden. So soll erreicht werden, dass sie nach dem Jahr in der Juniorklasse erfolgreich in der Grundschule lernen können. Die Juniorklassen

werden an Grundschulen gebildet und starten nach den bisherigen Plänen im Schuljahr 2026/27. Sie sollen die bisherigen Grundschulförderklassen ablösen. Das KM rechnet damit, dass drei- bis viermal so viele Kinder künftig eine Juniorklasse besuchen, wie im Moment in den Grundschulförderklassen gefördert werden. Die Juniorklassen sollen in das Ganztagsangebot der Grundschule einbezogen und die Schüler*innen gegebenenfalls in die Schule befördert werden – zwei alte Forderungen der GEW werden damit erfüllt. ■

Monika Stein

GEW-Landesvorsitzende

AKTUALISIERTE LEHRKRÄFTEBEDARFSPROGNOSE FÜR GRUNDSCHULEN

Neue Spielräume für Verbesserungen

Neue Berechnungen zeigen, dass bald wieder mehr Stellen an Grundschulen besetzt werden und bis zum Jahr 2035 gut 7.000 Lehrer*innen für Verbesserungen in den Klassen 1 bis 4 eingesetzt werden könnten. Dieses Ergebnis stellte die GEW-Chefin Monika Stein Ende März auf der Pressekonferenz vor.



Monika Stein stellt auf der Pressekonferenz Ende März neue Zahlen für den Lehrkräftebedarf vor.

Unser Ziel muss sein, alle Schulen so auszustatten, dass vom ersten Schultag an Unterricht wie geplant stattfinden kann, eine ausreichende Vertretungsreserve existiert und Zeit für Qualitätsentwicklung bleibt. Schulen müssen so krisenfest sein, dass sie auch geflüchtete Kinder jederzeit aufnehmen können. Dazu braucht die Politik verlässliche Zahlen und muss geeignete Maßnahmen ableiten. Die GEW hat im Oktober 2022 das letzte Gutachten zum Lehrkräftebedarf in Baden-Württemberg vorgestellt. Bildungswissenschaftler Prof. Klaus Klemm prognostizierte zu diesem Zeitpunkt: Bis 2035 fehlen in den Schulen in Baden-Württemberg insgesamt 16.000 Lehrkräfte. Wenn mehr Stellen für Grundschulen und Inklusion sowie für Schulen in herausfordernden sozialen Lagen erreicht werden sollen, fehlen 27.000 Lehrkräfte.

Aktualisierte Zahlen lieferte im Januar die bundesweite Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung. Die GEW hat nun Klemm beauftragt, die Zahlen des Lehrkräftebedarfs für die etwa 2.400 Grundschulen in Baden-Württemberg zu aktualisieren.

Anlass der bundesweiten Studie war, dass die angenommenen Geburtenzahlen im Jahr 2022 und in den ersten acht Monaten des Jahres 2023 deutlich unterschritten wurden. Konkret berechnet die Studie, dass abhängig von den Geburtenzahlen ab 2025 und dann aufsteigend bis 2035 bundesweit rund 46.000 mehr Grundschullehrkräfte zur Verfügung stehen könnten als bislang erwartet wurden. Für Baden-Württemberg würde dies ein errechnetes zusätzliches Potenzial von ca. 7.000 Grundschullehrkräften bedeuten. Diese Lehrkräfte sind ein Potenzial, endlich die Stärkung der Grundschulen anpacken zu können.

Prognose der Zahlen der Grundschüler*innen

Um Prognosen auf den Prüfstand stellen zu können, spielen zwei Faktoren eine Rolle: die Geburtenzahlen und die Wanderungsbilanz, also die Zahl der Zu- und Wegzüge über die Landesgrenzen Baden-Württembergs.

AB **2025** AUFSTEIGEND
CA. **7.000**
GRUNDSCHULLEHRKRÄFTE
ZUSÄTZLICH IN BAWÜ

„Für 2022 wurden 3.400 Neugeborene mehr erwartet als in Baden-Württemberg geboren wurden. 2023 lag die Geburtenzahl etwa 10.100 niedriger als erwartet.“

Lehrkräftebedarfsentwicklung							
Schuljahr	Bedarf	Angebot	Saldo	Demografische Korrekturen	Bedarfs-Minderung	Bedarf bei demografischer Korrektur	Saldo bei demografischer Korrektur
2023/24	1.050	1.100	50			1.050	50
2024/25	1.100	1.100	–			1.100	–
2025/26	1.450	1.500	50			1.450	50
2026/27	1.350	1.500	150			1.350	150
2027/28	900	1.500	600			900	600
2028/29	850	1.300	450	3.400	217	633	667
2029/30	900	1.200	300	10.100	646	254	946
2030/31	650	1.200	550	10.100	646	4	1.196
2031/32	700	1.200	500	10.100	646	54	1.146
2032/33	750	1.200	450	10.100	646	104	1.096
2033/34	800	1.200	400			800	400
2034/35	800	1.200	400			800	400
2035/36	850	1.200	350			850	350
	12.150	16.400	4.250			9.349	7.051

Die Geburtenzahlen der letzten Jahre waren geringer als angenommen: Für 2022 wurden 3.400 Neugeborene mehr erwartet als in Baden-Württemberg dann wirklich geboren wurden. 2023 lag die Geburtenzahl etwa 10.100 niedriger als erwartet. Wenn die Geburtenzahlen der kommenden Jahre genauso bleiben, wird das ab 2028/29 erhebliche Auswirkungen auf die Zahl der Grundschulkinde haben. Ab 2032/33 würden dann im Primarbereich etwa 40.000 Kinder weniger lernen als erwartet wurde.


Die Wanderungsbilanz ist schwieriger abzuschätzen: Das Land rechnet damit, dass die Zuwanderung bis 2030 steigen wird und Baden-Württemberg jährlich bis zu 40.000 Personen gewinnt. Anschließend wird eine Stagnation prognostiziert.

Die tatsächliche Wanderungsbilanz schwankte in den letzten Jahren jedoch stark: Während Baden-Württemberg von 2018 bis 2021 durchgängig weniger Menschen als prognostiziert dazu gewann, gab es 2022 einen Zuwachs von

mehr als 178.000 Personen, hauptsächlich bedingt durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Dadurch hat sich zum Schuljahr 2022/23 die Zahl der Grundschüler*innen um etwa 13.300 erhöht.

Das Statistische Bundesamt erwartet einen Rückgang dieser Zahlen. Wie stark dieser Rückgang ausfällt, ist schwer abzuschätzen.

Prognose der Lehrkräfte

Ab Mitte der zwanziger Jahre geht die Kultusminister*innenkonferenz (KMK) 

von sinkenden Schüler*innenzahlen bei beinahe gleichbleibendem Angebot an Lehrkräften aus. Bis 2035 stehen rechnerisch 4.250 Lehrkräfte zusätzlich zum geplanten Bedarf zur Verfügung. Wenn man die abgeschwächten Geburtenzahlen einbezieht, erhöht sich diese Zahl auf 7.051 Personen.

„Mehr Lehrkräfte bedeuten Sicherheit in einem System, das seit Jahren absolut am Limit am ist.“

Monika Stein

Das gilt nur unter der Voraussetzung, dass so viele Menschen ihr Lehramtsstudium beginnen, abschließen und in den Schuldienst Baden-Württembergs eintreten, wie prognostiziert. Klemm geht bei seinen Berechnungen davon aus, dass die Zahlen der Bewerber*innen im Studium mindestens stabil bleiben. Aktuelle Zahlen legen jedoch nahe, dass in Zukunft weniger junge Menschen ein Lehramtsstudium beginnen und auch erfolgreich abschließen. Die Bewerber*innenzahlen für das Grundschullehramt haben sich in den letzten zwei Jahren fast halbiert. Noch reichen die Zahlen aus, um alle Studienplätze im Lehramt Grundschule zu besetzen, aber ein Blick auf das Sekundarlehramt lehrt uns, dass sehr schnell ein Mangel an interessierten Studienanwärter*innen entstehen kann.

Dennoch dürfen wir in den nächsten Jahren an den Grundschulen mit mehr Lehrkräften planen als bisher befürchtet. Mehr Lehrkräfte bedeuten Sicherheit in einem System, das seit Jahren absolut am Limit am ist. Mehr Lehrkräfte bedeuten zudem Spielräume für bildungspolitische Verbesserungen.

Spielräume der Grundschulentwicklung

Für die Grundschulen fordert die GEW ein mutiges Gestalten, das den Herausforderungen und Chancen dieser Schulart gerecht wird:

1. Baden-Württemberg hat eine der schlechtesten **Schüler*in-Lehrkraft-Relationen** Deutschlands. Mehr Stellen bzw. Lehrkräfte pro Schüler*in führen ganz direkt dazu, dass unsere Grundschullehrkräfte individueller auf die sehr heterogenen Bedürfnisse der Schüler*innen eingehen können. Die Aufgabe ist klar: Die Schüler*in-Lehrkraft-Relation muss mindestens auf den Bundesdurchschnitt gesenkt werden, d.h. von 17,1 Schüler*innen je Lehrkraft auf 16,2. Allein dafür dürften knapp 2.000 der bisher nicht geplanten Lehrkräfte benötigt werden.
2. In den Grundschulen fehlen Lehrkräftestellen und feste Stunden für den Aufbau kontinuierlicher **Förderkonzepte**. Allein die von der Landesregierung geplante **Sprachförderung** im letzten Kindergartenjahr würde rund 500 Stellen erfordern. Der Lehrkräftebedarf der angekündigten Juniorklassen für die Kinder, die trotz gezielter Sprachförderung im letzten Kindergartenjahr noch nicht die sprachlichen Voraussetzungen erfüllen, um in der Grundschule ohne Probleme lernen können, muss für 25 Wochenstunden gedeckt werden. Der Bedarf dafür ist noch nicht detailliert berechnet, wir gehen aber von rund **700 Stellen** aus. Dazu kommt der zusätzliche Bedarf für ganztägige Angebote für diese Kinder (siehe auch S. 8).
3. Im Koalitionsvertrag wird die Einführung von **Ethikunterricht in Grundschulen** in Aussicht gestellt. In immer mehr Grundschulen sind es nicht mehr nur einzelne Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, sondern oft mehr als die Hälfte der Kinder. (Siehe auch Text auf Seite 36). Die Schulen haben keine Lehrkräftezuweisung für diese Stunden, müssen aber die Aufsichtspflicht gewährleisten. Das führt zu „Mitversehung“ und Aufteilung der Kinder und wird dem Bildungsanspruch aller Kinder nicht gerecht. Um analog zu den 2 Stunden Religion 2 Stunden Ethik pro Klassenstufe einzuführen, sind rund **460 Deputate** erforderlich.

Ebenso sind **Poolstunden** zur Differenzierung und zur Durchführung von Förderunterricht zwingend nötig. Die Grundschule ist die Schulart mit der heterogensten Schüler*innen, verfügt gleichzeitig als einzige Schulart über keine Poolstunden. Das ist nicht länger hinnehmbar. In den Realschulen und Gemeinschaftsschulen stehen pro Klasse 3,6 Differenzierungsstunden zur Verfügung. Wenn man an den Grundschulen 3 Stunden pro Klasse einführen würde, müsste der Landtag dafür 1.920 Stellen schaffen.

4. In den Städten gibt es meist große Grundschulklassen und zudem mehr Kinder aus Familien, die benachteiligt sind. In diesen großen Klassen ist jede personelle Verstärkung eine Entlastung. Wir setzen uns für eine strategische Planung ein, wie sie eine Ressourcenzuteilung nach dem Sozialindex ermöglicht. In Hamburg bekommen Schulen mit einem hohen Sozialindex 50 Prozent mehr Stellen zugewiesen. Klaus Klemm hatte im Oktober 2022 für eine **sozialindexbasierte Ressourcenzuteilung** für Grundschulen **1.900 zusätzliche Deputate** berechnet, wenn nur die erhöhten Bedarfe der Kinder aus Bedarfsgemeinschaften beachtet würden.
5. Ganz oben auf der politischen Agenda steht die Erfüllung des Anspruchs auf Ganztagsbetreuung. Schon aus Gründen der gerechten Bildungsteilhabe muss das Land die Rahmenbedingungen für eine qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung setzen. Ab August 2026 haben Eltern und Kinder bundesweit einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, der deutlich über die zeitliche Abdeckung von Ganztagsgrundschulen hinausgeht. Gleichzeitig hat Baden-Württemberg noch erheblichen Nachholbedarf an Ganztagsgrundschulen. Ministerin Theresa Schopper bewirbt zu Recht den Ausbau der gebundenen Ganztagsgrundschulen als die Form, in der der Ganztagsanspruch am besten mit der Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit verknüpft wird. Eine gebundene Ganztagschule bedeutet mehr Zeit für individuelle Förderung, bessere Teilhabechancen aller Kinder sowie eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Liste könnte noch fortgesetzt werden – hier nur einige Beispiele für Bedarfe für die **Grundschulen der Zukunft**: Stellen für gelingende Inklusion, Ausbau einer seriösen Vertretungsreserve (ca. 2.000 Stellen bei ca. 5.000 bis 7.000 dauerhaften Ausfällen für alle Schulen), mehr Leitungszeit für Schulleitungen, Einführung einer Klassenlehrer*innen-Stunde etc. Viele dieser Projekte hat Klemm bereits 2017 in der ersten Lehrkräftebedarfsprognose für Grundschulen in Baden-Württemberg berechnet.

*„Dass inzwischen rund 30 Prozent der Schüler*innen nicht mehr über das Mindestniveau hinauskommen, dürfen wir nicht so laufen lassen.“*

Monika Stein



Foto: Marco Strizinger

von links: GEW-Pressesprecher Matthias Schneider, GEW-Chefin Monika Stein und der Vorsitzende der Landespressekonferenz Axel Habermehl

Ausblick: Bildung. Mutig. Los!

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass alle Annahmen für die Zukunft mit Vorsicht zu genießen sind. Die Landesregierung, nicht die GEW, ist deshalb in der Pflicht, eine kleinteilige, jährliche Fortschreibung der Vorausberechnungen, der Wanderungsbewegungen und der Geburtenzahlen vorzunehmen und die Folgen für das Bildungssystem zu evaluieren und kurzfristig nachzusteuern.

Wir reden nicht über Luxus, sondern über einen allgegenwärtigen Mangel, der direkt die Entwicklung unserer Kleinsten im Schulsystem und damit ihre Zukunftschancen negativ beeinflusst. Wir können es uns nicht leisten, immer mehr Schüler*innen abzuhängen. Dass inzwischen rund 30 Prozent der Schüler*innen nicht mehr über das Mindestniveau hinauskommen, dürfen wir nicht so laufen lassen.

Die GEW plädiert deshalb bei der aktuell diskutierten Bildungsallianz bildungswissenschaftlichen Sachverstand einzubeziehen und sich an erfolgreichen Bildungssystemen in aller Welt zu orientieren. Bildungsallianz bedeutet für die GEW vor allem tatsächlichen Gestaltungswillen. Die Ressourcen für die Schulen müssen zukunftsfähig aufgestellt sein. Unser Motto dafür lautet: Bildung. Mutig. Los! █

**Auszug aus dem Statement
von Monika Stein**

Das Gutachten von Prof. Klaus Klemm und das vollständige Statement siehe:
www.gew-bw.de

**Bildung |
Mutig |
LOS !**



PERSONALRATSWAHLEN

Wählen gehen

Bis zum 3. Mai laufen noch die Personalratswahlen an Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real-, Gemeinschaftsschulen und an SBBZ. Die an Gymnasien sind seit 18. April beendet. Vom 6. bis zum 8. Mai wird an den Beruflichen Schulen gewählt. Im Juni folgen die Wahlen im außerschulischen Bereich und zu guter Letzt wählen Anfang Juli die Mitarbeitenden an Hochschulen ihre Personalvertretungen. Die zentrale Botschaft lautet: Wählen gehen!

Maria Jeggle

Beraten, unterstützen, vermitteln, mitwirken, mitbestimmen. So lässt sich die vielfältige und wichtige Aufgabe der Mitglieder in allen Personalratsgremien zusammenfassen. Dass die Aufgaben der Personalrät*innen für jede Lehrkraft tatsächlich eine wichtige Rolle spielen, macht sich im Alltag nicht immer bemerkbar. Aber in vielen Verordnungen und Veränderungen, bei Problemen und Notlagen, bei Wünschen und Verbesserungen, fast überall sind Personalrät*innen involviert. Sie sind zur Verschwiegenheit verpflichtet, daher wird die Arbeit nicht immer so sichtbar. Erfolgsmeldungen sind selten. Jetzt brauchen die Kandidat*innen jede Unterstützung, jede Stimme.

Die nächsten Wahlen stehen in den Beruflichen Schulen an. Daher stehen sie in diesem Heft im Mittelpunkt. Wie wichtig sie sind, zeigen allein schon die Zahlen: 320.000 Schüler*innen besuchen die öffentlichen Beruflichen Schulen. 21.000 Lehrkräfte sind dort beschäftigt.

Daher unbedingt wählen gehen. Und GEW wählen. Die GEW ist nicht nur die größte Interessenvertretung für Lehrkräfte, sie hat auch als einzige alle Schularten im Blick. Sie setzt sich nicht nur für einzelne Interessen ein, sondern sieht das große Ganze. Personalrät*innen der GEW tauschen sich mit Kolleg*innen aus anderen Schularten aus. GEW-Kandidat*innen, die an Grundschulen arbeiten, wissen, was Lehrkräfte an weiterführenden Schulen umtreibt und umgekehrt. Personalrät*innen, die an Beruflichen Schulen zur Wahl stehen, interessieren sich dafür, was an allgemeinbildenden Schulen los ist und umgekehrt. Sie wissen, niemand steht für sich allein. Nur gemeinsam über alle Schularten kann erreicht werden, dass die Arbeitsbelastung sinkt, dass es Schulen wie Lehrkräften leichter gemacht wird, dass Schüler*innen zu ihrem Recht und guter Bildung kommen. Dafür setzen sich Kandidat*innen der GEW ein. Dafür brauchen sie jede Stimme. ▮

PERSONALRATSWAHLEN BERUFLICHE SCHULEN

„Die GEW ist unsere politische Heimat“

Der Hauptpersonalrat (HPR) Berufliche Schulen ist ein Gremium mit zukünftig 17 Vertreter*innen für Beamt*innen und 2 für Arbeitnehmer*innen. Die GEW besetzt aktuell 6 Beamt*innensitze und 1 für Arbeitnehmer*innen. Die GEW will stärker werden. Die beiden Spitzenkandidat*innen der GEW, Eva Werner und Kai Otulak erläutern, was Kolleg*innen davon haben, der GEW ihre Stimme zu geben.

Maria Jeggle



KAI OTULAK

Mitglied im HPR Berufliche Schulen und aktiv in der Landesfachgruppe

„Wir gehen mit Herzblut an die Arbeit und wollen sie gemeinsam meistern.“

Kai, du bist vor 2 Jahren in den HPR Berufliche Schulen nachgerückt. Jetzt kandidierst du erneut. Was reizt dich an der Arbeit?

Kai Otulak: Als Mitglied im HPR bekomme ich Entscheidungen des KM direkt mit und wir erfahren vieles als Erstes. Und man kann Entwicklungen über Monate und Jahre verfolgen und Rückschlüsse ziehen. Das ist anders als im Bezirkspersonalrat (BPR), wo ich über 10 Jahre war. Dort erfährt man erst später, was aus dem KM kommt. Im HPR kann ich weiter gucken, und den Blick darauf richten, welche Strömungen und Moden gerade entwickelt werden.

Woran denkst du dabei?

Kai: Fortbildungen werden beispielsweise zurzeit neu gestaltet. Die finden jetzt weniger in

Präsenz statt, dafür gibt es mehr Selbstlernmodule. Und es gibt kurze Sequenzen, eine Fortbildung mal nur für einen Nachmittag oder nur für 1 oder 2 Stunden.

Wenn du von Mode redest, klingt das so, als wärest du nicht begeistert.

Kai: Wenn ich schon 6 Stunden Unterricht hatte und um 16 Uhr noch auf eine Fortbildung soll und danach vielleicht noch den nächsten Tag vorbereiten muss, dann ist das sehr anstrengend. Ich finde längere Fortbildungen viel besser. Da kann ich mich ganz auf die Fortbildung einlassen. Wertvoll ist auch, dass ich andere Leute treffe, die sich ebenfalls für das Thema interessieren. Das fällt mit den kurzen Onlinefortbildungsformaten komplett weg.

Eva, warum findest du es als amtierende ÖPR-Vorsitzende spannend, für den HPR zu kandidieren?

Eva Werner: Wenn an den Schulen die Vorgaben aus dem KM ankommen, müssen sie umgesetzt werden. Wie die entstanden sind, ist für viele Lehrkräfte eine Blackbox. Mich interessiert der Prozess, wie Vorgaben entstehen und ich möchte die Perspektive der Beruflichen Schulen vor Ort in den HPR einbringen.

Wie steht die Schulleitung zu eurer Kandidatur?

Eva: Die Schulleitung muss unsere Personalratsarbeit mittragen, z. B. unsere Sitzungen beim Stundenplan berücksichtigen oder Vertretungen organisieren. Wenn unsere Arbeit im Gegenzug als Bereicherung für die Schule erlebt wird, dann muss man nicht so viel erklären und rechtfertigen. Meine Schulleitung unterstützt mich und meine Kandidatur.

Was denken Kolleg*innen über euch? Wissen sie, welche Aufgaben ihr im HPR habt?

Kai: In der Schule bemühe ich mich, unsere Arbeit immer wieder zu erklären. Die Verordnungen, die in der Schule landen, werden oft nicht verstanden. Ich versuche dann, sie plausibel zu erläutern, beseitige Missverständnisse und hebe die Vorteile und Nachteile hervor.

Ist es nur für die Wahlen wichtig, dass Kolleg*innen wissen, was ihr macht?

Kai: Nein, das ist ganz grundsätzlich wichtig. Überall, wo ich auftauche, werde ich angesprochen, ob man zu bestimmten Themen nicht was machen könne. Es ist ein bunter Strauß, der einem entgegengehalten wird, doch wir sind nicht für alles zuständig. Manches muss an der jeweiligen Schule vor Ort geregelt werden, auch dafür haben wir von der GEW Tipps.

Ihr seid in starker Konkurrenz mit dem BLV.

Was macht ihr anders?

Kai: Der BLV beschäftigt sich oft mit Themen aus Arbeitgebersicht. Wir dagegen beschäftigen uns mit den Anliegen aller – sowohl der Schulleitungen wie auch den Lehrkräften oder der Schulsozialarbeit.

Eva: Wir gucken auch auf die anderen Schularten. Das ist eine klare Stärke der GEW. Uns interessiert auch, dass wir gute Kitas haben. Kitas sind doppelt wichtig: für eine gute frühkindliche Bildung und für Beschäftigte, die eigene Kinder zu betreuen haben. Sonst können Lehrkräfte mit kleinen Kindern nicht arbeiten.

Außerdem legt die GEW den Fokus auf Bildungsgerechtigkeit. Berufliche Schulen tragen maßgeblich zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei, weil man dort über den 2. oder 3. Bildungsweg noch Abschlüsse machen kann.

Als Gewerkschaft sind wir auch im DGB vernetzt. So sind wir gut vernetzt und haben einen engen Draht zu politisch Verantwortlichen.

Kai: Das Wichtigste ist, dass wir als möglichst großes GEW-Team in den Personalrat reinkommen. Wir sind Gewerkschafter*innen, und uns sind bildungspolitische Themen wie die optimale schulische Förderung aller Jugendlichen wichtig. Wir gehen mit Herzblut rein und wollen unsere Anliegen gemeinschaftlich meistern.

Eva: Die GEW ist auch eine Tarifgewerkschaft. An Beruflichen Schulen gibt es mehr tarifbeschäftigte Lehrkräfte als an anderen Schularten. Und Gewerkschaften sitzen auch als Sozialpartner am Tisch, wenn es um die duale Berufsausbildung geht. Da gestalten Gewerkschaften bei Inhalten und Neugestaltung der Berufsausbildung mit.

Seid ihr im HPR ein gutes GEW-Team?

Kai: Unsere Basisarbeit findet in den Landesfachgruppen der GEW statt. Das ist unsere politische Heimat und dort können wir uns aufstellen und stärken. Da treffen wir regelmäßig auch Kolleg*innen, die in anderen Gremien arbeiten.

Ihr habt auf dem GEW-Fachtag (siehe Seite 22) für Berufliche Schulen mit den bildungspolitischen Sprechern von Grünen, CDU, SPD und FDP diskutiert. Was sollten sie unbedingt in die politische Arbeit mitnehmen?

Eva: Meine wichtigste Forderung ist: Wir brauchen multi-professionelle Teams, die uns unterstützen. Lehrkräfte sind gewöhnt, dass sie alles können müssen. In keinem anderen Job muss ich Verwaltung, IT, Unterricht, Gespräche, Erste Hilfe usw. selbst erledigen.

Für die Wartung von Netzwerken sind oftmals Lehrkräfte freigestellt. Nicht selten Lehrkräfte, die Mangelfächer wie Mathe oder Elektrotechnik unterrichten. Ich bin an einer großen beruflichen Schule, wir haben mehrere WLAN-Netze und ungezählte Tablets für Schüler*innen und Lehrkräfte. Darum muss sich jemand kümmern. Dafür brauchen wir externe Profis.

Die politisch Verantwortlichen wissen viel zu wenig, was an beruflichen Schulen alles los ist. Beispielsweise zeigen uns Schüler*innen im VABO oft ihre Briefe, die sie von Ämtern bekommen. Wir Lehrkräfte sind die Ersten, die gefragt werden, was drinsteht. Kürzlich hatte ich einen Schüler, der hat ein Bußgeld bekommen, weil er die Masernimpfung nicht nachgewiesen



EVA WERNER

Vorsitzende des ÖPR an der Beruflichen Schule Leonberg und aktiv in der Landesfachgruppe

„Wir sind gut vernetzt und haben einen engen Draht zu politisch Verantwortlichen.“

hatte. Wir sind nah an den Schüler*innen und immer die ersten Ansprechpartner*innen.

Kai: Es ist ja gut, dass sich die Schüler*innen an uns wenden. Es kostet halt viel Zeit, die uns für die weitere pädagogische Arbeit fehlt.

Eva: Noch ein Beispiel: Wir haben kein einheitliches System für Notenverwaltung. Das macht jede Lehrkraft anders. Die einen mit Papier, die anderen nutzen Excel-Tabellen. Es müsste doch selbstverständlich sein, dass mir mein Arbeitgeber ein System zur Verfügung stellt, mit dem ich meinen alltäglichen Job machen kann. Das ist bei Lehrkräften aber nicht so. Und viele finden das auch ganz normal.

Kann der HPR beeinflussen, dass bei Lehrkräften nicht so vieles als Selbstverständlichkeit angesehen wird?

Eva: Bei der Infrastruktur der Schulen kann der HPR schon mitreden. Wenn es um die Bildungsplattform oder schulische E-Mail-Adressen geht, sind wir dabei. Auch Rahmenvereinbarungen sind klassische HPR-Aufgaben.

Kai: Für die Bildungsplattform gibt es Arbeitskreise, in denen wir auch vertreten sind. Dort erfahren die Teilnehmenden immer wieder,

dass es Verzögerungen gebe. Davon abgesehen, bleiben immer noch viele Fragen offen: Passen bestehende Kalkulationsprogramme auch auf die Bildungsplattform? Können Lehrkräfte CNC-Programm mit draufnehmen? Es gibt noch viel zu tun.

**HPR
WÄHLEN
2024**



Spitzenkandidat*innen der GEW für den HPR Berufliche Schulen: Eva Werner und Kai Outlak im Gespräch mit der b&w.

BEZIRKSPERSONALRÄTE (BPR) BERUFLICHE SCHULEN

Beraten, begleiten, Sicherheit geben

Die Bezirkspersonalräte, die bei den Regierungspräsidien angedockt sind, können viel für Lehrkräfte erreichen. Kandidat*innen der GEW berichten aus ihrer Arbeit, welche Themen Lehrkräften zurzeit besonders unter den Nägeln brennen und was die GEW auszeichnet.

**BPR
WÄHLEN
2024**



**KLEMENS
MAIER-WISSKIRCHEN**

Mitglied im BPR Berufliche Schulen am RP Freiburg und ÖPR-Vorsitzender an der Friedrich-Weinbrenner-Gewerbeschule in Freiburg

„Ein Blick über den Tellerrand ermöglicht Handlungsalternativen.“

Seit wann bist du Mitglied im BPR und warum kandidierst du erneut?

Klemens Maier-Wißkirchen: Im September 2022 bin ich in den BPR nachgerückt. Davor war ich schon als Krankheitsvertreter in dem Gremium. Mittlerweile habe ich einen guten Überblick über die Terminologie, Abläufe, rechtlichen Grundlagen und Zuständigkeiten. Als langjähriger ÖPR-Vorsitzender an der Friedrich-Weinbrenner-Gewerbeschule in Freiburg bin ich zwar mit ähnlichen Themen befasst, aber im BPR ist die Perspektive und die Herangehensweise doch sehr verändert.

Seit meinem Referendariat 1995 habe ich 8 Schulen kennengelernt. Jedes Kollegium und alle Schulleitungen ticken anders, obwohl die Strukturen und Vorgaben formal dieselben sind; d.h. ein Blick über den Tellerrand ermöglicht Handlungsalternativen.

Ingrid Holl: Personalratsarbeit ist genau mein Ding. An meiner Schule in Karlsruhe bin ich seit vielen Jahren engagierte ÖPR-Vorsitzende. Wie schon 2019 ließ ich mich jetzt zusätzlich für den Bezirkspersonalrat am RP Karlsruhe aufstellen, denn auf Bezirksebene kann ich oft noch mehr für Kolleginnen und Kollegen bewirken.

Eva-Maria Landspersky: Auch ich war viele Jahre lang ÖPR meiner Schule in Ravensburg und Aulendorf. Nun sehe ich den richtigen Zeitpunkt, Teil der Personalvertretung auf Ebene des Regierungspräsidiums zu werden. Daher kandidiere ich jetzt.

Wie kann ich mir die Zusammenarbeit mit dem RP vorstellen?

Ingrid: In diesem 11er-Gremium bearbeiten wir vor allem Einstellungen, die nur mit unserer Zustimmung vollzogen werden können. Außerdem sind wir an Versetzungen, Abordnungen und Beförderungen beteiligt. Die Referent*innen des RP kommen fast in jede Sitzung und stellen ihre Themen vor, über die wir uns anschließend austauschen und gegebenenfalls abstimmen. Wenn disziplinarische Angelegenheiten sowie amtsärztliche Aufforderungen besprochen werden, sind wir als Personalvertretung natürlich gefragt.

Klemens: Der BPR ist in die Abläufe durch Mitbestimmungs-, Mitwirkungs- und Informationsrechte eingebunden. Die rechtlichen Begebenheiten sind klar und die Abläufe routiniert. Manche Informationen bekommen wir völlig anstandslos, manchmal müssen wir allerdings auch sehr hinterher sein.

**Bildung
Mutig
LOS!**

Mit welchen Anliegen wenden sich die Lehrkräfte an euch?

Ingrid: Beförderung, Versetzung, Wiedereingliederung nach längerer Krankheit, Amtsarztbesuche, das sind so die Dauerbrenner. Oft werden wir auch zu den Themen Elternzeit und Ruhestand gefragt. In den letzten Wochen baten uns viele Kolleginnen (es waren wirklich nur Frauen) um Unterstützung im Zusammenhang mit der neuen Regelung, die Teilzeit aus sonstigen Gründen betreffend.

Leider kommen weiterhin Konflikte mit Schulleitungen vor, öfter, als wir uns das wünschen. Die Stimmung an den Schulen hat sich verschlechtert, verursacht sicherlich auch durch Lehrkräftemangel und damit verbundene zusätzliche Belastungen. Schulleitungen stehen unter Druck und geben ihren Stress an die Lehrkräfte weiter. Vor allem jungen Kolleg*innen wird oft zu viel aufgebürdet.

Klemens: Nicht nur einzelne Kolleg*innen wenden sich mit ihren persönlichen Anliegen an uns. Auch Örtliche Personalräte kommen mit Anfragen und bringen „Umstände“ ihrer Schulen ein. Es geht dabei um Unterstützung von Versetzungsanträgen, Konflikten oder Meinungsverschiedenheiten zwischen ÖPR und Schulleitungen, Verständnisfragen zu Verwaltungshandeln, aber auch um handfeste Rechtsfragen, welche nicht immer richtig eingeschätzt werden.

Könnt ihr Beispiele nennen, in denen ihr Lehrkräften helfen konntet?

Ingrid: Kolleg*innen sind nach privaten Veränderungen – Geburt eines Kindes, kranke Angehörige, Trennung, eigene Krankheit – oft verzweifelt. Der Weg zur Schule ist weit, ein Umzug undenkbar, die private Belastung hoch. Solche Situationen führen häufig zu psychischen Erkrankungen der Kolleginnen und Kollegen. Hier muss man mit viel Empathie und Feingefühl vorgehen, und beides fehlt manchmal bei Dienststellenleitungen, die in erster Linie ihren Schulbetrieb am Laufen halten müssen. Ich denke, die wichtigste Aufgabe ist es, Lehrkräfte intensiv in solchen Prozessen zu begleiten und ihnen so ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln.

Klemens: Seltsamerweise kennen viele Lehrkräfte ihre Rechte nicht. Nicht selten erläutern wir Betroffenen erst mal den rechtlichen Rahmen und machen Vorschläge für Lösungen. Bei den



INGRID HOLL

Mitglied des BPR Berufliche Schulen beim RP Karlsruhe und ÖPR-Vorsitzender an der Elisabeth-Selbert-Schule Karlsruhe

„Ich begleite Kolleg*innen in schwierigen Phasen und gebe ihnen ein Gefühl der Sicherheit.“

ÖPR reicht manchmal die Ermutigung, bei der Schulleitung nach den rechtlichen Grundlagen zu fragen. So manche Maßnahme wurde dann zurückgenommen, weil es gar keine rechtliche Grundlage gab.

Bei existenziellen Fällen kann der BPR auch seine Zustimmung verweigern oder gemeinsam mit der Bezirksvertrauensperson der Schwerbehinderten, die auch an den BPR-Sitzungen teilnimmt, über das RP an das Gesundheitsamt herantreten, um (hängende) Verfahren zu klären.

Wann könnt ihr nicht helfen?

Klemens: Abgesehen vom formalen Verfahren können wir Beurteilungen nur schwer hinterfragen. Manches fällt nicht in unsere Zuständigkeit und muss vor Ort oder beim HPR beraten und entschieden werden.

Ingrid: Nicht jeder Versetzungswunsch kann umgesetzt werden. Dienstliche Beurteilungen und Stundenplangestaltung sind Sache der Schulleitung und werden bisweilen als ungerecht empfunden. Hier beraten wir zwar und führen Gespräche, um Sachverhalte zu klären. Aber manchmal kann der BPR eben nichts ausrichten.

Eva-Maria: Eine mögliche Unterstützung endet dann, wenn es um rechtliche Beratungen geht. Dazu gibt es dankenderweise Expert*innen bei den Rechtsschutzstellen der GEW, die kompetent und zielführend unterstützen können.

Welche Themen sind gerade besonders akut?

Eva-Maria: Aktuell ist die verpflichtende Teilzeithöhe immer wieder Thema, was vom BPR begleitet werden muss. Dies ist ein Indiz für die übermäßige Arbeitsbelastung der Lehrkräfte. Dazu kommen Herausforderungen der veränderten Schülerschaft, wie psychische Probleme und Schulabsentismus.

Ingrid: Auch die Einstellungen der Direkteinsteiger*innen sind zurzeit ein Thema, außerdem werden gerade die Versetzungswünsche der Kolleg*innen gemeinsam mit den Personalreferent*innen ausgelotet. Schulleitungen überschätzen hier gelegentlich ihre Kompetenzen und machen ihren Lehrkräften falsche Versprechungen. Sie können vermutlich die Situation an ihrer Schule einschätzen, eingestellt und versetzt wird aber durch das RP.

Klemens: Gelegentlich müssen auch eingeschliffene Verfahrensweisen beobachtet und überprüft werden. Die Regularien für die so wichtigen Personalversammlungen werden im Laufe der Zeit nicht immer korrekt ausgelegt, insbesondere was Einladungen vor Ort, aber auch den Umgang mit GEW und Verband betrifft. Der BPR hat nicht nur auf Anfragen des RP und der ÖPR zu warten, sondern muss permanent wachsam sein und Abläufe und Prozesse in seinem Zuständigkeitsbereich kritisch begleiten.

Wie hilft dir die GEW bei deiner Arbeit?

Ingrid: Als Mitglied der Landesfachgruppe Berufliche Schulen, bei Stufenkonferenzen und auf Fortbildungen der GEW habe ich auf vielen Ebenen Kontakte und tausche mich mit „Koryphäen“ auf ihren jeweiligen Gebieten aus, übrigens schulartübergreifend. Den Blick auf nur eine Schulart zu richten, halte ich generell für falsch und kurzsichtig, denn Verbesserungen sind überall dringend nötig. GEW-Aktive erlebe ich als Menschen, die bereit sind, sich mit schwierigen, konfliktreichen Themen an den Schulen zubeschäftigen. Das ist nicht immer einfach, aber sie setzen sich für die Interessen und Belange ihrer Kollegien ein.

Eva-Maria: Als ich vor knapp 10 Jahren die Arbeit im ÖPR begann, begegnete mir die GEW bei einer Schulung für Personalräte zum ersten Mal. Ab da hatte ich Menschen an meiner Seite, die mir bei Problemen immer weiterhelfen, was vor allem auch durch ein großes Netz an Expert*innen getragen wird. Dabei darf ich auch immer wieder die Erfahrung machen, dass Mitglieder der GEW eine starke Solidarität untereinander zeigen, was für eine erfolgreiche Arbeit wahnsinnig unterstützend ist.

Klemens: Ohne Zweifel ist das GEW-Jahrbuch die größte Hilfe. Ein geübter Umgang damit gibt rasch Orientierung. Statt im Nachhinein Scherben zusammenzusammeln, können durch Kenntnis und Anwendung beispielsweise der wenigen Seiten Konferenzrecht Konflikte vermieden werden. Die Kolleg*innen können nicht alles kennen. Deshalb ist es so wichtig, dass die BPRler*innen sicher mit VOs, VwV und Gesetzen umgehen können.

Warum soll man die GEW bei den Personalwahlen wählen?

Eva-Maria: Die GEW ist die einzige Gewerkschaft, die das gesamte Bildungssystem im Blick hat, von der Kita bis zur Hochschule. Für den gemeinsamen Erfolg ist es notwendig, Bildung ganzheitlich zu verstehen. Dabei setzt sich die GEW eben nicht nur für die Beruflichen Schulen ein, sondern ist ein starker Partner auf allen Ebenen: Die Arbeitsbedingungen zu verbessern, faire Löhne zu erkämpfen und ein gerechtes Bildungssystem auf den Weg zu bringen.

Es ist somit wichtig, dass die GEW viele Sitze im Mai gewinnen kann.

Ingrid: Wenn wegen bildungspolitischer Misswirtschaft und Lehrkräftemangel Grundschulkindern nicht mehr richtig lesen und rechnen lernen, merken wir das in den Beruflichen Schulen natürlich auch. Nur gemeinsam und solidarisch lassen sich Probleme lösen, bildungspolitisch und gesellschaftlich. Ich bin überzeugt, dass nur eine große, starke Gewerkschaft dazu in der Lage ist, denn wir haben die Interessen ALLER Beschäftigten im Blick und setzen uns für sie ein. Das wirkt sich auch auf unser Gehalt aus. So haben wir im Herbst erfolgreich mit Verdi die Tarifaueinsetzungen durchgeführt und deutliche Verbesserungen erkämpft.

Die GEW blickt auch sehr weit über den „Teller Schule“ hinaus: Die großen Demos für Demokratie und Menschenrechte haben wir oft mitorganisiert und unsere Mitglieder waren und sind dort sehr präsent, denn gesellschaftliches Engagement ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Die GEW-Stiftung „Fair Childhood“ etwa setzt sich seit vielen Jahren gegen Kinderarbeit in aller Welt ein. Oder unser Unterstützungsfonds hilft Kolleg*innen, die sich in akuten finanziellen Notlagen befinden.

Klemens: Zugunsten der Pädagogischen Freiheit unserer Arbeit in Beruflichen Schulen bringen GEW-Personalräte im BPR den gewerkschaftlichen Blick ein. Die HPRler*innen sind an verwaltungstechnischen und rechtlichen Regelungen beteiligt. Viele GEWler*innen in den Personalräten stärken die Position der ganzen GEW.



**EVA-MARIA
LANDSPERSKY**

Kandidiert für den BPR Berufliche Schulen am RP Tübingen,
Mitglied im ÖPR Edith-Stein-Schule Ravensburg & Aulendorf

„Mitglieder der
GEW zeigen eine
starke Solidarität
untereinander,
was für eine er-
folgreiche Arbeit
wahnsinnig un-
terstützend ist.“

Lehrkräfte an Beruflichen Schulen wählen vom 6.– 8. Mai 2024

Wie das geht, wird mit einem Video erklärt:

www.gew-bw.de/wahlblauf-bs

ÖPR FÜR TARIFBESCHÄFTIGTE

Minderheiten zu ihrem Recht verhelfen

Der örtliche Personalrat (ÖPR), der sich bei beruflichen Schulen direkt an der Schule befindet, vertritt die Rechte aller Kolleg*innen gegenüber der Schulleitung. In diesem Gremium muss sich ein Mitglied um die Einhaltung der besonderen Regelungen der Angestellten kümmern.

Gabriele Stork ist Tarifbeschäftigte und setzt sich mit Erfahrung und Elan für die Minderheit an beruflichen Schulen ein.

ÖPR
WÄHLEN
2024



GABRIELE STORK

Bezirkspersonalrat Berufliche Schulen am RP Stuttgart, Vertreterin der Tarifbeschäftigten, stellvertretende ÖPR-Vorsitzende an der Kaufmännischen Schule 1 Stuttgart

Tarifbeschäftigte stellen eine Minderheit bei den Lehrkräften an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg dar. Dazu gehören Lehrkräfte, die die laufbahnrechtlichen Erfordernisse zum Beamtentum nicht erfüllen, technische Lehrkräfte oder Sozialpädagog*innen sind. Sie bringen Kenntnisse aus Handwerk, Technik oder Wirtschaft und andere Erfahrungen aus ihrem Berufsleben mit und bereichern damit das Schulleben.

Als ich 2019 als Kandidatin für die Arbeitnehmerliste des ÖPR antrat, war es mir und meinen Kolleg*innen besonders wichtig, dass eine Angestellte diese Aufgabe übernimmt. Man kann sich in viele Themen einarbeiten, doch wenn man selbst betroffen ist, kann man sich besser hineinversetzen und gegenüber der Schulleitung Positionen authentisch vertreten. Auch wenn es wegen einer zu geringen Personenzahl nicht für eine eigene Arbeitnehmerliste reicht, sollten Tarifbeschäftigte gewählt werden, damit diese Minderheit eine Vertretung hat.

Bei unbefristeten Tarifbeschäftigten geht es in der Personalvertretung oft um Beförderung und der nicht stufengleichen Höhergruppierung, die Möglichkeiten eines Sabbatjahres, Fragen nach längerer Krankheit oder zu Teilzeit aus besonderen Gründen. Bei vielen Fragen hat mir neben dem GEW-Jahrbuch auch der direkte persönliche Austausch mit GEW-Vertreter*innen beziehungsweise GEW-Personalrät*innen geholfen. Die regelmäßigen Treffen und der Austausch mit der GEW-Landespersonengruppe für Arbeitnehmer*innen, oder einfach nur den Telefonhörer zur Hand nehmen zu können und prompt eine kompetente Antwort zu erhalten, ist für meine Personalratsarbeit sehr hilfreich.

Da die Mehrheit der Lehrkräfte verbeamtet ist, kennen sich viele Schulleitungen auch hauptsächlich im Beamtenrecht aus. Besonderheiten von Arbeitnehmer*innen gehen da schon mal

unter. Mit zunehmendem Lehrkräftemangel kommen aber mehr Angestellte an die Schulen. Nun unterrichten beispielsweise auch viele Pensionär*innen im Angestelltenverhältnis. Hier werden ehemalige Beamt*innen zu Tarifbeschäftigten in Teilzeit. Bei Mehrarbeit (MAU)

gelten für sie nun andere Regeln. So gibt es auch für sie, wie für alle teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer*innen, keine Bagatellgrenze. Ebenso muss auf die anteilige Altersermäßigung geachtet werden. Der kurze Weg zur Angestelltenvertretung im ÖPR ist deshalb für viele tarifbeschäftigte Kolleg*innen ein großer Vorteil.

Tarifbeschäftigte sollten überall vertreten sein

Der Lehrkräftemangel führt auch zu mehr befristet Beschäftigten für Schwangerschafts- und Elternzeitvertretung. Als Angestelltenvertreterin im BPR überprüfe ich die Eingruppierung und die Anerkennung der Berufserfahrung und unterstütze und begleite Kolleg*innen im Entfristungs- und Zusatzqualifikationsverfahren.

Ob als normales Mitglied, als Angestelltenvertreterin im ÖPR oder BPR, die GEW ist stets an meiner Seite. Unterstützt mit eurer Stimme die GEW bei den Personalratswahlen, wählt Angestellte in den ÖPR und in die Stufenvertretungen. Das schützt vor Ungerechtigkeiten und bringt nicht selten bares Geld. ▮



Farina Semler, stellvertretende GEW-Vorsitzende (links) und Monika Stein, GEW-Vorsitzende eröffnen die Tagung der beruflichen Schulen.



Podiumsdiskussion mit Andreas Sturm (CDU), Bernd Mettenleiter (Grüne), Stefan Fulst-Blei (SPD) und Stephen Brauer (FDP) mittlere Personen von links.

Fotos: Virginia Scaldavilla

GEW-FACHTAG BERUFLICHE SCHULEN

Arbeitszeiterfassung: Ist das gut oder schlecht?

„Reduktion ist jetzt angesagt. Wir müssen jetzt den Fokus auf Entlastung setzen“, sagte Eva Werner, GEW-Personalrätin auf dem Fachtag Berufliche Schulen in Stuttgart Ende Februar. Die bildungspolitischen Sprecher von SPD, Grünen, CDU und FDP wurden zum Arbeitsplatz Berufliche Schule der Zukunft befragt. Welche Veränderungen stehen an und was sagen die Politiker dazu?

Maria Jeggle

Als Referent und Diskussionspartner war Mark Rackles auf dem GEW-Fachtag Berufliche Schulen. Der ehemalige Berliner Staatssekretär für Bildung ist zurzeit auf Deutschlandtour und wirbt dafür, dass das 150 Jahre alte Deputatsmodell begraben und die Lehrkräftearbeitszeit künftig mit einem Jahresarbeitszeitmodell berechnet wird. Die Gelegenheit ist günstig, denn Lehrkräfte müssen demnächst ohnehin ihre Arbeitszeit dokumentieren. Der Europäische Gerichtshof und das Bundesarbeitsgericht haben geurteilt, dass auch die Arbeitszeit von Beamt*innen zu erfassen ist.

Nur das Wie ist noch offen. Dafür hat Rackles klare Vorstellungen. Wenn die Arbeitszeiten schon erfasst werden müssen, sollte auch die jeweilige Tätigkeit festgehalten werden. Sinnvoll sind aus seiner Sicht 4 Tätigkeitscluster: Unterrichtszeit, unterrichtsnahe Tätigkeiten wie Korrekturen oder Vorbereitungen, Fortbildungen und allgemeine Tätigkeiten. Die Cluster sollten nicht zu



Mark Rackles wirbt für ein neues Jahresarbeitszeitmodell



Sandra Boser, Staatssekretärin im Kultusministerium, stellt auf der Tagung eine verbesserte digitale Ausstattung der beruflichen Schulen in Aussicht.

kleinteilig sein und dienen, das ist Rackles besonders wichtig, der Transparenz und der Steuerung. Wenn deutlich werde, wo die Arbeitslasten stecken, könne man handeln und gegensteuern. Rackles hatte seine Vorschläge auch beim GEW-Fachtag Gymnasium (siehe b&w März 2024 S. 30) vorgestellt. So kennt er Vorbehalte und Befürchtungen dagegen. „Die Arbeitszeiterfassung darf zu keiner Arbeitszeitkontrolle führen“, erklärt er. Es gehe nicht darum herauszufinden, wer schnell oder langsam arbeitet und auch nicht, wann gearbeitet werde. Auch verpflichtende Präsenzzeiten in der Schule seien nicht damit verknüpft. Es gehe aber darum, sichtbar zu machen, dass Lehrkräfte strukturelle Mehrarbeit leisten. Es sei belegt, dass Lehrkräfte im Durchschnitt pro Woche 3 Stunden über ihrer Sollarbeitszeit von 41 Stunden arbeiteten. Wenn erst mal offensichtlich sei, wie viel Stunden Lehrkräfte tatsächlich arbeiten, könne ihnen mit der Erfassung der gesamten Arbeitszeit nicht wie beim Deputatsmodell, das nur Unterrichtsstunden zählt, beliebig viele Aufgaben aufgedrückt werden. Im Gegenteil, Reduktion von Aufgaben seien die logische Konsequenz. Damit würde mit einem neuen Arbeitszeitmodell genau das entstehen, was Eva Werner auf der Podiumsdiskussion als zentrale Forderung herausstellt: Entlastung. Multiprofessionelle Teams könnten dafür sorgen, dass Lehrkräfte sich auf den Unterricht fokussieren können. Verwaltungspersonal oder Netzwerkadministrator*innen könnten Lehrkräften fachfremde Aufgaben abnehmen. Kai Otulak erinnert daran, dass in beruflichen Schulen immer noch viele Lehrkräfte fehlen, die Spezialbereiche z.B. in technischen Berufen abdecken. Die politischen Vertreter auf dem Podium zeigen viel Verständnis für die Arbeitslast der Lehrkräfte. Alle vier bildungspolitischen Sprecher waren selbst Lehrkraft, drei an beruflichen Schulen. Einig sind sie sich, dass Schulverwaltungsassistenzen dringend nötig wären. „Die gibt es als Modell schon lange“ sagte Stefan Fulst-Blei (MdL SPD). Auch über multiprofessionelle Teams werde schon lange geredet und bei der Arbeitszeiterfassung habe man ebenfalls viel zu lange zugeguckt. „Bitte jetzt nicht 4 Jahre experimentieren, wir brauchen jetzt eine Lösung“, drängte der SPD-Mann.

Neue Modelle können jetzt ausprobiert werden

Erst wenige Tage vor der Tagung hatte die Landesregierung eine sogenannte Experimentierklausel beschlossen. Damit ist der Weg frei ist, dass Schulen andere Arbeitszeitmodelle zeitlich befristet erproben können. Rackles schätzt: „2 Jahre werden Sie schon brauchen, um neue Modelle auszuprobieren“, es könne aber trotzdem jetzt schon was passieren. Der FDP-Politiker Stephen Brauer, der auch Mitglied im Finanzausschuss ist, erkennt wenig finanzielle Spielräume. Die Arbeitszeit zu erfassen, findet er aber positiv. „Dann sieht man, was man schafft“, sagt er. Dass die Arbeit sichtbar wird,

findet auch Andreas Sturm von der CDU gut, fürchtet aber, dass sich damit der Lehrkräftemangel verschärft. „Kurzfristig ändert sich nichts“, beruhigt Rackles, mittel- und langfristig würde aber der Lehrkräftejob interessanter vor allem für junge Lehrkräfte. Mit der Arbeitszeiterfassung würden die Rahmenbedingungen besser. Bernd Mettenleiter von den Grünen hält ein Pilotprojekt für nötig und will die kommunalen Spitzenverbände für Veränderungen ins Boot holen.

Wie wichtig ist Datenschutz?

Digitalisierung ist ebenfalls ein zentrales Thema. „Was ist dabei die größte Aufgabe?“ fragte die Moderatorin Kara Ballarin. „Eine richtige, datenschutzkonforme Bildungsplattform“, antwortet Sturm. „Mit dem Datenschutz sind wir allerdings etwas zu vorsichtig“, schränkt er ein. Auch Fulst-Blei meinte, „wir sollten nicht mit der Datenschutzkeule rumlaufen“. Die Bildungsplattform müsse vor allem benutzerfreundlich sein. Kai Otulak widersprach: „Es ist eine riesige Aufgabe, Schüler*innen an die Mediennutzung heranzuführen. Da ist Datenschutz schon wichtig. Wir sind technisch immer einen Schritt hinterher. Manches ginge jetzt schon besser.“ Er erwartet wenigstens Gleichschritt mit den technischen Entwicklungen. Die

Möglichkeiten von KI seien immerhin schon erkannt.

Und natürlich landet die Debatte irgendwann bei G8/G9. Dabei wurden die üblichen parteipolitischen Positionen ausgetauscht. Der FDP-Politiker Brauer will die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung wiederhaben. Es sei deprimierend für Schüler*innen, wenn sie in der falschen Schulart säßen. Fulst-Blei findet es schwierig, die Verbindlichkeit wieder einzuführen. Die Elternentscheidung habe Druck aus den Schulen genommen. Er

freut sich aber sichtlich, dass G9 jetzt kommt, eine langjährige Forderung von ihm. Die Gymnasien sollen aber neben der Vorbereitung auf ein Studium auch für die Ausbildung zuständig sein, erwartet der SPD-Sprecher. Mettenleiter versteht die Sorge der beruflichen Gymnasien, wenn G9 eingeführt wird. Er weist darauf hin, dass das Bürgerforum nicht nur G9 befürwortet habe, sondern auch die 2. Säule der Sekundarschulen stärken wolle. „Dann spielen die Beruflichen Schulen eine wichtige weiterführende Rolle“, beschwichtigt der Grünen-Politiker.

Der GEW-Personalrat Kai Otulak ist am Ende der Diskussion recht zuversichtlich. „Mit der Politik zusammen kriegen wir das hin“, resümierte er. Eva Werner hob hervor, wie wichtig Berufliche Schulen für die Bildungsgerechtigkeit seien. Hier bekämen viele eine Chance. „Es kostet halt was“, sagte sie. ▮



GEW-Tagung im Hospitalhof in Stuttgart

Von der Wirtschaft lernen

*Das Kaufmännische Schulzentrum Böblingen ist seit 1992 Uta Berners Arbeitsplatz. Die Schulleiterin hat viele Ideen, wie die Schule für die Kolleg*innen attraktiver werden und was sich für die Schüler*innen verbessern könnte.*

Andrea Toll

Foto: Andrea Toll



Uta Berner, Schulleiterin und Hans Maziol, Personalrat am Kaufmännischen Schulzentrum Böblingen.

Seit 1992 arbeitet Uta Berner am Kaufmännischen Schulzentrum Böblingen. Zuerst als Referendarin und Lehrerin, dann als Abteilungsleiterin und seit 10 Jahren als Leiterin. „Die Schule liegt mir sehr am Herzen und ich möchte sie mitgestalten. Für mich ist es ein toller Job. Trotzdem muss ich gut auf mich aufpassen und einen Ausgleich zu meiner Arbeit schaffen“, erzählt Berner gut gelaunt.

Als Arbeitgeber attraktiver werden

Der wachsende Berg an Aufgaben und Verwaltungstätigkeiten nimmt viel Zeit in Anspruch – Zeit, die ihr an anderen Stellen fehlt. Sie wünscht sich weniger Bürokratie und mehr Flexibilität von der Schulverwaltung. „Was Letzteres anbelangt, sollten wir von der Wirtschaft lernen“, erklärt die Schulleiterin. Schule fällt heute als Arbeitgeber oft durchs Raster, weil Jobs in der Wirtschaft flexibler und attraktiver sind. Dahingegen hat das Land die Stundenzahl für Referendar*innen erhöht, Teilzeit erschwert und die Abstände der Sabbatjahre gestreckt. „Das führt bei vielen Kolleg*innen zu Unmut und macht uns als Schule nicht anziehender. Ein Großteil der jungen Menschen will keinen Vollzeitjob mehr“, weiß Hans Maziol, Personalrat am Kaufmännischen Schulzentrum und außerdem Mitglied im Bezirkspersonalrat Berufliche Schulen am Regierungspräsidium Stuttgart und GEW-Landesschatzmeister.

Zwar spürt Berner den Fachkräftemangel, aber „es brennt noch nicht lichterloh“, wie sie es formuliert. Zum einen sei das der guten Lage der Schule geschuldet. Böblingen liegt nur 20 Kilometer von Stuttgart entfernt und zählt zum Speckgürtel der Landeshauptstadt, was viele Kolleg*innen als Pluspunkt werten. Zum anderen hat schon vor Jahren ein Generationswechsel am Kaufmännischen Schulzentrum stattgefunden, und das Kollegium mit 115 Lehrer*innen ist verhältnismäßig jung. Sie arbeiten in den einzelnen Abteilungen in Teams eng zusammen. „Das Einzelkämpfertum gibt es nur noch wenig“, zeigt sich Berner zufrieden.

Demokratiebildung ist wichtig

Ein brennendes Thema am Schulzentrum ist die Demokratiebildung. Viele Lehrer*innen engagieren sich dafür, was die Schulleiterin nicht nur unterstützt, sondern als Pflicht ansieht. „Als ‚Schule ohne Rassismus‘ sind wir hier sehr aktiv. Wir haben einen erzieherischen Auftrag, und es ist unsere Aufgabe, Werte zu vermitteln. Als letzte Instanz vor dem Berufsleben haben wir die Chance dazu“, unterstreicht sie. So haben sie vor Kurzem eine Bildungspartnerschaft mit dem Haus der

*„Das Land hat die Stundenzahl für Referendare erhöht, Teilzeit erschwert und die Abstände der Sabbatjahre gestreckt. Das führt bei vielen Kolleg*innen zu Unmut und macht uns als Schule nicht anziehender.“*

Uta Berner, Schulleiterin

Geschichte in Stuttgart auf den Weg gebracht. „Endlich fragt mal eine berufliche Schule an“, sei die positive Reaktion vom politisch-historischen Landesmuseum gewesen, führt Berner weiter aus. Zusammen haben sie einiges vor: Projekte an der Schule genauso wie Exkursionen nach Stuttgart. „Die Kolleg*innen brennen dafür und legen sich ins Zeug – nicht nur bei diesem Thema, sondern sie übernehmen auch viele andere Aufgaben extra, zum Beispiel beim Tag der offenen Tür. Leider wird ihr Engagement nicht durch Anrechnungstunden wertgeschätzt“, ergänzt Maziol, und Berner nickt zustimmend.

**HANS MAZIOL**

ÖPR, Mitglied im BPR Berufliche Schulen am RP Stuttgart und GEW-Landes-schatzmeister

„Leider wird das Engagement der Lehrkräfte nicht durch Anrechnungsstunden wertgeschätzt.“

Hans Maziol, Personalrat

Bereichsgeismen als Bremsklotz

Ein mutiger Schritt wäre für Berner, wenn Möglichkeiten für Kinderbetreuung geschaffen würden. „Dadurch könnten wir die Kolleg*innen mit Kindern enorm entlasten und zudem den frühen Wiedereinstieg nach der Geburt eines Kindes ermöglichen, was dazu beitragen würde, dem Lehrkräfte-mangel entgegenzuwirken“, ist sie überzeugt. „Auch da hinken wir hinter der Wirtschaft hinterher“, bedauert sie und kommt gleich auf den nächsten Punkt, der in ihren Augen schnell an allen Schulen umgesetzt werden sollte: die Schulverwaltungs-assistenz. Seit 2006 läuft das Projekt immer noch als Modell, obwohl es erfolgreich umgesetzt wird, zum Beispiel am Bildungszentrum Weissacher Tal. „Es wäre eine große Erleichterung, wenn ich jemanden hätte, der die vielen Verwaltungsaufgaben übernehmen würde“, betont Berner. Dann könne sie sich auf ihre originären Aufgaben wie die Schulentwicklung konzentrieren. Auch die Fortsetzung des Projekts „Rückenwind“ und die Einführung einer einheitlichen Lernplattform für alle Schulen würde sie begrüßen.

Verändertes Schüler*innenklientel

Eine weitere Herausforderung ist die sich stark verändernde Schülerschaft. Das Kaufmännische Schulzentrum, das Wirtschaftsgymnasium, Wirtschaftsschule, Kaufmännische Berufsschule sowie Kaufmännische Berufskollegs unter einem Dach vereint, hat schon seit jeher ein heterogenes Schüler*innenklientel. „Durch die Geflüchteten stehen wir heute vor ganz anderen Herausforderungen“, gibt Berner zu verstehen. Die Anzahl geflüchteter Schüler*innen hat kontinuierlich zugenommen und steigt weiterhin an.

Gute Erfahrungen macht das Schulzentrum mit dem einjährigen Bildungsgang Ausbildungsvorbereitung dual (AV dual), den es 2021 eingeführt hat. Er richtet sich an nicht volljährige Jugendliche mit oder ohne Hauptschulabschluss, die Unterstützung benötigen beim Übergang von der Schule in eine Ausbildung. „Wir konnten namhafte Paten gewinnen, wie Stefan Wolf, den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, das Autohaus Weeber, Paul Nemeth, den jahrelangen Landtagsabgeordneten sowie einen ehemaligen Schüler mit Migrationshintergrund, der heute Jura studiert. Zudem haben wir AV dual offiziell und feierlich eingeführt. Dadurch hat es ein positives Image erhalten, und die Schüler*innen sind stolz, in diesem Bildungsgang zu sein“, berichtet die Schulleiterin. 4 Lerngruppen im AV dual gibt es am Schulzentrum. Die Schüler*innen werden durch niveaudifferenzierten Unterricht individuell gefördert und von AVdual-Begleiter*innen unterstützt, beispielsweise bei der Suche nach Praktika. Denn Ziel ist, dass möglichst alle Schüler*innen den Hauptschulabschluss erwerben oder verbessern und einen Ausbildungsplatz finden. „Die zusätzlichen Lehrerstunden, die uns bei der Einführung des Bildungsgangs zur Verfügung standen, werden sukzessive gekürzt. Dabei bräuchten wir diese dringend, um den Jugendlichen entsprechend zur Seite stehen zu können. An motivierten Lehrkräften mangelt es nicht“ sagt Berner mit Nachdruck.

Mitgestaltung der Schulzukunft

Mit der Zusammenarbeit mit dem Landkreis Böblingen als Schulträger sind Berner und Maziol zufrieden. Von ihm fühlen sie sich geschätzt und gut versorgt. Zurzeit arbeiten sie gemeinsam an der Idee für einen Bildungscampus für das Kaufmännische Schulzentrum und die Mildred-Scheel-Schule. Die Hauswirtschaftliche Schule liegt nicht weit entfernt vom Schulzentrum. Deswegen bietet es sich an, Gebäude zusammen zu nutzen, zum Beispiel den Eingangsbereich. Hier könnte die Agentur für Arbeit und die IHK, eine Gesundheitsberatung, das Büro für Sozialarbeiter*innen und die Bibliothek einen zentralen Platz bekommen. „Das wird noch Jahre dauern, bis das Realität wird. Aber wir arbeiten daran, und in unseren Augen ist das ein innovativer Ansatz, die Schüler*innen beider Schulen näher zusammenzubringen“, bekräftigt Berner. Sanierungsbedarf besteht allemal: Das Schulzentrum wurde in den 50er-Jahren gebaut.

Über der Tür in der Mensa steht in großen Lettern das Leitbild des Schulzentrums „Lernen und Leben in Vielfalt und Wertschätzung“. „Das ist heute noch genauso aktuell wie 2007, als es dort aufgemalt wurde“, versichert Berner, bevor sie ihren Lieblingsplatz an der Schule zeigt: die große Terrasse vor der Mensa, wo sich Schüler*innen und Lehrer*innen zur Mittagszeit tummeln. Dafür muss es allerdings noch ein paar Grad wärmer werden. ■



Andrea Toll,
freie Journalistin und Texterin

BILDUNG. MUTIG. LOS.

Vier kühne Vorschläge zur Reform des Schulsystems

Es kann nicht alles bleiben, wie es ist, meint der Schulpädagoge Prof. Jörg Ramseger. Er skizziert, was sich ändern muss, damit Bildung für alle möglich wird. Dafür erwartet er von allen Berufsgruppen an Schulen und deren Interessenvertretungen, pädagogische und betriebliche Routinen zu hinterfragen. Lehrkräfte sollen sich zur Not auch mutig verweigern.

Wie alle anderen gesellschaftlichen Subsysteme steht auch die Schule angesichts rapider gesellschaftlicher Veränderungen und Umbrüche unter ständigem Innovationsdruck. In den nächsten 13 Jahren wird die Weltbevölkerung um eine weitere Milliarde Menschen anwachsen. Im Verein mit dem raschen Anstieg des Global Warming – in Spanien geht derzeit schon im Frühjahr in vielen Regionen das Trinkwasser zu Ende –

müssen wir in naher Zukunft mit ungesteuerter Zuwanderung bislang nicht gekanntes Ausmaßes rechnen. Globale Entwicklungen wie Krieg und Migration und deren lokale Folgen wirken sich jetzt schon auf die Realität einer jeden Schule aus und verändern permanent den öffentlichen Erwartungsdruck auf unsere Bildungsinstitutionen.

Die Schere zwischen sozio-ökonomisch gesicherten und benachteiligten Kindern und Jugendlichen wird dabei immer größer. Es gibt in unserem Auslese- und Noten-fixierten Schulsystem keinerlei Bildungsgerechtigkeit. Neue entwicklungspsychologische Erkenntnisse über das Lernen – Stichwort „Ko-Konstruktion“ – und neue Bildungsziele im Rahmen einer „Kultur der Digitalität“, in der das kulturelle Leitmedium „Buch“ mehr und mehr Konkurrenz vom neuen Leitmedium „Computer“ erfährt, legen auch ein grundsätzliches Nachdenken über die Gestaltung des

Unterrichts und des ganzen Schulsystems nahe (Stalder, 2016) Ich kann aus Platzgründen nur vier Andeutungen machen, in welche Richtung meines Erachtens Veränderungen notwendig und sinnvoll sind.

1. Die echte Ganztagschule

Bis auf Österreich und Deutschland ist die Ganztagschule in fast allen Ländern der Welt die Normalform von Schule. Im Gegensatz zu Ostdeutschland, wo die Kinder aus politischen Gründen schon seit dem Beginn der DDR ganztätig in staatlicher Beaufsichtigung waren, weil der Staat die Arbeitskraft aller Frauen brauchte, ist die Ganztagschule in Westdeutschland erst seit wenigen Jahren gesellschaftsfähig. Die Entwicklung vollzieht sich an verschiedenen Orten in unterschiedlichem Tempo: Aus der unzuverlässigen Halbtagschule entwickelt sich eine verlässliche Halbtagschule mit Suppenausgabe, aus der kooperativen Ganztagschule oder Schule-Hort-Kombination entsteht eine gebundene Ganztagschule für alle Kinder bis 15.30 oder 16.00 Uhr, die vielerorts noch mit einem Früh- und einem Späthort ergänzt wird. Bei den Eltern der Mittelschicht ist die Schule-Hort-Kombination sehr beliebt, insbesondere, wenn sie ihre Kinder nachmittags zu ganz verschiedenen Zeiten aus dem Hort abholen können, um sie zu anderen, außerschulischen Sport-, Vergnügungs- oder Bildungseinrichtungen zu fahren. Das passt zur Freiheit von wohlhabenden Konsumenten, die es gewohnt sind, die Befriedigung höchst individueller Bedürfnisse in großer Freiheit selbst zu entscheiden.

„Die Spaltung der Kinder in ein vormittägliches Unterrichts- und ein nachmittägliches Betreuungskind ignoriert all unser Wissen über Biorhythmen und nachhaltiges Lernen.“

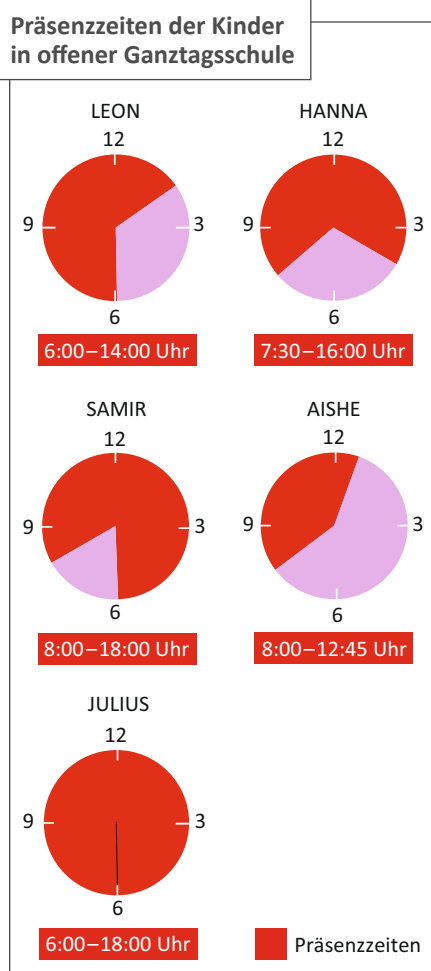


Aus pädagogischer Sicht ist das allerdings eine ungünstigste Konstellation, weil durch die unterschiedlichen Anwesenheitszeiten der Kinder am Nachmittag eine genuin pädagogische Arbeit, beispielsweise mit künstlerischen oder handwerklichen Angeboten oder auch längerfristigen Projekten, kaum mehr möglich ist. Und: Die unterschiedlichen Professionen, die mit den Kindern arbeiten, vormittags Lehrkräfte, nachmittags sozialpädagogisches Fachpersonal, kommen kaum miteinander ins Gespräch. Im Gegensatz dazu haben gebundene Ganztagschulen mit einer durchdachten Rhythmisierung des ganzen Tages und einer echten Teamarbeit, bei der alle Berufsgruppen über den Tag verteilt mit den Kindern arbeiten, einen großen Vorteil: Sie bieten in der Regel eine Fülle von Lernmöglichkeiten und Entwicklungsgelegenheiten, die kein Elternhaus allein bereitstellen kann. Die Verwirklichung einer solchen Vision einer guten gebundenen Ganztagsgrundschule mit rhythmisiertem Tageslauf in abwechselnden Phasen von Anspannung und Entspannung hat meiner Erfahrung zufolge viele Voraussetzungen.

Dazu zählen vor allem:

- auf Seiten der sozialpädagogischen Fachkräfte die Bereitschaft, sich selbst nicht als Hausaufgabenüberwacher und Basteltanten zu begreifen, sondern sich als professionell qualifizierte und staatlich anerkannte Bildungsarbeiter:innen zu verstehen und im Rahmen ihrer Kompetenzen selbstbewusst auch im Unterricht mitzuwirken;
- auf Seiten der Lehrkräfte die Bereitschaft, wie jede andere Berufsgruppe ganztägig am Arbeitsplatz Schule tätig zu sein und selbstverständlich auch die Kinder beim Mittagessen zu begleiten, Unterricht auch am Nachmittag zu erteilen und bei Bedarf auch eine erkrankte Erzieherin zu vertreten;
- von beiden Berufsgruppen die Bereitschaft, die unterrichtlichen und die unterrichtsergänzenden Bildungsangebote gemeinsam zu planen und zu verantworten und in einem rhythmisierten Tagesplan nach lernphysiologischen Kriterien klug über den ganzen Tag zu verteilen. Dies gelingt am besten im Team-Kleingruppen-Modell mit wöchentlichen Planungssitzungen der Kleinteams;
- von den Schulleitungen, die Bereitschaft, das Team-Kleingruppenmodell in der Schule zu etablieren und neue Steuerungsmodelle mit kollektiven Schulleitungen einzuführen, in denen Sprecher aller Kleinteams mitwirken;
- und von den Personalräten und Lehrkräfteverbänden die Bereitschaft, die überkommenen Berufsbilder der Lehrkräfte und der sozialpädagogischen Fachkräfte zu überwinden, neue, zeitgemäßere Arbeitsplatzbeschreibungen für beide Berufsgruppen zu entwickeln und ihren langjährigen Widerstand gegen neue Arbeitszeitmodelle aufzugeben.

Das sind starke Veränderungen unserer pädagogischen und betrieblichen Routinen. Wie die Erfahrungen mit Schulen, die so arbeiten, zeigen, darunter viele Schulpreisschulen, werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich auf solche Veränderungen einlassen, mit erhöhter Motivation, einer wirksameren Lernprozessgestaltung sowie geringeren Burn-out-Raten und geringeren Krankheitsraten reagieren.



2. Die wirklich inklusive Schule

Es gab einmal eine hübsche Idee in Deutschland. Sie nannte sich „Inklusion“ und zielte auf die vollständige Teilhabe aller Menschen an allen gesellschaftlichen Errungenschaften – ohne Rücksicht auf Geschlecht, Hautfarbe, Religion, individuelle Leistungsvoraussetzungen und sozio-ökonomischen Status. Inklusion sollte erreicht werden durch Schulen, die keine Auslese mehr betreiben und so gut ausgestattet werden, dass sie im Rahmen eines gemeinsamen Unterrichts allen Kindern und Jugendlichen individuell zugemessene Lernangebote unterbreiten könnten. Es gab höchst erfolgreiche Vorreiter, die Integrationsschulen der 1970er und -80er Jahre in Westdeutschland. Und es gab und gibt viele Vorbilder von wirklich inklusiven Schulen, nicht nur in Südtirol oder Skandinavien, sondern auch in Deutschland – man denke nur an den wunderbaren Dokumentarfilm von Hella Wenders über die Schule „Berg Fidel“ in Münster und die schönen ermutigenden Bücher von Barbara Wenders und Reinhard Stähling, die die Praxis einer wirklich inklusiven Schule beschreiben. Sie alle zeigen: Inklusion ist möglich!

Indes sind viele Lehrkräfte skeptisch geworden und manche wenden sich enttäuscht oder frustriert ab, wenn nur das Wort „Inklusion“ geäußert wird. Von der Politik allein gelassen und vielerorts nicht hinreichend ausgestattet, fühlen sie sich mit der schweren Aufgabe, allen Kindern und Jugendlichen im gemeinsamen Unterricht gerecht werden zu wollen, völlig überfordert – und sind es vielerorts auch. Das ist aber kein Argument gegen die schöne Idee, sondern eine Anklage hinsichtlich der unzulänglichen Unterstützung, die die Pädagoginnen und Pädagogen in den Schulen erfahren!

Das größte Problem ist aber ein ganz anderes: Tatsächlich halten die Schulverwaltungen in allen Bundesländern eisern an dem grundlegenden Systemwiderspruch fest, die Schulen mit einem absurden Doppelauftrag zu versehen – Bildung und Auslese –, wobei die Auslesefunktion der Schule immer wichtiger und mächtiger ist als ihre Bildungsfunktion. Das Instrument, mit dem dieser Systemwiderspruch immer wieder durchgesetzt wird, ist die

Zensurengebung. Indem die Lehrkräfte gezwungen werden – und so lange sie sich widerstandslos zwingen lassen! –, den Unterricht zum Wettkampf zu machen und Lernerfolg mit sozialen Vergleichen zu koppeln, werden sie wieder und wieder Versager produzieren. Denn in einem Wettkampfsystem lassen nur die Verlierer die Sieger im Siegesglanz erstrahlen. Die Verlierer:innen des

„Einzelkämpfer:innen sind im pädagogischen Arbeitsfeld immer überfordert.“

Bildungssystem stehen aber seit Jahrzehnten von vornherein fest: Es sind die Kinder aus ungünstigen sozio-ökonomischen Lebensverhältnissen und die langsamer lernenden Kinder.

Solange wir alle Kinder an denselben Maßstäben messen und bei den Lernerfolgsmeldungen, auf die jeder Schüler und jede Schülerin ein Recht hat, in Rangfolgen aufteilen, statt die Lernanstrengungen individuell zu würdigen, werden die langsamer lernenden Kinder mit jeder Klassenarbeit immer wieder beschämt und immer weiter entmutigt. Am Ende dokumentieren die Lehrkräfte das Schulversagen der

langsamer lernenden Kinder mit den Notenzeugnissen nicht nur, sie produzieren das Versagen vielmehr selbst. Das ist die unveränderbare Logik des Notensystems.

Daraus ergibt es eine einfache Schlussfolgerung: Erst wenn die Lehrkräfte sich erheben und sich weigern, dieses böse Spiel weiter zu treiben, und zu intelligenteren Verfahren einer individuumorientierten Lernerfolgsmeldung übergehen, kann Inklusion realisiert und Bildungserfolg für alle Kinder erreicht werden. Ohne diese Weigerung und ohne die Weiterentwicklung des Systems der Lernerfolgsmeldung werden wir auch in hundert Jahren keine Chancengerechtigkeit im Bildungssystem herstellen können und wird jede neue PISA-Studie die Ungerechtigkeit unseres Systems wieder und wieder belegen. Ziffernzensuren und Bildungsgerechtigkeit sind ein unauflösbarer Widerspruch.

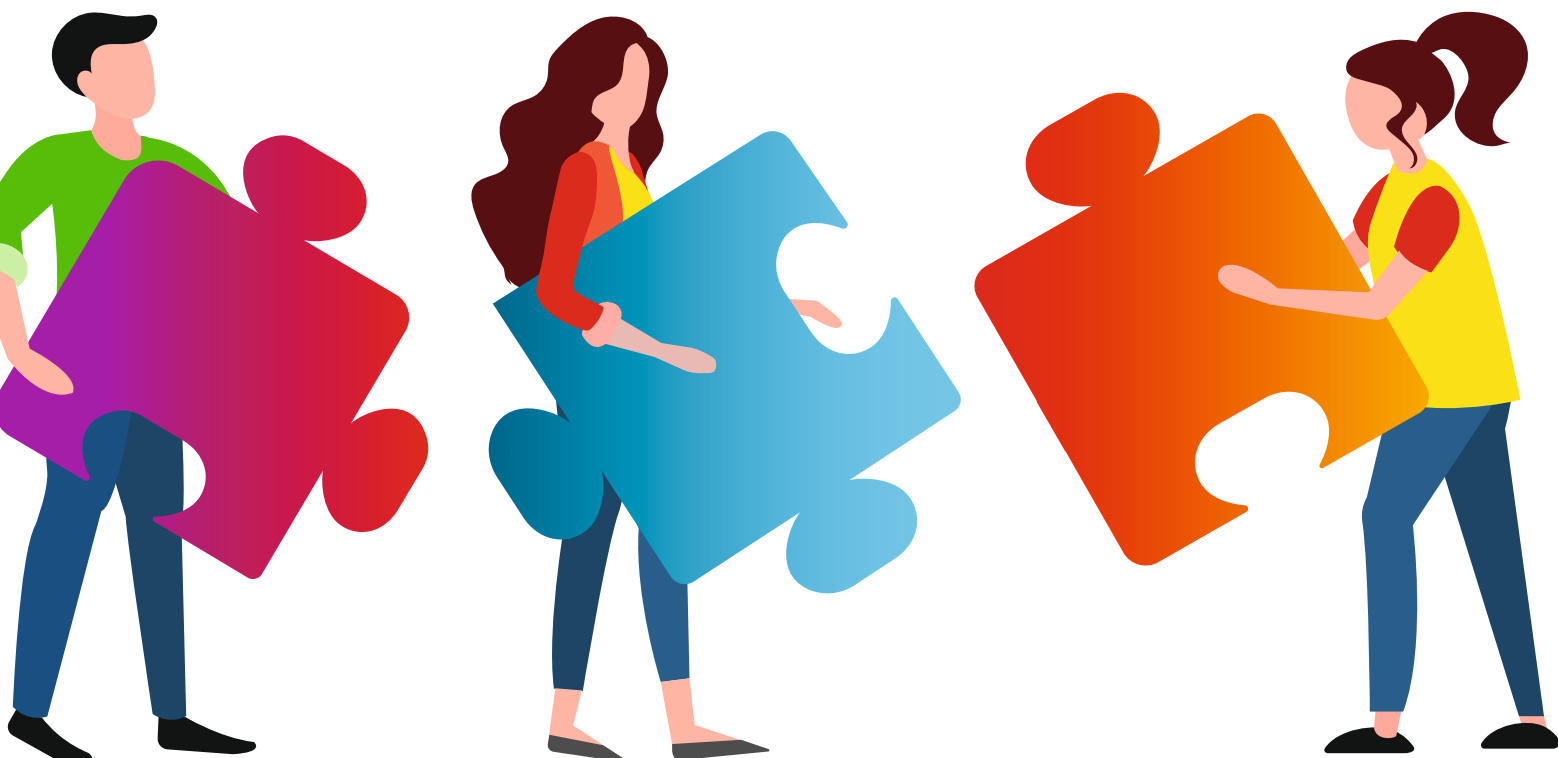
3. Die neue Teamschule

Wie bereits angedeutet, lassen sich die anstehenden Reformen der Schule nicht mit Einzelkämpfern realisieren. Einzelkämpfer:innen sind im pädagogischen Arbeitsfeld immer überfordert. Aber in unserem Schulsystem stehen einer echten Teamarbeit starke Hindernisse im Weg.

Dazu zählen:

- eine Lehrkräftebildung, die prinzipiell Einzelkämpfer:innen ausbildet und bewertet und nicht Team-Player;
- unterschiedliche Rollenverständnisse von Lehrer:innen und Sozialpädagog:innen,
- Standesdünkel und hierarchisches Denken,
- unterschiedliche pädagogische Ideale von Schule und Hort,
- unterschiedliche rechtliche Zuständigkeiten für Schule und Hort
- Kommunikationsunfähigkeit einzelner Beteiligter,
- mangelndes Vertrauen,
- Traditionalismus („Schulen sind Tanker“),
- und allgemeiner Zeitmangel, insbesondere bei den besonders engagierten Pädagoginnen und Pädagogen.

Aber: Pädagogische Einrichtungen gehen vielerorts schlecht mit der verfügbaren Arbeitszeit um. Und viele Lehrkräfte bestehen oft auf für sie selbst ungünstigen Personaleinsatzplänen ohne Leer- und Pausenzeiten („Bloß mittags schnell nach Hause!“ „Bloß KEINE Hohlstunden!“). Indes: Alle genannten Probleme sind menschengemacht und daher grundsätzlich behebbar. Zeit ist grundsätzlich vorhanden! Jeden Tag neu. Sie kostet nichts! Ihre Verwendung ist lediglich eine Frage der eigenen Prioritätensetzung. Wenn



allerdings – wie in Deutschland üblich – die Stundendeputate im Rahmen der üblichen Arbeitsverträge so hoch angesetzt werden, dass neben dem Unterricht und den Prüfungsarbeiten keine Teamzeiten und keine Zeiten für Schulentwicklungsarbeit mehr zur Verfügung stehen, sollten sich die Lehrkräfte wehren und für bessere Arbeitsbedingungen streiken.

Eine gute Begründung dafür wären auch die hohen Abbruchzahlen in der Lehramtsausbildung und die – oft gesundheitlich bedingten – Frühausstiege von Pädagoginnen und Pädagogen aus dem Beruf. Aber vor allem gilt: Die pädagogische Arbeit kann unter den eingangs genannten Aufwuchsbedingungen der Kinder und Jugendlichen in den herkömmlichen Zeittakten und Zeitmaßen nicht mehr erfolgreich geleistet werden. Das pädagogische Argument für die reformierte und rhythmisierte gebundene Ganztagschule lautet: Die Spaltung der Kinder in ein vormittägliches Unterrichtskind und ein nachmittägliches Betreuungskind ignoriert all unser Wissen über Biorhythmen und nachhaltiges Lernen. Der Missbrauch des Hortes als „schulergänzende Betreuungsmaßnahme“ verkennt auch die besonderen Bildungschancen des Nachmittags.

Und: Die pädagogische Verantwortung für den Bildungserfolg der Kinder ist grundsätzlich unteilbar.

Es gibt im Übrigen auch eine gemeinsame Leitidee und ein gemeinsames Ziel für alle Pädagoginnen und Pädagogen in Schule und Hort. Es lautet „Bildung für alle“!

Eine solche, nicht primär Auslese- und Noten-zentrierte, sondern primär bildungsorientierte Schule lässt sich – so meine These – in Form der rhythmisierten gebundenen Ganztagschule eher realisieren als in separaten Einrichtungen, die kaum zusammenarbeiten.

4. Die staatliche freie Schule

Wer soll solche Veränderungen eigentlich in die Wege leiten? Der Staat wird es nicht tun. Dazu sind unsere Regierungen zu ängstlich und die Systeme zu starr und viel zu stark verrechtlicht. Wirkliche Veränderungen können nur von den Betroffenen selbst erstritten werden, also den Schülerinnen und Schülern, den Eltern und den Pädagoginnen und Pädagogen. Aber auch sie werden wirklich nachhaltige Veränderungen nur bewirken können, wenn man die Schule aus dem System der staatlichen Planwirtschaft entlässt und in die Hand der Betroffenen gibt – als staatliche „freie Schulen“ mit extrem großen Gestaltungsfreiräumen. Dazu müssten allerdings auch die verbeamteten Lehrkräfte wieder in die Freiheit entlassen werden, denn wer der Redefreiheit und des Streikrechts beraubt ist, wird in dieser Gesellschaft ignoriert. Erst wenn die Lehrkräfte bereit sind, auf die Privilegien des Beamtenstatus zu verzichten, und – wie Lokführer:innen, Pilot:innen oder das Bodenpersonal von Flughäfen – als freie Bürger:innen für ihre berechtigten Ansprüche auf einen hochwertigen Arbeitsplatz notfalls auch streiken können, werden sie von der Politik ernst genommen werden und jene Handlungsfreiräume erhalten, die sie brauchen, um Schule verantwortlich gestalten zu können. █

Prof. i. R. Dr. Jörg Ramseger,

bis 2016 Professor für Schulpädagogik mit dem Schwerpunkt Grundschule und Leiter der Arbeitsstelle Bildungsforschung Primarstufe an der Freien Universität Berlin

Literatur:

- **Ramseger, Jörg und Kirch, Michael (Hrsg):** „Lernräume und Schularchitektur. Grundschule mit Kindern neu denken, neu planen, neu gestalten“ Grundschulverband in Frankfurt a. M. Februar 2024
- **Stalder, Felix (2016):** *Kultur der Digitalität.* Berlin: Suhrkamp. Zum Wechsel des kulturellen Leitmediums Buch zum neuen Leitmedium Computer siehe Döbeli Honegger, Beat (2017): *Mehr als 0 und 1: Schule in einer digitalisierten Welt.* Bern: hep Verlag.



ERFAHRUNGSBERICHT FACHBERATER

„Was machst du eigentlich genau?“

Anfang 2019 wurde das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) gegründet. Daraus ist eine große Behörde entstanden, in die viele Lehrkräfte abgeordnet werden, und die dort sehr unterschiedliche Aufgaben übernehmen. Henry Mayer beispielsweise arbeitet als Fachberater Unterricht an Beruflichen Schulen und berichtet, was er alles erlebt.

Es gibt eine Frage, die immer wieder auftaucht, in verschiedenen Fassungen: „Was machst du eigentlich genau?“ Eine Frage, die zeigt, wie unbekannt das ZSL lange war und die Arbeit als Fachberater zum Teil noch ist.

„Sag mal, machst du eigentlich alles, um nicht mehr unterrichten zu müssen?“ Diese Frage eines Kollegen war eine der ersten Reaktionen, die ich auf meine neue Funktion bekam. Ich unterrichte doch, dachte ich, klärte ihn auf und ging mich wundernd in meine Klasse. Ende 2017 wurde ich zum Fachberater ernannt, damals noch für das RP Karlsruhe. Als „besonderer Schulaufsichtsbeamter“ wurde ich Teil der Schulaufsicht

Fachberater Aufsicht für Lehrproben und Prüfungskolloquien im Einsatz. Außerdem bin ich Mitglied weiterer Fach- und Expertenteams.

Fünf Deputatsstunden FBU-Arbeit werden dabei mindestens erwartet, wir dokumentieren in Excel. Daneben unterrichte ich 15 Wochenstunden in der Berufsschule und im Beruflichen Gymnasium. Ein fester Tag in der Woche ist mein ZSL-Tag, oft muss noch ein Tag dran glauben.

„Sag mal, du bist doch am Seminar, oder?“, fragt mich ein anderer Kollege, als ich am Kopierer stehe. Er ist überrascht, als ich verneine und sage, dass ich für das ZSL fortbilde. Dass diese Aufgabe mir Freude bereitet und ich es als bereichernd empfinde, mich mit Kolleg*innen über Unterricht und Umsetzung von Bildungsplänen auszutauschen, erzähle ich dann. Die Unwägbarkeiten mit dem Programm LFB-Online, über das Fortbildungen gebucht und vorab von den Leitungen eingepflegt werden, erwähne ich nicht.

Seit kurzem erstellen wir im Regionalen Fachteam eine Schuljahresgesamtplanung und berücksichtigen dabei die von den Schulen eingereichten Wünsche. Das ist toll in der Theorie, die praktische Bedienung von LFB-Online ist schwierig; für alle Beteiligten. Umso besser, dass sich das ZSL auch überfachlichen Themen widmet, die immer mehr nachgefragt werden: So bilde ich rund um den Leitfadens Demokratiebildung und für die Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Vielfalt“ fort. Denn Schule soll alle Beteiligten stärker machen und ein Ort sein, wo demokratisch und diskriminierungsfrei gelernt werden kann. Genau das passiert im Idealfall auch auf ZSL-Fortbildungen: Sie sind und sollen ein Ort des Austauschs sein – nicht nur zum Materialsammeln.



„Als FBU wird man auch für die Erstellung neuer Bildungspläne, Handreichungen und Prüfungen eingesetzt und ist damit nah dran an aktuellen Entwicklungen und neuen Projekten.“

Henry Mayer

Fachberater am ZSL, Unterricht an Beruflichen Schulen

und habe damit neben meinem Deputat verschiedene Aufgaben, hauptsächlich Fortbildungen in meinen Fächern Deutsch und GGK (Geschichte und Gemeinschaftskunde) zu planen und durchzuführen.

Mit der Gründung des ZSL gingen die Aufgaben der Lehrkräftefortbildung vom RP ans ZSL über. Seither arbeite ich als Fachberater Unterrichtsentwicklung (FBU) für die ZSL-Regionalstelle Karlsruhe, koordiniere die Fortbildungsplanung im Regionalen Fachteam Deutsch und bin ab und an mit Aufgaben der

Genau so bilde ich gern fort. Ich schätze diesen Austausch, der im Alltag zu kurz kommt und sehe mich als Mittler zwischen meinen Auftraggebern KM sowie ZSL und den Lehrkräften. Dieser dritte Ausbildungsabschnitt einer Lehrkraft – nach Studium und Referendariat – ist für mich genauso wichtig wie die beiden davor. Toll wäre es, wenn es dabei im Kreis der Fachberater*innen mehr Raum für Austausch und Teamarbeit gäbe. Denn oft wird auf den Sitzungen des Regionalen oder Landesfachteams nur über Planungen berichtet und Zeit zum gemeinsamen Arbeiten fehlt. Nicht nur einmal habe ich gedacht, die Zeit von Teamsitzungen wäre besser in die Vorbereitung von gemeinsamen Fortbildungsinhalten

„Toll wäre, wenn es im Kreis der Fachberater*innen mehr Raum für Austausch und Teamarbeit gäbe.“

geflossen. In Landesfachteams gehen wir inzwischen erste Schritte in Richtung einer gemeinsamen inhaltlichen Konzeption. In Regionalen Fachteams stoße ich das als Koordinator ebenfalls an. Hier sind wir auf die Mitarbeit von Lehrkräften als Fortbildungsreferent*innen angewiesen, um ein breites Angebot für alle Schularten im Beruflichen Schulwesen umsetzen zu können. Da die Vergütung für diese Personen vom KM verantwortet wird, kann das ZSL nichts dafür, dass hier in den letzten Jahren weiter gekürzt wurde; Anrechnungen kommen auch mal Jahre später. Gut für die Teamarbeit ist das nicht. Auch verschiedene Zeitschienen in den Planungen von KM, ZSL-Zentrale und Regionalstelle machen das Arbeiten nicht einfacher.

Mit der Frage *„Sag mal, du weißt doch, wie viele Klassenarbeiten man schreiben muss, wenn du am RP bist?!“*, passt mich die nächste Person auf dem Gang ab, als ich nach sechs Stunden Unterricht zu einer der digitalen ZSL-Dienstbesprechungen ins Homeoffice eile. Ich muss bei meiner Antwort an meine Fortbildung denken, als ich mit anderen Fachberater*innen auf der Comburg

saß und wir unsere neue Rolle reflektierten. *„Sie werden oft gefragt werden und Stellung beziehen müssen“*, wurde uns gesagt. Und so ist es: Als FBU wird man auch für die Erstellung neuer Bildungspläne, Handreichungen und Prüfungen eingesetzt und ist damit nah dran an aktuellen Entwicklungen und neuen Projekten. Nur bin ich eben nicht am RP.

Wie es am ZSL läuft

Vor allem im Digitalen wurden am ZSL riesige Sprünge gemacht. In den neuen „Landesfachnetzen“ auf Moodle-Basis werden nicht nur Unterrichtsmaterial und Hinweise zu allen Schularten bereitgestellt, es finden auch Online-Videosprechstunden über BigBlueButton (BBB) statt. Niederschwellige „FAQ-Stunden“ geben Orientierung zu Abschlussprüfungen oder zu so unterschiedlichen Fragestellungen wie dem Umgang mit antisemitischen Kommentaren oder digitalen Tools. Das war im Jahr 2017 so undenkbar wie unabsehbar. Auch sind Fortbildungen nun endlich landesweit für alle Lehrkräfte buchbar – so sieht eine moderne Fortbildungslandschaft aus.

Berufsbild „Fachberater in der Fort- und Ausbildung“ nicht in Sicht

Anderes wurde angedacht, aber nie umgesetzt: Im Jahr 2019 konnten alle FBUs den Wunsch äußern, ob sie zum ZSL gehen oder am RP bleiben wollen. Als man dann ein neues Berufsbild in Aussicht stellte, war mein Weg klar. Denn es sollte zukünftig den „Fachberater in der Fort- und Ausbildung“ geben, so ein Punkt des Qualitätskonzepts, mit dem das ZSL entstand. Zweiter und dritter Ausbildungsabschnitt zusammengedacht, das beeindruckte mich und ich freute mich, beim Entstehen von etwas Neuem dabei zu sein. Die Ernüchterung kam schnell. Jemand sagte mir, es dauere fünf Jahre, bis neue Behörden eingespielt sind und funktionieren. Und dann kam die Pandemie. Jetzt sind fünf Jahre um, und es ruckelt immer noch.

Vom neuen Berufsbild ist nichts mehr zu hören. Eine tiefere Zusammenarbeit mit den Seminaren findet bislang nicht statt. Daran, dass ich einige Zeit für Verwaltungsaufgaben und das Beantworten von Anfragen benötige, habe ich mich gewöhnt. Auch eine mitunter hohe Termindichte ist der Funktionsstelle

geschuldet und war erwartbar. Nicht hinnehmbar sind für mich fachfremde Aufgaben („Machen Sie mal Werbung für Ihre Fortbildungen!“) und immer kürzer werdende Fristen der Rückmeldung: Sich als Fortbildner*in innerhalb weniger Tage entscheiden zu sollen, ob man sich für ein neues Projekt meldet, bisweilen ohne Infos zum Umfang, sichert keine Qualität. Immerhin sind die Stellen am ZSL nun fest besetzt, man kennt und schätzt sich und weiß, an wen man sich wenden kann – auch wenn häufig direkt erstmal eine Abwesenheitsnotiz auf die Mail folgt. Schön wäre das neue Berufsbild trotzdem, zumal die „Verwaltungsvorschrift für Fachberater“ zum letzten Mal 2009 überarbeitet wurde. Angebracht wäre es für all die, die als Fachberater*innen für Grundschulen und Sek 1 nicht wie FBUs an Gymnasien und Beruflichen Schulen in einer Funktionsstelle arbeiten, die höher besoldet ist.

„Sag bloß, du bist noch bei uns an der Schule?“, ruft mir eine Kollegin hinterher, als ich nach vielen Tagen woanders wieder im Haus bin. Ein ZSL-Tag pro Woche reicht eben oft nicht aus. Ich könnte jetzt erzählen, dass ich die letzten drei Tage eine Fortbildung in Esslingen geleitet und danach für Sitzungen in Stuttgart und Bad Wildbad war. Inzwischen kennt man aber das ZSL und wir lachen, als ich den Kopf schüttele. „Klar bin ich noch hier“, sage ich, dann klopft es und ein Schüler will mich sprechen. Er weiß genau, was meine Aufgabe ist: Ihm nach Krankheit Tipps für die Klassenarbeit geben. Es gibt für FBUs nämlich auch ein Arbeitsleben neben dem ZSL. Und das ist auch gut so. ■

Henry Mayer

Unterricht an Beruflichen Schulen
Fachberater am ZSL

WAHL HAUPTPERSONALRAT ASB

Warum wählen gehen?

Nach den Wahlen der schulischen Personalvertretungen werden bis 18. Juni die Personalvertretungen im außerschulischen Bereich (asB) gewählt: Der Hauptpersonalrat asB (HPR asB) und der Örtliche Personalrat am ZSL (ÖPR ZSL). Christina Horn stellt als Vorsitzende der GEW-/Verdi-Fraktion im HPR asB dessen Arbeit vor.



CHRISTINA HORN

Mitglied im HPR asB und ÖPR ZSL

„Je mehr Stimmen wir bekommen, desto besser können wir uns für die Interessen der Beschäftigten und die Ziele der GEW einsetzen.“

Das Landespersonalvertretungsgesetz verpflichtet alle Personalrät*innen und die jeweilige Dienststelle zum Wohl der Beschäftigten und zur Erfüllung der Aufgaben der Dienststelle partnerschaftlich und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

Der HPR asB setzt sich auf Ebene des Kultusministeriums (KM) für gute Rahmen- und Arbeitsbedingungen ein und schützt die Beschäftigten vor unfairen Maßnahmen der Dienststelle. Das Gremium trifft sich 14-tägig zu einer ganztägigen Sitzung. Bestimmte Aufgaben werden in Arbeitsgruppen ausgelagert. Ministerialdirektor Daniel Hager-Mann kommt als Leiter des KM viermal im Jahr in den HPR asB, um mit den Personalrät*innen Themen zu besprechen, die die Beschäftigten im außerschulischen Bereich betreffen.

Im HPR asB sind Themen wie der Arbeits- und Gesundheitsschutz sehr wichtig. Hier hat der HPR asB starke Beteiligungsrechte. Maßnahmen in diesen Bereich können nur mit seiner Zustimmung durchgeführt werden. Außerdem behandelt der HPR asB Themen wie Einstellungen, Abordnungen, Beförderungen oder Versetzungen. Das Gremium verhandelt Dienstvereinbarungen mit dem KM und wird bei wichtigen Angelegenheiten wie Baumaßnahmen oder der Anmietung von Räumen angehört.

In letzter Zeit hat sich der HPR mit der Evaluation des Qualitätskonzepts, der

Wen der HPR asB vertritt

Der HPR asB ist die oberste Stufe der Personalvertretung für alle Dienststellen, die dem außerschulischen Bereich des Kultusministeriums zugeordnet sind. Er vertritt fast 12.000 Personen an über 80 Dienststellen, darunter

- das Kultusministerium,
- das Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg,
- das ZSL und dessen Außenstellen, Regionalstellen und Schulpsychologische Beratungsstellen,
- die Seminare für die Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte
- die Abteilungen 7 der Regierungspräsidien,
- die Staatlichen Schulämter
- zahlreiche SBBZ mit Internat und weitere staatliche Schule, Institute und Einrichtungen, die unmittelbar dem Kultusministerium unterstellt sind.

Einführung der E-Akte, dem Digitalen Arbeitsplatz für die in der Ausbildung und Fortbildung tätigen Personen, der Evaluation der Fachteamstruktur und dem neuen Programm „Startchancen“ beschäftigt.

Wenn sich ein Bezirkspersonalrat nicht mit seiner Dienststelle einigt, kann die Angelegenheit in die nächsthöhere Stufe zur Verhandlung an den HPR asB gegeben werden. Wenn hier keine Einigung möglich ist, kann der HPR eine Einigungsstelle anrufen oder zur Klärung einer Frage vor das Verwaltungsgericht ziehen.

Was uns GEW-Mitgliedern im HPR wichtig ist

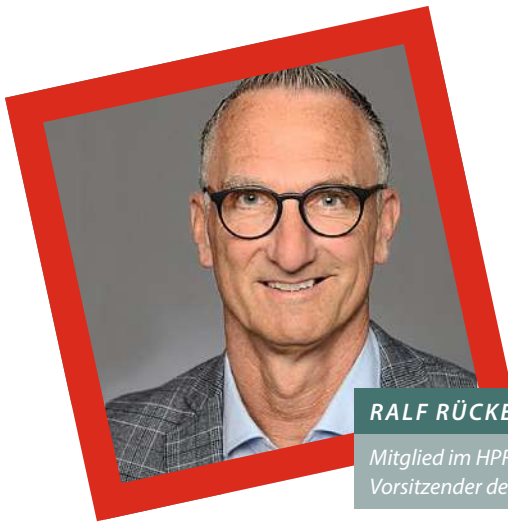
Den GEW-Mitgliedern im HPR asB ist neben einem guten Kontakt zur Dienststelle ein guter Austausch mit den anderen Personalrät*innen und den Kolleg*innen an den Dienststellen wichtig. Deshalb führen wir regelmäßig Austauschtreffen mit Personalrät*innen anderer Gremien durch, bieten Sprechstunden für Kolleg*innen an und stehen für Fragen zur Verfügung. Erfahrene

den vergangenen Wahlen für den HPR asB und den ÖPR ZSL haben unsere Kandidat*innen die Wähler*innen überzeugt, so dass GEW/Verdi bisher jeweils die stärkste Fraktion und den Vorsitz im Personalratsgremium gestellt haben. Diese Wahlergebnisse zeugen vom Vertrauen, das die Beschäftigten in unsere Arbeit haben.

Die GEW-Kandidat*innen für den HPR asB und ÖPR ZSL wünschen sich ein gutes Ergebnis, damit sie ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen können. Je mehr Stimmen sie bekommen, desto besser können sie sich für die Interessen der Beschäftigten und die Ziele der GEW einsetzen. ■

Christina Horn

Mitglied im HPR asB und ÖPR ZSL



RALF RÜCKERT

Mitglied im HPR asB und
Vorsitzender des BPR am ZSL

Personalrät*innen der GEW bieten regelmäßig Personalratsschulungen mit sachkundigen Referent*innen an.

Wählen gehen!

Nur starke Personalräte können bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten durchsetzen. Es stärkt den HPR asB, wenn viele Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben. Die Spitzenkandidat*innen der GEW Christina Horn, Ralf Rückert und Martin Hug sind erfahrene und kompetente Personalrät*innen. Sie kommen aus ganz unterschiedlichen Berufsfeldern des außerschulischen Bereichs und sind fachlich breit aufgestellt. Mit der GEW und Verdi haben die Personalrät*innen von gewerkschaftlicher Seite den notwendigen Rückhalt.

Die GEW hat bei der Wahl zum Bezirkspersonalrat am Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) im Dezember 2023 ein hervorragendes Ergebnis erzielt: 8 der 11 Sitze gingen an die Kandidat*innen der GEW. Auch bei



MARTIN HUG

Mitglied im HPR asB für Angestellte

WAHL ÖRTLICHER PERSONALRAT ZSL

GEW Personalrät*innen: Wofür wir da sind

Bis Juni findet die Wahl zum Örtlichen Personalrat am Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ÖPR ZSL) statt. Rund 6.000 Wahlberechtigte sind zur Wahl aufgerufen. Viele davon arbeiten im schulischen und im außerschulischen Bereich (z. B. alle Fachberater*innen, Beratungslehrkräfte, Fortbildner*innen). Aber es gibt auch viele Beschäftigte, die nur für das ZSL arbeiten.



SABINE KIRSCHBAUM
Vorsitzende ÖPR ZSL

Das ZSL ist eine sehr große Oberlandesbehörde, an der rund 60 Prozent der Beschäftigten im außerschulischen Bereich tätig sind. Wie kommt dieser hohe Prozentsatz zustande? Dort arbeiten nicht nur Fachberater*innen Unterrichts- und Schulentwicklung, Präventionsbeauftragte, Beratungslehrkräfte und die Schulpsycholog*innen, sondern auch Hotel- und Küchenhilfen, Köch*innen, Küchenleitungen, Hausmeister*innen, Systemadministrator*innen, Sachbearbeiter*innen, Referent*innen, Verwaltungsleitungen und viele andere. Das ergibt eine große Vielfalt an Beschäftigtengruppen, die im übrigen Kultusbereich nicht anzutreffen sind. Deshalb muss sich im außerschulischen Bereich eine starke Interessensvertretung für die unterschiedlichen Arbeitssituationen und spezifischen Interessen der Beschäftigten einsetzen.

Dies ist auch ein großes Anliegen der GEW/Verdi-Fraktion im ÖPR am ZSL. Momentan ist die GEW die stärkste Fraktion und stellt mit Sabine Kirschbaum die Vorsitzende, mit Christine Manz die stellvertretende Vorsitzende und Alexander Chucholowski ein

weiteres Vorstandsmitglied. Die Fraktion repräsentiert mit ihren Personalratsmitgliedern die Vielfalt der Beschäftigten. Dort sind Fachberater*innen Unterrichts- und Schulentwicklung, Fachbetreuer*innen, Beratungslehrkräfte, Präventionsbeauftragte, Schulpsychologinnen, Arbeitnehmer*innen und eine Referentin für Fortbildungen am ZSL vertreten. Sie bringen ihre spezifische Expertise aktiv und engagiert ein: Bei der Begleitung von Beschäftigten in Konfliktfällen, beim Arbeits- und Gesundheitsschutz oder bei den

Verhandlungen über eine Dienstvereinbarung für die Arbeitszeit bei Tätigkeiten im Bereich Fortbildung und Beratung. Was die Stärke der GEW-Fraktion im ÖPR am ZSL auszeichnet? Neben der breiten Expertise unserer Personalratsmitglieder ist die Fraktion eng an die GEW angebunden. Die GEW hat die Errichtung des ZSL von Anfang an kritisch und konstruktiv begleitet hat. Als eine starke Bildungsgewerkschaft mit über 50.000 Mitgliedern steht die GEW der Fraktion mit ihrer Expertise und Erfahrung zur Seite.

„Die Aufbauphase des ZSL hat gezeigt, dass eine starke Interessensvertretung sehr wichtig ist, damit alle Beschäftigtengruppen gesehen, ihre Anliegen berücksichtigt werden.“

Die Aufbauphase des ZSL hat gezeigt, dass eine starke Interessensvertretung sehr wichtig ist, damit alle Beschäftigtengruppen gesehen, ihre Anliegen berücksichtigt werden. Die heterogene Zusammensetzung der Beschäftigten bringt es mit sich, dass deren Bedarfe und Interessen sehr vielschichtig und unterschiedlich sind. Als GEW-Personalrät*innen ist es uns wichtig, alle im Blick zu behalten, für Anliegen offen zu sein und für die Interessen aller Kolleg*innen aktiv einzustehen.

Bei der Wahl zum ÖPR am ZSL können die GEW-Mitglieder am ZSL mit ihren Stimmen einen Beitrag dazu leisten, dass die GEW-Fraktion auch in der nächsten Wahlperiode die stärkste Kraft bleibt. ■

Ulrike Klüppel, Mitglied ÖPR ZSL
Sabine Kirschbaum, Vorsitzende ÖPR ZSL



ULRIKE KLÜPPEL
Mitglied ÖPR ZSL

unterrichtspraxis

Beilage zu „bildung und wissenschaft“
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

OFFENE UND HANDLUNGSORIENTIERTE KONZEPTE IM SPORT

Erfahrungsorientierter Sportunterricht

*Alle Schüler*innen machen in ihrer Entwicklung motorische Erfahrungen. Der Autor geht der Frage nach, wie diese Erfahrungen die Schüler*innen prägen und wie sie für einen Sportunterricht genutzt werden können, der sie zum Ausgangspunkt des motorischen Lernens macht.*



Foto: imago

Dass man aus Erfahrung klug wird, weiß bereits der Volksmund, aber auch in der Sportdidaktik sowie in der Sportpraxis ist der Erfahrungsbegriff ein allgegenwärtiger Begriff. Dass es ein erstrebenswertes Ziel ist, wenn Schülerinnen und Schüler im Sportunterricht möglichst selbständig Erfahrungen machen und aus Erfahrungen lernen, scheint unstrittig. Was mit den eigenen Sinnen und dem eigenen Körper unmittelbar erfahren wird, scheint eine ganz besondere Bedeutung für die Lernenden, aber auch den Lernprozess zu haben. Umso erstaunlicher ist es, dass auf einer theoretischen Ebene weitestgehend unklar ist, was unter einer Erfahrung genau zu verstehen ist. Viele relevante Fragen sind im Fachdiskurs weitgehend unbeantwortet und der Erfahrungsbegriff merkwürdig unbestimmt und konturlos: Wann und wie machen Schülerinnen und Schüler eigentlich ganz konkret Erfahrungen? Durch welche Strukturmerkmale zeichnet sich ein erfahrungsorientierter Sportunterricht im Detail aus? Inwiefern können erfahrungsorientierte Vermittlungsverfahren Beiträge zu einer nachhaltigen Bildung im Sportunterricht und vielleicht sogar zu einem inklusiven Sportunterricht leisten?



Foto: imago

Soll die Rede von der Erfahrungsorientierung mehr als eine pseudopädagogische Floskel sein, mit der allgemeine Zustimmung garantiert ist, dann bedürfen die offenen Fragen plausibler Antworten, um auch Orientierung für die Praxis geben zu können.

Einleitend lässt sich aber auch sagen, dass gerade in der Sportpädagogik eine auffallend große Anzahl an Erfahrungskonzeptionen existiert, was möglicherweise daran liegt, dass Erfahrung in besonderem Maße an die eigene Körperlichkeit gebunden ist. Ohne die jeweiligen Unterschiede hier im Detail auszuführen zu können (Giese, 2013), lassen sich mindestens sieben eigenständige Erfahrungskonzeptionen ausmachen:

- Scherlers Konzept der materialen Erfahrung (1975)
- Funke-Wienekes Körpererfahrung (1980)
- Moeglings sanfte Erfahrung (1984)
- Trebels Bewegungserfahrung (1984)
- Thieles leibliche Erfahrung (1996)
- Frankes ästhetische Erfahrung (1998) und
- Gieses symbolische Erfahrung (2006).

Die Sportdidaktik unterscheidet sich mit diesem bunten Strauß unterschiedlicher Erfahrungskonzeptionen sowohl von anderen Fachdidaktiken als auch von didaktischen Entwürfen der Schulpädagogik. Wollen motivierte Sportlehrkräfte das Potential der Erfahrung nutzen, indem sie nach Praxisanleitungen und vielleicht sogar nach „Kochrezepten“ einer erfahrungsorientierten Unterrichtslehre suchen, finden sie sich allerdings schnell in „Teufels Küche“ wieder, denn die umfangreiche Thematisierung der Erfahrung in der Sportpädagogik spiegelt vor allem eines wider – ihre Uneinheitlichkeit.

Vor diesem Hintergrund geht es in diesem Text – explizit in unterrichtspraktischer Absicht – im Folgenden darum, Möglichkeiten bzw. Grenzen der Realisierung eines erfahrungsorientierten Sportunterrichts zu diskutieren. Ein solcher Sportunterricht manifestiert sich bei entsprechender Durchführung in

- einer großen Nachhaltigkeit für die Lernenden, die über den Anschluss des Unterrichts an ihre eigenen Erfahrungen als Person stärker angenommen werden

- einer hohen Lehr-/Lernzufriedenheit sowie
- einer erhöhten Selbstständigkeit der Lernenden.

Dazu wird im nachfolgenden Kapitel zunächst eine begriffliche Annäherung an den vieldeutigen Erfahrungsbegriff versucht, bevor im darauffolgenden Kapitel vier didaktische Leitlinien eines erfahrungsorientierten Sportunterrichts dargestellt werden. Im Anschluss daran werden Einwände diskutiert, die typischerweise gegen einen erfahrungsorientierten Sportunterricht ins Feld geführt werden, bevor in einem Fazit praktische Tipps gegeben werden, wie ein erfahrungsorientierter Sportunterricht konkret aussehen kann.



Foto: Imago

Erfahrung – was ist das eigentlich?

Etymologisch betrachtet stammt der Begriff „Erfahrung“ vom einfachen Fahren, das ursprünglich jede Art des Sich-fort-bewegens, i. S. des homo viators meint. Damit wird das eigenständige Durchleben zu einem Grundmerkmal der Erfahrung. Es ist unverzichtbar, die Erfahrung selbständig am eigenen Leib zu machen. Wer die Reise scheut, kann keine Erfahrungen machen (Bollnow, 1981, S.29). Erfahrung wird in diesem Sinne als ein aktiver Selbst-Bildungsprozess verstanden, bei dem sich das Individuum (metaphorisch) auf die Reise macht, um aktiv neue Erfahrungen zu sammeln. Erfahrung führt dabei zu einem akkumulierenden Erfahrungsschatz, der das Verhältnis des Individuums zu seiner Umwelt nachhaltig verändert und im Idealfall ständig optimiert. Aus einer solchen Perspektive lässt sich eine dreiseitige Systematisierung des Erfahrungsbegriffs beschreiben (Giese, 2010): Erfahrung ist eingelassen zwischen das Individuum, das die Erfahrung macht (a), in das, über was die Erfahrung gemacht werden soll (b) und in die Situation, die in Zukunft über die gemachte Erfahrung anders bewältigt werden kann (c).

a) Bezogen aus Individuum ist festzuhalten, dass es seine Erfahrungen selbst machen muss und eine theoretische, rein sprachliche Vermittlung

von Erfahrung nicht möglich ist. Gleichzeitig ist aber auch wichtig, dass das, was dem Individuum auf seiner „Reise“ widerfährt, zu einem Selbstreflexionsprozess führt. Erst diese Selbstreflexion garantiert Erfahrungen, indem Erwartungen, Ursachen und Wirkungen in Bezug auf das eigene Handeln in Beziehung zueinander gesetzt werden.

- b) die Inhalte, die vom Individuum erfahren werden sollen, müssen sich in irgendeiner Form bereits im Erfahrungshorizont des Subjekts befinden, da sonst keine Erfahrungen möglich sind. Gleichzeitig darf es aber auch nicht zu vertraut sein. Es muss die Antizipation so sehr stören, dass das Individuum irritiert und aus seinem üblichen Wahrnehmungstrott „herausgerissen“ wird. Zur Erfahrung kann damit nur etwas werden, was nicht den Erwartungen entspricht und das Subjekt dadurch zum „Innehalten“ anhält.
- c.) hat das Subjekt in diesem Sinne eine Erfahrung gemacht, zeichnet sich diese dadurch aus, dass sie zukünftige Situationsantizipationen und damit auch das motorische Handeln dauerhaft verändert. Erfahrungen sind in unserem Bewusstsein damit dauerhaft verankert und haben handlungsleitende Funktion für die Zukunft.

Zu den theoretischen Vorüberlegungen gehört aber auch, darauf hinzuweisen, dass hier nicht der Eindruck entstehen soll, dass Erfahrungen – beispielsweise durch Sportunterricht – gewissermaßen herstellbar sind. Das wäre ein Trugschluss und es geht vielmehr darum, didaktische Rahmenbedingungen so konkret wie möglich zu benennen, theoretisch zu fundieren und mit unterrichtswirksamen Hinweisen zu ergänzen, um Bedingungen für neue Erfahrungen möglichst günstig zu gestalten, die sich aber eben nicht programmieren lassen.

Funktionale Erfahrungen organisieren

Ging es eben darum, den Erfahrungsbegriff genauer zu bestimmen, soll nun gezeigt werden, wie eine didaktische Ausgestaltung eines solchen Unterrichts aussehen kann, der sich an diesen theoretischen Vorüberlegungen orientiert. In didaktischer Perspektive erscheinen für einen erfahrungsorientierten Sportunterricht vor allem vier didaktischen Handlungsleitlinien besonders relevant.

Aufgabenorientierung

Ein erfahrungsorientierter Sportunterricht ist nicht durch Vor- und Nachmachen getragen, sondern durch weitgehend offene und transparente Bewegungsaufgaben. Dabei zeichnen sich die gemeinten Aufgaben durch weitgehend (ergebnis-)offene Lösungswege aus. Es geht also nicht darum, vorgegebene Bewegungen, die beispielsweise die Lehrkraft vormacht oder die auf Schaubildern präsentiert werden, nachzumachen. Vielmehr muss es gelingen, die Schüler*innen auf relevante motorische Probleme zu „stoßen“. Dies ist nur möglich, wenn die Bedeutung bzw. der Sinn der jeweiligen Aufgabe transparent ist und im Unterrichtsverlauf deutlich wird. Stoßen Schüler in solchen Aufgaben tatsächlich auf individuell relevante Probleme, wie z. B. das Geradeausfahren im Kanu (Müller, 2010), dann gewinnen die gefundenen Lösungen für sie auch eine individuelle Bedeutung und realisieren einen Sinn. So kann aber auch eine spezifische Handhaltung beim

Kraularmzug als eine optimale Bewegungsausführung erfahren werden, möglichst effektiv Antrieb im Wasser zu erzeugen. Relevant wäre, dass genau dieser Zusammenhang durch(!) den Sportunterricht deutlich und nicht vernebelt wird.

Transparente Handlungsziele

In einem solchen Sportunterricht kommt den Schüler*innen vielfach die Aufgabe zu, unterschiedliche Bewegungslösungen für motorische Probleme, die sie hoffentlich als solche erkannt haben, gegeneinander abzuwägen, um individuelle stimmige Bewegungslösungen zu identifizieren. Schüler*innen können dies allerdings nur unter der Maßgabe einer transparenten Zielvorgabe leisten. Funktionale Bewegungsausführungen können sich nur herauschälen, wenn Schüler*innen selbstständig kontrollieren können, ob die von ihnen gewählten Lösungsvarianten auch zu stimmigen Resultaten führen. Giese und Hasper (2009) legt dazu im Tennis Zielzonen im Feld aus, deren Position mit den Schülern*innen unter spieltaktischer Perspektive thematisiert wird und deren Anspielen – was von den Lernenden gut kontrolliert werden kann – funktionale Lösungen von unfunktionalen unterscheiden hilft. Damit wird – häufig fehlinterpretiert – keine didaktische Beliebigkeit kolportiert, vielmehr ist damit das Gravitationszentrum, um das sich die Ursachen für das Scheitern erfahrungsorientierter Unterrichtskonzeptionen bewegen, benannt: Die eher offene Auseinandersetzung mit ergebnisoffenen Aufgaben ist nicht als sinn- und vor allem zielloses anything goes zu verstehen. Erst durch ein transparentes Handlungsziel, das von den Schüler*innen selbstständig kontrolliert werden kann, erhalten die Aufgaben eine individuell sinnvolle Struktur.

Sinnerhaltende Elementarisierung

Ein besonderes Augenmerk ist in diesem Ansatz auf die Aufbereitung der Inhalte zu legen. Die meist notwendige Vereinfachung der Lernsituation, die sich in klassischen Vermittlungskonzepten häufig an einer abstrakten Idealform der Bewegung orientiert, erübrigt sich. In einem erfahrungsorientierten Sportunterricht geht es nicht darum, eine solche Idealform nach Verlaufs- oder Funktionsmodellen zu zergliedern und diese einzelnen Elemente dann isoliert zu üben. Geeignete Vereinfachungsstrategien orientieren sich vielmehr an der Bedeutungsebene von Bewegungsproblemen. Hildenbrandt und Scherer (2010) schlagen in diesem Sinne vor, Bewegungsprobleme auf ihre elementaren Einheiten hin zu reduzieren, wobei der zentrale Kern erhalten bleiben muss.

Im Unterschied zu technikorientierten Strategien wird bei einer sinnerhaltenden Elementarisierung nach elementaren Themen, Aufgaben und Lösungsfunktionen gesucht, was am Beispiel des Werfens mit blinden Menschen eindrucksvoll deutlich wird. Hier stellt sich für die Vermittlung das besondere Problem, dass Werfen für blinde Menschen eigentlich eine sinnlose Handlung ist. Im Alltag eines blinden Kindes bedeutet etwas wegzuworfen, das Wurfobjekt aus der eigenen Kontrolle in den nicht-wahrnehmbaren Raum zu entlassen und Gefahr zu laufen, es nicht wiederzufinden. Der Sinn des Werfens wird von seinen zentralen Funktions- und Erlebnismomenten getragen, die z. B. darin liegen, Ziele zu treffen, Distanzen zu überwinden oder Flugeigenschaften von Geräten und Flugbahnen zu verfolgen. Solche Aufgaben und Handlungen gilt es, in den Erfahrungshorizont blinder Schüler*innen zu rücken, indem sie kontrollierbar werden: Indem man z. B. die schrittweise Distanzvergrößerung durch das Werfen an eine Wand hörbar macht, das Treffen der Dosenpyramide zum echten Kracher wird oder indem Flugbahn und -weite geräuscherzeugender Wurfobjekte verfolgt werden können (Giese & Scherer, 2010, S. 140).

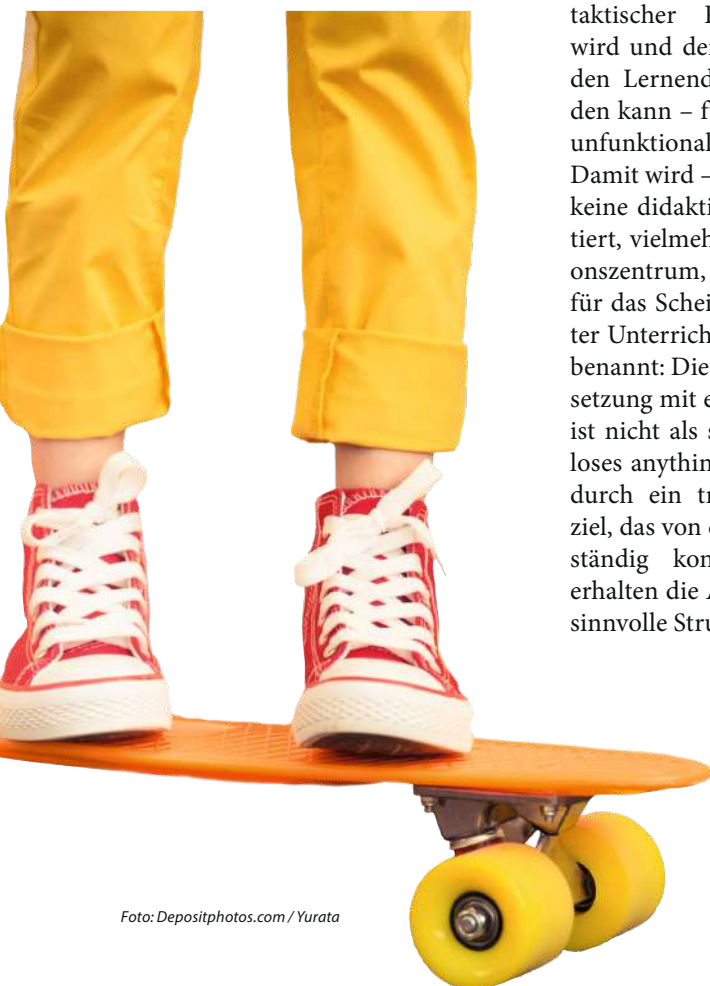




Foto: Imago

„Viele der gängigen Vermittlungsstrategien erzeugen hier ein Reduktionismus-Problem, indem sie die Elemente des methodischen Aufbaus aus Elementen der Zieltechnik gewinnen. Abgesehen davon, dass einem solchen Vorgehen analytische Fehlschlüsse (z. B. vom Produkt auf den Prozess und von der Außen- auf die Innensicht) zugrunde liegen, wird das Verhältnis von Aufgabe und Lösung umgedreht: Methodische Aufgaben entwickeln sich dann aufgrund gegebener Techniken, nicht, wie üblicherweise beim Handeln, Lösungstechniken aufgrund gegebener Aufgaben.“

Hildenbrandt & Scherer, 2010, S. 61

Initiierung von Reflexionsleistungen

Wie sich in den theoretischen Vorarbeiten gezeigt hat, brauchen Erfahrungen eine Reflexion durch das Individuum. Dieser Prozess kann beispielsweise unterstützt werden, indem Schüler*innen vor der Auseinandersetzung mit der Sache ihre Erwartungen in Bezug auf die Aufgabenlösung explizit formulieren. Im Kern dieser Bemühungen geht es um die Bewusstmachung von – möglicherweise unbewussten – Antizipationen sowie um die Sensibilisierung für Diskrepanzen zwischen Absichten, Handlungen und Effekten. In der Unterrichtspraxis haben sich zu diesem Zweck u. a. Lernplakate als sinnvoll erwiesen, da auf ihnen die Bandbreite möglicher Erfahrungen ebenso dokumentiert werden kann wie mögliche Diskrepanzen zwischen Antizipationen und Effekten.

Stolpersteine im erfahrungsorientierten Sportunterricht?

Würden bisher didaktische Rahmenbedingungen vorgestellt, die die Durchführung eines erfahrungsorientierten Sportunterrichts garantieren sollen, geht es nun darum, häufig vorgebrachte Einwände zu diskutieren, die aus guten Gründen als Hürde bei der Durchführung eines solchen Sportunterrichts beschrieben werden.

Gruppengröße

Ein besonders zentraler Einwand bezieht sich auf die Gruppengröße. Es ist sicherlich unstrittig, dass die Vorerfahrungen in einer Lerngruppe umso stärker variieren, je größer die Lerngruppe ist. Da die Entstehung neuer Erfahrungen allerdings – wie oben gezeigt wurde – von den Vorerfahrungen abhängig ist, resultieren daraus selbstredend Schwierigkeiten, beim Versuch, erfahrungsorientierte Lernwege zu konzipieren. Die Frage nach der individuellen Passung zwischen Person und Aufgaben verschärft sich in diesem Sinne mit zunehmender Gruppengröße.

Wird dies jedoch als explizites Gegenargument gegenüber einem erfahrungsorientierten Sportunterricht verstanden, wird übersehen, dass Vorerfahrungen in jeder Unterrichtskonzeption als unbekannte Größe fungieren, gleich wie wir die Vermittlungsprozesse anlegen. Diese Schwierigkeit kann auch in anderen Unterrichtsarrangements nicht aufgelöst werden. So ist dieses Phänomen auch in deduktiv-instruierenden Lehr-/Lernverfahren keineswegs gelöst, sondern wird dort lediglich ignoriert. Große Gruppen sind in diesem Sinne eine Herausforderung, aber kein spezifisches „Problem“ eines erfahrungsorientierten Sportunterrichts.

Erfahrungsorientiertes Unterrichtsbeispiel: Toprope-Klettern

Hintergrund

Das Beispiel soll zeigen, wie die Aneignung der stark normierten Sicherungstechniken beim Toprope-Klettern in der Halle in erfahrungsoffenen Situationen angeregt werden kann. Der Unterrichtsbaustein zeigt, dass sich die starke Normierung der Zieltechnik keinesfalls in einer starken Normierung des didaktischen Arrangements widerspiegeln muss.

Um die Toprope-Sicherung in den Horizont der Schüler*innen zu rücken, bietet sich die Einstiegsfrage: „Was ist Klettern?“ an. Aus der Antwort, dass beim Klettern Höhe gewonnen wird, ergibt sich die Notwendigkeit der Sicherung. Aber wie kann eine Sicherung aussehen, bei der eine Person, die nach oben klettert, auch tatsächlich ständig gesichert ist? Mit dieser Frage sollen sich die Schüler*innen in Kleingruppen selbständig beschäftigen. Dabei sollen sie die Notwendigkeit einer dynamischen Kraftumlenkung am Ende der Route erkennen. Jeder Kleingruppe steht dafür ein Kurzseil (Länge ca. 5 m) und eine Umlenkungsmöglichkeit in Kopfhöhe zur Verfügung (Sprossenwand), damit keine problematischen Stürze auftreten können.

Aufgabe: Halt-Mich-Sicher

Bildet Gruppen von 3 – 5 Schüler*innen. Versucht mit Hilfe des Seils und dem Fixpunkt eine Sicherung zwischen zwei Schülern*innen zu bauen (keine weiteren Ausrüstungsgegenstände), mit der eine Person, die an der Sprossenwand nach oben klettert, ständig gesichert werden kann. Ihr habt 20 Minuten Zeit.

Didaktischer Kommentar

Die Schüler*innen beginnen meist sofort damit, einen Gurt zu konstruieren. Sie legen das Seil um die Umlenkung oder versuchen, das Seil in der Umlenkung zu fixieren. In solchen Momenten, in denen Schüler*innen Lösungen gemeinsam entwickeln, werden ihre vorsprachlichen Antizipationen deutlich, die anschließend zu reflektieren sind und gerade in ihrem Scheitern das Potential in sich tragen, zur Grundlage von nachhaltigen Erfahrungsprozessen zu werden.

Ausblick

Diese Aufgabe bildet den Ausgangspunkt für eine sinn- und erfahrungsorientierte Auseinandersetzung mit weiteren Aspekten des Toprope-Sicherns. So kann im Anschluss an diese Aufgabe die Auseinandersetzung mit einem Standard-Klettergurt als eine normierte Lösung verstanden (!) werden, deren Sinn in der ersten Aufgabe real erfahren wurde.

Zeitaufwand

Ein weiterer Einwand gegenüber erfahrungsorientierten bzw. ganz allgemein induktiven Vermittlungsverfahren fußt auf der Annahme, dass solche Unterrichtssettings zu zeitaufwändig seien. Auch diese Annahme ist jedoch kritisch zu hinterfragen: Wird beispielsweise in deduktiven Vermittlungswegen das normierte Unterrichtsergebnis (z. B. eine spezifische Bewegungstechnik) zu Beginn des Unterrichts präsentiert (z. B. durch eine Bewegungsdemonstration) und dadurch eine Schimäre der Zeiteffektivität heraufbeschworen, ist dadurch allerdings noch keineswegs sichergestellt, dass die Schüler*innen dieses Ergebnis auch verinnerlicht haben. Die erfahrungsorientierte Theoriebildung lässt eher das Gegenteil vermuten: Da sich deduktiv-geschlossene Vermittlungsverfahren nicht an den Entstehungsmechanismen von Erfahrungen orientieren, ist zu erwarten, dass sie neue Erfahrungen ebenso behindern wie ein nachhaltiges (und auf Verstehen basierendes) Lernen.

Sicherheitsrelevante Unterrichtsfelder

Die geschlossen-deduktive Vermittlung normierter Fertigkeiten erscheint insbesondere bei sicherheitsrelevanten Unterrichtsinhalten plausibel. So scheinen sich beispielsweise für die Vermittlung der Sicherungstechniken beim Klettern erfahrungsorientierte Ansätze geradezu zu verbieten, da die korrekte Anwendung keinerlei Varianz in der Ausführung zulässt. Solche Überlegungen sind ernst zu nehmen, doch ist zu bedenken, dass die heutigen Sicherheitsstandards keineswegs vom Himmel gefallen sind. Vielmehr stellen sie das Ergebnis eines Erfahrungsprozesses von Menschen in konkreten Situationen dar. Auch wenn im Unterricht nicht jedes Detail dieser Entwicklung erfahrbar gemacht werden kann, weil dafür notwendige Situationen nicht immer gefahrlos herstellbar sind, können zumindest die jeweiligen Probleme, die mit den normierten Techniken gelöst werden, transparent gemacht werden. Wurden die motorischen Probleme – wie sich beim Klettern beispielsweise ein



Foto: Imago

schwerer Schüler von einem leichteren Schüler sichern lassen kann – von den Schüler*innen erkannt, können daraufhin auch normierte Bewegungsformen als funktional optimierte Varianten der von den Schüler*innen angedachten Lösungen nachvollzogen werden (Giese, 2009). Dass Schüler*innen standardisierte Techniken nicht immer selbstständig entdecken, ist solange nicht als Auflösung des erfahrungsorientierten Unterrichtsprinzips zu werten, solange zumindest transparent bleibt, für welches Problem, das sie selbst als solches erkannt haben, die normierten Bewegungsvorschriften optimierte Lösungen darstellen.

Fazit

Das bisher Gesagte soll dafür sensibilisieren, dass typische Einwände gegen einen erfahrungsorientierten Sportunterricht bei genauerer Betrachtung häufig ins Leere laufen und der Illusion folgen, dass sich mit möglichst klar strukturierten Unterrichtsarrangements auch möglich zielgenau Lernverläufe bei den Schülerinnen und Schülern adressieren ließen. Solche Annahmen wären aus der Perspektive eines erfahrungsorientierten Sportunterrichts zurückzuweisen. Gleichwohl

existieren aber natürlich sehr wohl Aspekte, die bei der Unterrichtsplanung kritisch beachtet werden sollten und ggf. auch dazu führen werden, sich für einen deduktiveren bzw. eher geschlossenen Unterrichtsansatz zu entscheiden. So ist eine große Leistungsheterogen der Gruppe in Bezug auf den Unterrichtsgegenstand sicherlich als problematisch zu bewerten.

Bei der Durchführung eines erfahrungsorientierten Sportunterrichts sollte aber auch bedacht werden, dass solche Unterrichtsmethoden hohe Anforderungen an die Flexibilität und die fachliche Kompetenz der Lehrkraft stellen. Können die provozierten Effekte der Schülerhandlungen, die in offenen Aufgaben eine immense Bandbreite aufweisen können, von der Lehrkraft nicht zuverlässig antizipiert und in ihrer Funktionalität für die intendierte Zieltechnik nicht adäquat abgeschätzt werden, ist die Anwendung erfahrungsorientierter Vermittlungsverfahren unter Umständen selbstkritisch zu überdenken. In diesem Falle wäre es sicherlich unproblematischer, aus einer methodischen Perspektive auf eine klassische methodische Übungsreihe zurückzugreifen. In diesem Sinne sollen die Ausführungen auch nicht überholten

Entweder-Oder-Positionen das Wort reden. Zielperspektive ist aus der Perspektive der Lehrkraft vielmehr, ein individuell stimmiges Methodenrepertoire zu entwickeln, das zu der jeweiligen Lerngruppe, zum Inhalt, aber auch zur Lehrkraft passt.



Prof. Dr. Martin Giese
 Professur für
 Sportwissenschaft und
 Sportpädagogik an
 der PH Heidelberg
 Kontakt: up@gew-bw.de

Literaturverzeichnis

- **Bollnow, O. F. (1981).** *Philosophie der Erkenntnis.* Kohlhammer.
- **Franke, E. (1998).** *Bildung – Semiotik – Ästhetische Erfahrung. Stichworte auf dem Weg zu einer neuen Legitimation sportpädagogischen Handelns.* In J. Schwier (Hrsg.), *Jugend – Sport – Kultur: Zeichen und Codes jugendlicher Sportszenen* (Bd. 92, S. 45–62). Czwalina.
- **Funke, J. (1980).** *Körpererfahrung.* *Sportpädagogik*, 4 (3), 13–20.
- **Giese, M. (2006).** *Erfahrung im Sportunterricht? Sportsemiotische Überlegungen zu einer Einverständniskategorie.* In V. Scheid (Hrsg.), *Schriften der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaft: Bd. 165, Sport und Bewegung vermitteln* (S. 265–268). Czwalina.
- **Giese, M. (2009).** *Den Partner selbständig sichern.* In M. Giese (Hrsg.), *Edition Schulsport: Bd. 11. Erfahrungsorientierter und bildender Sportunterricht: Ein theoriegeleitetes Praxishandbuch* (Bd. 1, S. 263–273). Meyer & Meyer.
- **Giese, M. (2010).** *Der Erfahrungsbegriff in der Didaktik – eine semiotische Analyse.* *Zeitschrift für Pädagogik*, 56 (1), 69–89.
- **Giese, M. (2013).** *Erfahrungsorientierter Sportunterricht.* In H. Aschebrock & G. Stibbe (Hrsg.), *Didaktische Konzepte für den Schulsport* (S. 220–243). Meyer & Meyer.
- **Giese, M. & Hasper, J. (2009).** *Die Welt ist eine Kugel – Vorschläge zu einer individuell bedeutsamen Bewegungsausformung.* In M. Giese (Hrsg.), *Edition Schulsport: Bd. 11. Erfahrungsorientierter und bildender Sportunterricht: Ein theoriegeleitetes Praxishandbuch* (Bd. 1, S. 72–85). Meyer & Meyer.
- **Giese, M. & Scherer, H.-G. (2010).** *Sportunterricht mit Sehgeschädigten – ein sinn- und erfahrungsorientierter Ansatz.* In M. Giese (Hrsg.), *Sport- und Bewegungsunterricht mit Blinden und Sehbehinderten. Band 1: Theoretische Grundlagen – spezifische und adaptierte Sportarten* (S. 125–149). Meyer & Meyer.
- **Hildenbrandt, E. & Scherer, H.-G. (2010).** *Wie Blinde zur Leichtathletik finden und was das für Sehende bedeutet.* In M. Giese (Hrsg.), *Sport- und Bewegungsunterricht mit Blinden und Sehbehinderten. Band 2: Praktische Handreichungen für den Unterricht* (S. 59–74). Meyer & Meyer.
- **Moegling, B. & Moegling, K. (1984).** *Sanfte Körpererfahrung. Für dich selbst und zwischen uns.* Bd. 1. Kasseler Verlag.
- **Müller, H. (2010).** *Kanusport mit Blinden und Sehbehinderten.* In M. Giese (Hrsg.), *Sport- und Bewegungsunterricht mit Blinden und Sehbehinderten. Band 2: Praktische Handreichungen für den Unterricht* (S. 190–205). Meyer & Meyer.
- **Scherler, K. (1975).** *Sensomotorische Entwicklung und materiale Erfahrung.* Reihe Sportwissenschaft Ansätze und Ergebnisse. Goldmann Verlag.
- **Thiele, J. (1996).** *Körpererfahrung – Bewegungserfahrung – leibliche Erfahrung: sportpädagogische Leitideen der Zukunft?* Academia Verlag.
- **Trebels, A. (1984).** *Bewegungserfahrungen beim Turnen.* In E. Niedermann (Hrsg.), *Salzburger Beiträge zum Sport unserer Zeit. 10. Folge* (S. 95–120). *Wiss. Ges. für Sport und Leibeserziehung.*



unterrichtspraxis
online

Diese und weitere
Ausgaben sowie die
Unterrichtsmaterialien
stehen zum Download
zur Verfügung.

Impressum

unterrichtspraxis – Beilage zu „bildung und wissenschaft“, Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, erscheint unter eigener Redaktion achtmal jährlich.

Redaktion: Thomas Strehle und Miriam Hannig
E-Mail: up@gew-bw.de

Gestaltung: Virginia Scaldavilla

Zur Mitarbeit sind alle Kolleg*innen herzlich eingeladen.
Manuskripte bitte per E-Mail an die verantwortliche Redaktion senden.

VERTRAUENSMENSCHEN-WAHL

Bekannte und neue Gesichter bei den Vertrauensmenschen

Alle vier Jahren werden die GEW-Vertrauensmenschen an den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen in ihrem Amt bestätigt oder neu gewählt. Ende des letzten Jahres war es wieder soweit. Zahlreiche Kolleg*innen haben sich innerhalb des Wahlzeitraums zurückgemeldet. In Zukunft sorgen noch mehr Vertrauensmenschen dafür, dass die GEW in den Kollegien sichtbar wird!


Download steht auf:
www.gew-bw.de/vertrauensleute

Darüber hinaus bleiben die bisherigen Angebote speziell für Vertrauensmenschen natürlich erhalten. Ob bildungspolitische Diskussionen mit Expert*innen auf Konferenzen, Schulungen zum Dienstrecht oder Treffen in kollegialer Atmosphäre an schönen Orten wie dem Löhnerhaus, all das stärkt das ehrenamtliche Engagement und das Gemeinschaftsgefühl in der GEW. ■

David Warneck

Vertrauensmensch

Bei dir gibt es noch keinen Vertrauensmenschen? Das kannst du ändern, egal ob du an einer Schule, Kita oder anderen Bildungseinrichtung arbeitest: werde Vertrauensmensch – allein oder im Team mit einer Person aus deinem Kollegium – und profitiere von den exklusiven Angeboten.

Einfach das Online-Formular ausfüllen und abschicken:

www.gew-bw.de/vertrauensleute

Bei dir gibt es einen Vertrauensmenschen, aber du willst auch wichtige Infos aus erster Hand erhalten – dann melde dich gerne! Oder vielleicht möchtest du als Stellvertretung unterstützen. So bekommst du automatisch auch regelmäßig die GEW-Infos für Vertrauensmenschen per E-Mail.

www.gew-bw.de/vertrauensleute

Satzungsgemäß fand zwischen Oktober 2023 und Februar 2024 die Wahl der GEW-Vertrauensmenschen an den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen statt. Die meisten Kolleg*innen wurden in ihrem Amt bestätigt. Aber es sind auch neu gewählte Vertrauensmenschen hinzugekommen. Insgesamt hat sich die Zahl leicht erhöht. Damit gibt es weiterhin an einem Großteil der Schulen eine direkte GEW-Ansprechperson. Diese gewachsene Struktur unterscheidet die GEW von anderen Verbänden und zeichnet uns als Bildungsgewerkschaft aus!

Um die Vertrauensmenschen noch besser zu unterstützen, hat die GEW eine neue Broschüre aufgelegt. Damit erhalten die Kolleg*innen ein kompaktes Nachschlagewerk, das sie bei ihrem Engagement begleitet. Mit vielen wichtigen Informationen, Antworten auf häufig gestellte Fragen und hilfreiche Tipps.



ETHIK IN DER GRUNDSCHULE

Verschoben auf Sankt Nimmerlein?

Ein Antrag von SPD-Abgeordneten im Landtag von Baden-Württemberg hat es an den Tag gebracht: Die Landesregierung ist nicht wirklich bereit, Ethik als Fach an den Grundschulen einzuführen. Sie verschleppt die notwendigen Voraussetzungen.



Foto: imago

Viele Schüler*innen an den Grundschulen und den SBBZ werden um ihr Bildungsrecht betrogen.

Das Kultusministerium (KM) schreibt in seiner Stellungnahme zu dem SPD-Antrag, dass ein Bildungsplan sowie eine Konzeption für die Fortbildung und Qualifizierung der Lehrkräfte entwickelt worden seien. Die entsprechenden Papiere sind aber öffentlich nicht bekannt. In der Ausbildung für das Grundschullehramt ist das Fach Ethik nicht studierbar, und der Landtag hat die für den Ethikunterricht erforderlichen Planstellen für Lehrkräfte bisher nicht bewilligt. Das KM sagt nicht, ab wann es Ethik an den Grundschulen einführen wird.

Dabei ist unbestritten, dass das Fach Ethik auch in der Grundschule erforderlich ist, und die derzeitige Regierungskoalition hat dies eigentlich auch vor. Das war nicht immer so: 1983 wurde Ethik nur in die amtlichen Stundentafeln aufgenommen, um evangelische und katholische Schüler*innen von der

um sich greifenden Abmeldung vom Religionsunterricht abzuschrecken.

Obwohl der Ethikunterricht inzwischen mit dem Religionsunterricht formal gleichwertig und z.B. die Ethik-Note versetzungsrelevant ist, fungiert er nach wie vor als Ersatzfach: Es ist nur in einem Teil der Schulen eingeführt und wurde anfangs lediglich in den Klassenstufen eingerichtet, wo das für die Abschreckung erforderlich zu sein schien: ab Klasse 7 bzw. 8 der allgemeinbildenden Schulen. Seit wenigen Jahren gibt es dort ab Klasse 5 Ethik statt Religion. Im beruflichen Bereich wird Ethik nur an Gymnasien obligatorisch erteilt. An den SBBZ und an den Grundschulen gibt es keine Alternative zum Religionsunterricht.

Viele Schüler*innen an den Grundschulen und den SBBZ werden um ihr Bildungsrecht betrogen: alle konfessionsfreien Kinder sowie jene, die keinem der

Bekenntnisse angehören, für die Religionsunterricht erteilt wird, und auch die Schüler*innen, deren Eltern sie vom Religionsunterricht abgemeldet haben. Denn wenn es stimmt, was in den Bildungsplänen steht, dann sind die Inhalte des Religionsunterrichts ein unbedingt notwendiger Bestandteil der Bildungs- und Erziehungsarbeit. Dafür ein Beispiel aus dem Bildungsplan für den evangelischen Religionsunterricht: „Der Evangelische Religionsunterricht hilft die religiöse Dimension des Lebens zu erschließen. Er eröffnet einen spezifischen Modus der Weltbegegnung, der als integraler und unverzichtbarer Beitrag zum allgemeinen Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule zu verstehen ist. Soziales, politisches und kulturelles Leben in Deutschland, Europa und der Welt lässt sich ohne Kenntnis seiner religiösen Wurzeln nicht angemessen verstehen.“

Aber zum Besuch dieses laut Grundgesetz und Landesverfassung ordentlichen Lehrfaches sind nur die bekenntnisangehörigen Kinder verpflichtet und deren Anteil an den Grundschulen sinkt rasant. Immer mehr Menschen verlassen die Kirchen. Bereits im Schuljahr 2022/23 waren an den Grundschulen von 382.716 Schüler*innen nur noch 96.274 evangelisch und 99.609 katholisch, die Anzahl der „anderen“ betrug 186.833. Damit waren nur noch knapp 51 Prozent der Grundschüler*innen zum Besuch des entsprechenden Religionsunterrichts verpflichtet. An den Schulen des Landes ist zwar noch für weitere Bekenntnisse Religionsunterricht eingerichtet. Daran nehmen aber nur etwa 1 Prozent aller Schüler*innen teil.

2024 dürfte der Anteil der „anderen“ an den Grundschulen niedriger liegen als die Quote jener, die zum Besuch des Religionsunterrichts verpflichtet sind. Wie viele davon vom Religionsunterricht abgemeldet waren, ist unbekannt. Vor diesem Hintergrund ist die Behauptung des Kultusministeriums: „Der staatliche Auftrag zur ethisch-moralischen Erziehung beschränkt sich jedoch nicht auf einzelne Schulfächer wie den Ethik- oder den Religionsunterricht. Er ist vielmehr eine Querschnittsaufgabe von Schule und Unterricht und ist auch für die Grundschule als übergeordnetes Ziel im Leitfaden Demokratiebildung, in den Leitperspektiven sowie in den Fachplänen verankert“ nur eine peinliche

Ausflucht: Wenn die bekenntnisangehörigen Schüler*innen zusätzlich noch zwei Wochenstunden Religionsunterricht benötigen, dann wird den „anderen“ durch die Vorenthaltung eines gleichwertigen Ethikunterrichts Unrecht zugefügt.

SCHULJAHR 2022 | 23 GRUNDSCHÜLER*INNEN

382.716 gesamt
96.274 evangelisch
99.609 katholisch
186.833 „andere“

Die negative Religionsfreiheit wird unterlaufen

Der Religionsunterricht ist inhaltlich eine kirchlich-religiöse Handlung, und zur Teilnahme daran darf niemand gezwungen werden. Diese „negative Religionsfreiheit“ ist ein Grundrecht. Eigentlich dürfte es für die Grundschulen von Jahr zu Jahr schwieriger werden, mit dieser Rechtslage und der Entwicklung der Bekenntnisse ihrer Schüler*innen umzugehen. Denn wenn für den Religionsunterricht kein Ersatz angeboten wird, müssen die „anderen“ Grundschüler*innen in den „Reli“-Stunden irgendwie anderweitig versorgt werden. Wie das geschieht? In seiner Antwort auf den SPD-Antrag teilt das KM hierzu nur mit:

„Aufgrund der grundgesetzlich geschützten negativen Religionsfreiheit dürfen Schülerinnen und Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, nicht im Religionsunterricht mitbetreut oder unterrichtet werden. Den Schülerinnen und Schülern muss demnach in der Regel in dieser Zeit ein anderes Bildungsangebot gemacht werden. In Frage kommen beispielsweise Angebote im Rahmen der Verlässlichen Grundschule. Darüber hinaus kann der Religionsunterricht in den Randstunden stattfinden.“

Das heißt: Wenn der Religionsunterricht in den Randstunden stattfindet, dürfen die „anderen“ also später kommen oder früher gehen. Jenen Kindern,

die das nicht tun können (beispielsweise, weil sie auf den Schulbus angewiesen sind) oder wenn der Religionsunterricht zu anderen Zeiten stattfindet, muss die Schule „ein anderes Bildungsangebot“ machen. Mangels einer besseren Alternative weisen viele Schulleitungen die unversorgten Schüler*innen dem Unterricht in anderen Klassen zu. Andernfalls muss die Schule ihnen einen Aufenthaltsraum anbieten und für eine Aufsicht sorgen. Im Grundschulalter können Kinder nicht im Schulhaus oder auf dem Schulgelände unversorgt bleiben. Das KM lässt die Schulen mit dem Problem allein. Wo und wie sollen sie in den Reli-Stunden diese vielen Nicht-Teilnahmepflichtigen unterbringen?

Eine Teil-Antwort ist der Stellungnahme des KM zu dem SPD-Antrag zu entnehmen – allerdings in verschlüsselter Form. Das KM beziffert den Mehrbedarf für die Einführung von Ethik an der Grundschule mit 460 Planstellen. Das klingt nach einem zukünftigen Bedarf. Aber die „anderen“ Kinder sind heute schon da. Folgerichtig sind in den Stundentafeln ab Klasse 5 auch zwei Wochenstunden Religionsunterricht für die eine Hälfte der Schülerschaft und zwei Stunden für Ethik für die andere Hälfte vorgesehen, zusammen also vier Lehrkräftestunden je Woche. Die Grundschulen hingegen lässt das KM allein, ihnen gibt

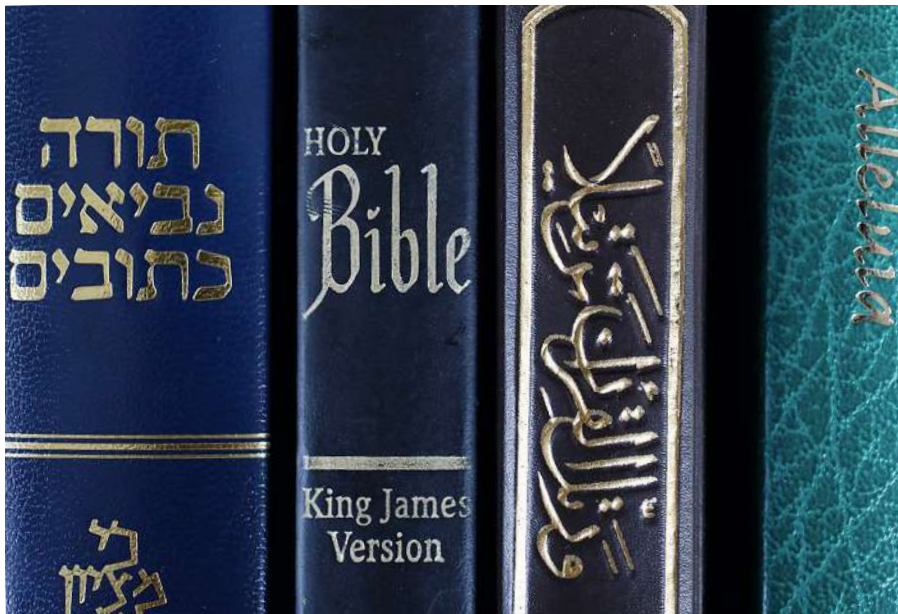
KNAPP **51%** NEHMEN
**VERPFLICHTEND TEIL AM
RELIGIONSUNTERRICHT**

es nur zwei Stunden für beide Hälften der Schülerschaft. Würden die Grundschulen die „anderen“ während der zwei Stunden „Reli“ durch regulären Unterricht versorgen, bräuchten sie diese 460 Planstellen schon heute. Weil es die Stellen nicht gibt, müssen sich die Schulen durchwursteln und die Schüler*innen irgendwo unterbringen oder hineinstopfen.

Die zweite Antwort auf diese Frage findet man in der KM-Antwort auf den SPD-Antrag nur, wenn man das Tabellenmaterial durchsucht: Im Schuljahr 2022/23

besuchten 71,3 Prozent der Grundschul-kinder den Religionsunterricht. Das ist ein frappierender Unterschied: Obwohl nur knapp 51 Prozent zu dessen Besuch verpflichtet sind, nehmen gut 71 Prozent aller Grundschul-kinder daran teil.

Fotos:imago



Religionsunterricht vermittelt Glaubenssätze der jeweiligen Religionsgemeinschaft.

Wie kommt es zu dieser Differenz von 20 Prozent? Die Erziehungsberechtigten von gut 76.000 Schüler*innen schicken ihr Kind freiwillig in den Religionsunterricht. Eine wirkliche, neutrale, akzeptable Alternative ist das nicht. Denn wie das Bundesverfassungsgericht 1987 eindeutig festgestellt hat, ist der Religionsunterricht „keine überkonfessionelle vergleichende Betrachtung religiöser Lehren, nicht bloße Morallehre, Sittenunterricht, historisierende und relativierende Religionskunde, Religions- oder Bibelgeschichte. Sein Gegenstand ist vielmehr der Bekenntnisinhalt, nämlich die Glaubenssätze der jeweiligen Religionsgemeinschaft. Diese als bestehende Wahrheiten zu vermitteln ist seine Aufgabe.“ (BVerfG, Beschluss vom 25.02.1987, 1 BvR 47/84)

Amtliche Nötigung statt Freiheit

Das KM weiß das natürlich. Und obwohl es in seiner Stellungnahme zum SPD-Antrag kein Wort darüber verliert, trägt es massiv zu der stillschweigenden Umlenkung von mehr als 76.000 anders- oder nichtgläubigen Grundschüler*innen in den Religionsunterricht bei. Auf einem vom Ministerium vorgeschriebenen Formular, das nicht modifiziert werden darf, müssen die Erziehungsberechtigten der „anderen“ Kinder anlässlich der Einschulung oder eines Schulwechsels folgende (in kaum verstehbarem Bürokraten-deutsch verfasste) Erklärung abgeben:

- Mein/Unser Kind gehört keinem Bekenntnis oder einem Bekenntnis an, für das Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an öffentlichen Schulen nicht eingerichtet ist.

Danach haben sie die Wahl zwischen zwei Optionen; sie müssen das jeweils Zutreffende ankreuzen und unterschreiben:

- Mein/Unser Kind soll deshalb an keinem Religionsunterricht teilnehmen.
- Wir wünschen/ich wünsche die Teilnahme unseres/meines Kindes am Religionsunterricht des Bekenntnisses (es folgt die Aufzählung von acht Konfessionen, für die an der Grundschule faktisch jedoch nur evangelischer und katholischer Religionsunterricht angeboten wird)

Kein Wunder, dass viele Eltern (auch Atheisten oder Muslime) die zweite Option wählen und ihr Kind „freiwillig“ zum Religionsunterricht anmelden. Warum tun sie das? Es liegt in der Regel weder an der Attraktivität des Religionsunterrichts noch am Interesse der Eltern oder ihrer Kinder, etwas aus erster Hand über die Religion zu erfahren. Es ist eher der Wunsch, dass die Kinder in den „Hohlstunden“ nicht ohne Aufsicht auf dem Schulgelände herumtoben oder in einem tristen Aufenthaltsraum oder in der Parallelklasse herumsitzen. Dann sollen sie doch lieber mit ihren christlichen Mitschüler*innen in die Reli-Stunde gehen. „Das bisschen Singen und Beten wird ihnen ja nicht schaden“, fügen manche Eltern hinzu.

Hier zeigt sich, wie sehr Staat und Kirche in unserem Lande miteinander verschmolzen sind. Das KM erwähnt zwar ausdrücklich die „negative Religionsfreiheit“. Aber es weiß genau, dass dies

inhaltlich ein klarer Verstoß gegen ein Grundrecht ist.

Schlimmer noch: Während das KM den Schulen ausdrücklich verbietet, für die Abmeldung vom Religionsunterricht Formulare bereitzuhalten, stellt es für den umgekehrten Fall, nämlich die Anmeldung zur „freiwilligen“ Teilnahme, nicht nur amtliche Formulare bereit, sondern verpflichtet die Betroffenen sogar zum Ausfüllen und zur Unterschrift. Das erinnert an den Austritt aus der Kirche. Das muss man beim Standesamt tun und man hat dafür eine Gebühr zu entrichten. Der Eintritt in eine Religionsgemeinschaft ist hingegen kostenlos, obwohl er exakt den gleichen Verwaltungsaufwand erfordert wie der Austritt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt! ■

Michael Rux

Informationen

Antrag des Abg. Daniel Born u.a. SPD „Religions- und Ethikunterricht an den Schulen in Baden-Württemberg“; LT-Drucksache 17/6063 und Stellungnahme des Kultusministeriums vom 31.01.2024

KOMMENTAR

Ein Bildungsrecht wird verweigert

Es geht mir nicht darum, ob der konfessionelle Religionsunterricht noch zeitgemäß ist und ob er durch ein weder religiös noch „christlich“ geprägtes Unterrichtsfach ersetzt werden sollte. Diese Meinung kann man zwar haben, und ich selbst bekenne mich zu dieser Auffassung.

*Mir geht es nicht um den Umsturz der bestehenden Verhältnisse. Vor allem: Ich kenne viele Kolleg*innen, nicht zuletzt als engagierte Mitglieder meiner Gewerkschaft, die einen hervorragenden Religionsunterricht erteilen und einen wichtigen Anteil an der Persönlichkeitsbildung ihrer Schüler*innen leisten. Sie tragen dazu bei, dass die ihnen anvertrauten jungen Menschen im Sinne von Artikel 12 unserer Landesverfassung nicht nur „in Ehrfurcht vor Gott“ und „im Geiste der christlichen Nächstenliebe“, sondern auch „zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe“ sowie „zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit“ und „zu freiheitlicher demokratischer Gesinnung“ erzogen werden.*

*Diese Lehrkräfte tun dies übrigens vielfach in einer durchaus kritischen Haltung gegenüber den sogenannten Amtskirchen, die den „amtlichen“ Bildungsplan für dieses Fach erlassen und deren förmlicher Unterrichtserlaubnis sie als Religionslehrkräfte bedürfen. Sie tun es in klarer Abgrenzung gegenüber dem frömmelischen Religionsunterricht früherer Zeiten. Sie sind im besten Sinne „modern“ und häufig bei ihren Schüler*innen beliebt, weil sie ein besonderes Privileg haben und auch wahrnehmen: Zwar erteilen sie Zensuren und nehmen Prüfungen ab. Aber sie sind nicht selten zugleich Lebenshelfer*innen oder „Seelsorger*innen“ im besten Sinne.*

*Was ich hier über die Lehrkräfte des Unterrichtsfachs Religion schreibe, gilt auch für die Ethik-Lehrkräfte. Auch sie sind häufig Helfer*innen bei der Suche nach dem Sinn des Lebens und beim Erwachsenwerden. Gerade vor diesem Hintergrund stelle ich die Frage: Warum*

*verweigert unsere Landesregierung den Schüler*innen der Grundschulen und der SBBZ die Einführung des Ethikunterrichts? Warum wird den Grundschüler*innen, die anderen Glaubensrichtungen angehören (darunter sehr viele migrantischer Herkunft) oder die konfessionsfrei aufwachsen oder die vom konfessionellen Religionsunterricht abgemeldet sind, ein „Ersatzfach“ vorenthalten? Warum werden sie ihrer „negativen Religionsfreiheit“ beraubt und in den konfessionellen Religionsunterricht umgeleitet?*

*Wenn die einen Schüler*innen ihr ganzes Schulleben lang zweier Religionsstunden pro Woche bedürfen, um die Grundlagen unseres Zusammenlebens zu erkunden und zu erkennen, dann verlange ich für die „anderen“ ein gleichwertiges und glaubensneutrales Alternativ-Angebot. Denn die „anderen“ bilden inzwischen die Mehrheit, und sie brauchen dieses Angebot mindestens so dringend wie die Kinder, für die der Staat Religionsunterricht anbietet, für den er die Lehrkräfte ausbildet und bezahlt, die Räume, die Bibeln und Gesangbücher kostenfrei bereitstellt.*

*Die baden-württembergische Landesregierung verweigert der Hälfte aller Schüler*innen der öffentlichen Grundschulen und der SBBZ nicht nur den Ethikunterricht. Sie lenkt außerdem einen Großteil der Betroffenen bewusst und widerrechtlich in den Verzicht auf ein Grundrecht hinein. Das ist schäbig und schändlich zugleich.*

*Meine persönliche Utopie wäre ein gemeinsamer, verpflichtender Ethikunterricht für alle Schüler*innen. Aber solange der Religionsunterricht ein ordentliches Lehrfach ist, brauchen wir das Ersatzfach Ethik an der Grundschule und an den SBBZ (sowie endlich auch an allen beruflichen Schulen, aber das ist ein anderes, noch komplizierteres Thema). ■*

Michael Rux

LESUNG

Suche nach Aufmerksamkeit

Valeria Anselm liest für GEW-Mitglieder aus ihrem Buch „Das ist (nicht) mein Zuhause“. Sie spricht sehr persönlich und eindrücklich über ihr Aufwachsen in einer Wohngruppe der Kinder- und Jugendhilfe.

Zahlreiche GEW-Mitglieder aus Jugendhilfe und Schule kamen am Sonntagnachmittag Mitte März ins Stuttgarter Literaturhaus zu einer Lesung mit Valeria Anselm. Die junge Autorin schildert, welche Erfahrungen sie in einer Mädchenwohngruppe machte, in die sie als Elfjährige einzog, weil das Leben bei ihren Eltern nicht mehr möglich war.

Sie liest aus dem Kapitel „Aufmerksamkeit“, welches sie zunächst gar nicht schreiben wollte. Inzwischen ist es ihr Lieblingskapitel, und sie spricht bei ihren Veranstaltungen immer darüber. Thema darin ist der Kampf um die Zeit der Betreuerinnen, die unter acht Mädchen geteilt werden musste. Valeria Anselm berichtet, wie verletzend es war, wenn ihre Bezugsperson abrupt ein wichtiges Gespräch beenden musste, weil jemand anderes meinte, sie mehr zu brauchen. „Wer am lautesten schreit, gewinnt. Immer. (...) Betreuerin zu sein ist, glaube ich, ein ziemlich blöder Job in solchen Situationen. Du musst immer abwägen, was wichtiger und dringlicher in dem Moment ist, und du weißt, dass du nie genug sein wirst.“ Bemerkenswert viel Verständnis bringt Valeria Anselm für ihre ehemaligen Betreuerinnen auf, beklagt dennoch die hohe Fluktuation der pädagogischen Mitarbeiter*innen. Nicht nur einmal erlebte sie, dass eine Bezugsperson von einem auf den anderen Tag nicht mehr kam, oft war Schwangerschaft der Grund. Etwas, was sie ebenfalls nachvollziehen kann, gleichzeitig war da aber der starke Wunsch nach einer Person, die bleibt, ein Mensch, der immer da ist. Fast 100 Personen, Betreuerinnen und Mädchen, kamen und gingen während ihrer Zeit in der Wohngruppe. „Eindeutig zu viele“, so ihr Fazit. Die Betroffenheit unter den Anwesenden ist groß.

Vor einer Weile ist Valeria Anselm aus der Wohngruppe ausgezogen und gehört nun



zur Gruppe der Careleaver. Übersetzt bedeutet das „Fürsorge-Verlassende“ und umfasst die jungen Menschen, die einmal in der Kinder- und Jugendhilfe gelebt haben. Mit ihrem Buch will sie Kindern und Jugendlichen, die in einer Einrichtung der Jugendhilfe groß werden, Mut machen. „Es ist so wichtig, dass jemand an einen glaubt“, sagt sie voller Überzeugung. Sie versteht sich als Sprachrohr für diejenigen, die sich in der Regel wenig Gehör verschaffen (können).



„Wer am lautesten schreit, gewinnt. Immer. (...) Betreuerin zu sein ist, glaube ich, ein ziemlich blöder Job – du musst immer abwägen, was wichtiger und dringlicher in dem Moment ist, und du weißt, dass du nie genug sein wirst.“

Valeria Anselm, Autorin

Inzwischen studiert die junge Autorin Soziale Arbeit und hat das Ziel, das System der Jugendhilfe zu verbessern. Die Zuhörerenden, überwiegend Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen und Lehrkräfte, stimmen zu, dass der Personalschlüssel in der Erziehungshilfe zu niedrig ist und zu wenig Zeit für den einzelnen jungen Menschen bleibt, wohlwissend, dass dies nur einen Teil des Problems beschreibt. Das Interesse am Gespräch mit der sympathischen Autorin ist groß. „Die Anreise nach Stuttgart hat sich gelohnt“, resümiert eine Teilnehmerin im Anschluss an die Lesung und regt an, die Lesung an weiteren Orten zu wiederholen. ■

Heike Herrmann und Manuela Reichle

Valeria Anselm steht für Lesungen z.B. an Schulen zur Verfügung:

• www.valeria-anselm.de

Zum Verein Careleaver e.V.:

• <https://careleaver.de/>



LANDESFACHGRUPPE REALSCHULE Klausurtagung



Foto: Jenny Apfel

Landesfachgruppe Realschule

Die jährliche Klausurtagung des Landesfachgruppe Realschule fand dieses Jahr Anfang März in Karlsruhe statt. Da wir das Hotel für uns alleine hatten, konnten wir in ungestörter Atmosphäre über alle Themen diskutieren, die die Realschule aktuell oder in der Zukunft betreffen können.

Wer weitere Eindrücke sammeln möchte, kann gerne auch unserem Instagram-Kanal folgen ([rs_gew_lfg_bw](#)).

Wer in unsere Arbeit reinzuschneppern möchte, ist zu unserem nächsten Online-Treffen am 22. April um 18 Uhr herzlich eingeladen. ■

Jenny Apfel

Vorsitzende Fachgruppe Realschulen

Anmeldung unter:

jenny.apfel@gew-bw.de

GEW FRAUENPOLITIK IM GESPRÄCH MIT STEFANIE SEEMANN (MDL, GRÜNE) Gleichstellung im Fokus der Landespolitik



Foto: GEW Baden-Württemberg

Von links: Uta Schneider-Grasmück (GEW), Stefanie Seemann (MdL, Grüne), Farina Semler und Manuela Reichle (beide GEW)

Mitte März trafen sich GEW-Vertreterinnen mit Stefanie Seemann, der Frauen- und Gleichstellungspolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion der Grünen. Farina Semler, stellvertretende GEW-Vorsitzende, lobte, dass es in der Gleichstellungspolitik der Landesregierung Fortschritte gebe und das auch am Engagement von Seemann liege. Allerdings fehle nach wie vor die Umsetzung von A13/E13 für alle, was die mittelbare Diskriminierung von Grundschullehrerinnen beenden könnte.

Aus GEW-Sicht benannte Uta Schneider-Grasmück Schwerpunkte für den Schulbereich: Für den Schutz vor sexueller Gewalt wünscht sich die GEW eine Vertrauensanwältin nach dem Vorbild des Wissenschaftsministeriums und des Innenressorts auch für den Kulturbereich. Für den Schutz von Kindern und Jugendlichen brauche es verbindlich Konzepte und die Ressourcenausstattung zu deren Entwicklung und Umsetzung. Eine zentrale Rolle in der Gleichstellungsstrategie soll nach Ansicht der GEW der Schutz von Teilzeitbeschäftigten – überwiegend Frauen – spielen. Die alte GEW-Forderung nach einer Rahmenrichtlinie für teilbare und unteilbare Dienstaufgaben stieß bei Stefanie Seemann wie zuvor schon bei Sandra Boser auf interessierte Ohren.

Schließlich ist es der GEW wichtig, den Frauenanteil in Leitungsfunktionen durch geeignete Fördermaßnahmen anzugleichen. Gemeinsam wurde überlegt, wie das Jobsharing in Schulleitung attraktiver gestaltet werden kann. Während es in der Verwaltung üblich ist,

bei Jobsharing zwei 60-Prozent-Stellen anzusetzen, sind es in Schulen lediglich zwei 50-Prozent-Stellen.

Die GEW spricht sich auch für eine weitere Professionalisierung der Gleichstellungsarbeit im Hochschulbereich aus. Dazu gehören die verbindliche Funktionszulage für Gleichstellungsbeauftragte ebenso, wie die Schulung von Vorsitzenden von Berufungskommissionen zu Methoden für geschlechtergerechte Berufungsverfahren, und die gute Ausstattung der Koordinierungsstellen bzw. der Konferenzen der Gleichstellungsauftragten an Hochschulen.

Für die Vereinbarkeit von Karriere und Beruf ist Kinderbetreuung an Hochschulen zentral. Diese Schwerpunktsetzung des Wissenschaftsministeriums begrüßt die GEW. Ebenso wichtig sei es, Formen des Machtmissbrauchs in der Wissenschaft entgegen zu treten. Diese wirkten sich häufig als Karrierehemmnis für Frauen aus – sexuelle Gewalt sei hier nur die Spitze des Eisbergs. ■

Manuela Reichle

Referentin für Hochschule

NEUES URTEIL ZUR BEIHILFE

Höhere Beträge der Kostendämpfungspauschale unwirksam

Das lange erwartete Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist da. Es bestätigt, dass die ab 2013 bei der Beihilfe geltenden höheren Beträge der Kostendämpfungspauschale gegen verfassungsrechtliche Grundsätze verstoßen und damit unwirksam sind. – Urteil BVerwG 5 C 5.22.vom 21.03.2024.

Das Gericht hielt nicht die absoluten Erhöhungsbeträge für verfassungswidrig, sondern es stellte fest, dass die Erhöhung der Kostendämpfungspauschale eine Beihilfekürzung darstellt, die sich auch auf die Höhe der Alimentation auswirkt. Derartig grundlegende Eingriffe dürfen nur durch ein Gesetz geregelt werden und nicht – wie geschehen – durch die rangniedrigere Beihilfeverordnung. Diese Regelung in der BVO ist damit unwirksam.

Wichtig: Das Gericht hat nicht entschieden, dass die Kostendämpfungspauschale insgesamt unwirksam ist. Das Urteil betrifft nur den Betrag, um den

die Kostendämpfungspauschale ab dem Jahr 2013 angehoben wurde. Die Erhöhungsbeträge sind je nach Besoldungsgruppe unterschiedlich hoch. Letztlich geht es um Jahres(mehr)beträge zwischen 30 und 75 Euro für aktive Beamt*innen in A13 bis A16 und zwischen 15 und 50 Euro bei den entsprechenden Ruhestandsbeamt*innen.

Mögliche Rückerstattung

Der GEW-Rechtsschutz hat in den vergangenen Jahren immer wieder auf die laufenden Gerichtsverfahren zur Überprüfung der Kostendämpfungspauschale hingewiesen und Musterschreiben für Widersprüche zur Verfügung gestellt. Wer ab 2013 beim LBV gegen Bescheide mit erhöhter Kostendämpfungspauschale schriftlich Widerspruch eingelegt hat, erhält möglicherweise die Differenzbeträge zurückerstattet. Das Land prüft derzeit die Rechtslage dazu.

Für die zurückliegenden Kalenderjahre können keine Widersprüche mehr eingelegt werden, da die betroffenen Beihilfebescheide bereits bestandskräftig sind. Für das laufende Kalenderjahr empfiehlt es sich, dagegen Widerspruch einzulegen, sobald ein Beihilfebescheid ergeht, bei dem die erhöhte Kostendämpfungspauschale abgezogen wird.

Sobald es neue Informationen gibt, veröffentlichen wir sie. ■

Susanne Besserer

Rechtsanwältin bei der
GEW-Landesrechtsschutzstelle

GEW SÜDBADEN

Schulung für Personalrät*innen in Breisach



Foto: GEW Südbaden

Teilnehmende der dreitägigen Schulung in Breisach

Die GEW Südbaden führte im März ihre traditionelle dreitägige Schulung in Breisach durch. Personalrätinnen und Personalräte aller Schularten nahmen das Angebot wahr, sich zu Themen wie Konfliktgespräche, besondere Erwerbsbiographien, längerfristige Erkrankungen, Datenschutz, Ruhestand, ständige Erreichbarkeit, LPVG oder Elternzeit

schulen zu lassen. Besonderes Augenmerk lag auf dem Umgang mit dem zunehmenden Lehrermangel. Hierzu referierten Ricarda Kaiser, stellvertretende Landesvorsitzende der GEW, und Michael Schleske, Leiter des Referats 73 am RP Freiburg. Somit wurden sowohl die Projekte des Kultusministeriums beleuchtet als auch die Umsetzung der

Maßnahmen vor Ort in Südbaden. Eine Diskussion – auch mit der GEW-Landesvorsitzenden Monika Stein – schloss sich an.

In drei Runden trafen sich die Kolleginnen und Kollegen in schulartspezifischen Gruppen, wo dann die an den Schulen ganz konkret auftretenden Probleme angesprochen und mögliche Lösungen besprochen und ausgetauscht wurden.

Auch die Kultur kam dieses Jahr mit einem Besuch im „Blauen Haus“ in Breisach und dem kurzweiligen Improtheater der „Mauerbrecher“ nicht zu kurz. ■

Herta Haupt-Cucuiu

Mitglied BPR Gymnasien

KLAUSURTAGUNG DER JUNGEN GEW „Bildung. Klasse. Klima“



Foto: Janik Held

Die Junge GEW solidarisiert sich mit Klimaaktivist*innen auf der Klausurtagung in Freiburg.

Bildung! Mutig! Los? – dem Motto der GEW folgend traf sich die Junge GEW Ende Februar in der Jugendherberge in Freiburg zu einer zweitägigen Klausurtagung.

Zu Gast waren Benchi von der Letzen Generation und Vertreterinnen der Teachers for Future (T4F). Der Freiburger Lehrer Benchi hatte sich an Straßenblockaden beteiligt und ist derzeit wegen Nötigung mit einem Gerichtsverfahren konfrontiert. Die Junge GEW Südbaden hatte zum Prozessauftakt gegen Benchi im November 2023 bereits eine Solidaritätserklärung verfasst und verurteilt die Kriminalisierung von Klimaaktivist*innen.

Die Haltung der Teachers for Future (T4F) ist ebenfalls klar. In ihrem Video „Dienstleistung verpflichtet“ stellen sie dar, wie wichtig politisch sensible und verantwortungsvolle Lehrkräfte für den Erhalt der Demokratie sind.

Im gemeinsamen Austausch wurden auf der Tagung Vernetzung von Umweltbewegung und Gewerkschaft diskutiert. Alle Beteiligten teilten die Auffassung, dass die Klimakatastrophe und der Aufschwung faschistischer Organisationen insbesondere für Beschäftigte im

Bereich Erziehung und Wissenschaft von großer Relevanz sind.

Benchi betonte: „Verbeamtete Lehrkräfte sind zusätzlich durch ihren Dienstleistungsvertrag explizit zum Handeln verpflichtet, wenn es verletzt wird.“ Dabei berief er sich auf Artikel 20a des Grundgesetzes, in dem es heißt: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen“. 2021 hat das Bundesverfassungsgericht geurteilt, dass die Klimaschutzbemühungen viel zu gering und damit verfassungswidrig seien.

Lehrkräfte dürfen sich der Realität jenseits des Klassenzimmers nicht verschließen

Die anwesenden Vertreterinnen der T4F betonten außerdem, dass Schulen angesichts multipler Krisen unserer Zeit – von Krieg bis Klima – nicht die Augen vor der Realität jenseits der Klassenzimmer verschließen dürften, wenn sie ihrem Bildungsauftrag gerecht werden wollen.

Die Bundesvorsitzende der T4F, Nora Oehmichen, zeigte sich darüber erfreut, dass die Junge GEW Nachhaltigkeit zu einem Kernthema in der Gewerkschaft

machen möchte und die Vernetzungsarbeit vorantreibt. „Gemeinsam treten wir ein für ein Bildungssystem, das die Belastungsgrenzen der Beschäftigten ebenso anerkennt wie die des Planeten“, so Oehmichen.

Auf der Klausurtagung wurde es schließlich konkret: Die Gewerkschafter*innen stießen verschiedene Vorhaben für die nächsten Wochen und Monate an. Mit einem Gruppenfoto mit den T4F solidarisierten wir uns mit dem Bündnis #Wirfahrezusammen, einem Bündnis aus der Schwestergewerkschaft Verdi und Fridays for future. Diese kämpfen für bessere Beschäftigungs- und Finanzierungsbedingungen im ÖPNV.

Und was hat das mit uns als Lehrkräften und Gewerkschafter*innen zu tun? Der ÖPNV muss zukünftig in unser aller Leben eine zentrale Rolle spielen, beim Weg zu Schule und Betrieb wie auch im Freizeitverkehr. „Gewerkschaftliche Solidarität ist zentral, um breite gesellschaftliche Bündnisse für die Mobilitätswende und andere notwendige sozial-ökologische Transformationen zu etablieren. Eine Unterstützung der GEW für den Klimastreik und die Kampagne #wirfahrezusammen ist ein gutes Beispiel dafür,“ meinte Sebastian, der den Unterstützungsvorschlag mitgebracht hatte.

Am Ende der Klausurtagung war für die Teilnehmer*innen klar: Wir sind überzeugt, dass halbherzige und zögerliche Positionen nicht zu einer gerechten und zukunftsfähigen Gesellschaft führen. Wir müssen stattdessen konsequent und laut für unsere Überzeugungen eintreten und gerade in allen existenziellen Fragen die Grenzen unserer durch Arbeitskontext und Verbeamtung vermeintlich eingeschränkten Handlungsfähigkeit ausloten. Deshalb sind wir so frei, das Motto der GEW wörtlich zu nehmen: Bildung! Mutig! Los! ■

Joachim Schweizer

Böblingen



Foto: GEW Böblingen

Böblinger Vertrauensmensen vor dem Löhnerhaus in Aktion

Ende März beschäftigten sich GEW-Vertrauensleute aus Böblingen bei einer intensiven Schulung im Löhnerhaus am Bodensee mit verschiedenen Themen. Daneben war der kollegiale Austausch über die Schularten hinweg eine wichtige Gelegenheit, etwas über die Herausforderungen vor Ort zu erfahren. Für die drei Tage konnten wir Susanne

Ziegler als Referentin und Farina Semler vom Vorstand gewinnen. Sowohl die Work-Life-Balance als auch der laufende Wahlkampf standen dabei im Fokus. Viel Input und intensive Übungsphasen in Kleingruppen brachten neue Perspektiven und sehr engagierte Diskussionen. Die Möglichkeiten der Reduzierung von Arbeitszeit, wie die Teilzeit, das Sabbat-

jahr und die Pension wurden dabei mit Fallbeispielen in den Blick genommen. Auch die strengere Handhabung der Reduzierung der Deputatsstunden aus „sonstigen Gründen“, aus Gründen des Personalmangels, wurden thematisiert. Aktuelle Fragen aus der GEW-Landespolitik wurden mit Farina Semler diskutiert. ■

Raul Coelho

Ostwürttemberg



Foto: GEW Ostwürttemberg

Mitglieder im Ruhestand aus Ostwürttemberg in Aalen

Was hatten die Römer mit Lidl & Co gemeinsam und warum musste jeder römische Legionär das Getreide für sein Brot selbst mahlen? Das und noch mehr erfuhren die Senior*innen bei einer Führung im Limesmuseum Aalen. Im gesamten römischen Reich der damaligen Zeit (2–3. Jh. n. Chr.) gab es

insgesamt nur sechs Kastelle von der Größe des Kastells in Aalen. Aalen war das größte nördlich der Alpen. Tausend Reiter mit ihren Pferden waren dort stationiert.

Nach über zweijähriger Umbauphase und Erweiterung wurde das Museum 2019 neu eröffnet. Es ist inzwischen

Zweigstelle des Archäologischen Landesmuseums Konstanz und Teil des Weltkulturerbes Limes. So lautete denn auch der Kommentar eines Teilnehmers: „Nicht wiederzuerkennen“.

Lösung der Eingangsfragen:

1. Alle Kastelle waren gleich gebaut, so dass sich Neuankömmlinge schnell zurechtfinden konnten.
2. Der Grund lag im Mutterkorn. Hätte man es übersehen, hätte sich nicht nur eine Person vergiftet. ■

Margit Wohner

Heilbronn

Mitte März trafen sich wie jedes Jahr Vertrauensleute und GEW-Aktive aus dem Kreis Heilbronn im Löchnerhaus auf der Insel Reichenau. Mit knapp 30 Teilnehmenden war die Schulung sehr gut besucht. Inhaltliche Schwerpunkte waren aktuelle Themen wie Lehrkräftearbeitszeit, Burnout, Mobbing und Diskriminierung. Dabei lag der Fokus auf der Frage, wie GEW-Mitglieder und Vertrauensleute an den Schulen direkt Einfluss auf ihre konkreten Arbeitsbedingungen nehmen können. So kamen wir auch um das Konferenzrecht nicht herum.

Mit in den Blick nahmen wir neben den Rechten der Schulleitung und den Rechten der Kolleg*innen dabei auch die Überlegung, wie wir an den Schulen – natürlich in genauer Kenntnis der jeweiligen Rechtslage – auf gute, praktikable Kompromisse hinwirken und dadurch dauerhaft kollegial zusammenarbeiten können.

Wie immer gab es auch einen Impuls von außen: Simon Gajer von der Heilbronner Stimme rundete das Programm durch seinen Vortrag „Bildung als Thema in der Heilbronner Stimme“ ab. Neben inhaltlichen Informationen zur Arbeitsweise der Redaktion und zu bildungsrelevanten Veranstaltungen und Projekten wurden dadurch wichtige Kontakte geknüpft. Wir freuen uns, dass



Foto: GEW Heilbronn

Vertrauensmenschen aus dem Kreis Heilbronn vor dem Löchnerhaus

wir bei der lokalen Presse einen direkten Ansprechpartner haben und uns dadurch als GEW-Kreis mit unseren bildungspolitischen Positionen auch weiterhin umfassend Gehör verschaffen werden.

Nicht zuletzt waren auch die anstehenden Personalratswahlen und GEW-Wahlen Thema unserer Schulung, und wie sich jede*r Einzelne in den unterschiedlichsten Bereichen aktiv in den Kreis einbringen kann. Doch die wichtigste Frage, die uns durch die drei Tage begleitete, war: „Wie werde ich die Kilos, die ich hier im Löchnerhaus zunehme, wieder los?“

In gewohnt angenehmer Atmosphäre wurden viele Impulse gesetzt und fanden noch mehr tolle Gespräche statt, sodass wir physisch und psychisch gestärkt wieder in unseren Alltag zurückkehrten. Wir freuen uns bereits jetzt auf die Schulung im nächsten Jahr vom 07. – 09. April 2025. ■

Barbara Bürgy und Harald Schröder

Ludwigsburg



Foto: GEW Ludwigsburg

Aktion im Anschluss der Personalversammlung an der PH Ludwigsburg

Bei der jährlichen Personalversammlung des ÖPR GHWRGS am SSA Ludwigsburg Mitte März haben die GEW-Fraktion (17 der 19 Sitze sind von GEW-Mitgliedern besetzt) und Kreisvorstand Martin Hettler und Inken König, beide Bezirks- und Hauptpersonalrat, mit einigen Kreismitgliedern spontan eine Aktion auf die Beine gestellt.

Im Anschluss an die Personalversammlung an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg haben wir gemeinsam auf die belastende Situation an den Schulen aufmerksam gemacht: Diese „Notrufe“ aus den Schulen sind nur einige Beispiele für vieles, was an der Basis für gutes und gesundes Arbeiten fehlt. ■

Susi Gräbitz

Unsere Jubilare

75. GEBURTSTAG

Karin Siegwart,
Filderstadt, * 01.05.1949

Gudrun Reynaud,
Müllheim, * 01.05.1949

Panayotis Dimitriadis,
Kernen im Remstal,
* 03.05.1949

Dieter Schaupp,
Burgstetten, * 03.05.1949

Gerhard Höfker-Nisseler,
Ludwigsburg, * 03.05.1949

Ingrid Engel,
Höpfingen, * 04.05.1949

Erwin Ulmer,
Tuttlingen, * 05.05.1949

Margarete Daum,
Wiernsheim, * 10.05.1949

Artur Bayer,
Östringen, * 10.05.1949

Dagmar Papritz-Balz,
Bad Mergentheim,
* 11.05.1949

Brigitte Schulz,
Göppingen, * 12.05.1949

Wilhelm Lisovski,
Karlsruhe, * 12.05.1949

Jörg Wachtler,
Wernau, * 12.05.1949

Margarita Gärtner,
Rottweil, * 13.05.1949

Isolde Müller,
Hagnau, * 14.05.1949

Melitta Birmili,
Herrenberg, * 14.05.1949

Lydia Holzinger,
Waldbrunn, * 14.05.1949

Edith Petermann,
Bad Kreuznach, * 16.05.1949

Waltraud Krohn,
Kortal-Münchingen,
* 16.05.1949

Günther Härtel,
Schwäbisch Gmünd,
* 17.05.1949

Alice Lahres-Ganske,
Renningen, * 18.05.1949

Susanne Kaupp,
Schwäbisch Hall,
* 18.05.1949

Ulrike Härter,
Kirchzarten, * 18.05.1949

Wolfgang Müller,
Oberderdingen, * 18.05.1949

Gerlinde Mokhlis,
Ingelfingen, * 19.05.1949

Pierina Bayer,
Blaubeuren, * 19.05.1949

Susanne Sindram,
Alpirsbach, * 19.05.1949

Peter Sonntag,
Albstadt, * 19.05.1949

Bruno Färber,
Illingen, * 21.05.1949

Klaus Sies,
Altshausen, * 21.05.1949

Lothar Schiffhauer,
Villingen-Schwenningen,
* 22.05.1949

Johanna Havener,
Radolfzell, * 22.05.1949

Helmut Baumann,
Offenburg, * 22.05.1949

Günther Fesenbeckh,
Heidelberg, * 22.05.1949

Gerhard Taraba,
Nagold, * 23.05.1949

Peter Poliwoda,
Karlsruhe, * 23.05.1949

Johannes Wutsch,
Schefflenz, * 23.05.1949

Dieter Vogt,
Dossenheim, * 23.05.1949

Peter Würfel,
Müllheim, * 24.05.1949

Sieglinde Brigitte Rößler,
Nattheim, * 24.05.1949

Gabriele Legleiter,
Mannheim, * 25.05.1949

Klaus Angermaier,
Herbolzheim, * 26.05.1949

Rita Kreuz,
Denzlingen, * 26.05.1949

Bärbel Geiger,
Reutlingen, * 26.05.1949

Fritz Ehmman,
Ludwigsburg, * 27.05.1949

Jörg Michael Raschke,
Rottenburg, * 27.05.1949

Andreas Cedzich,
Grenzach-Wyhlen,
* 27.05.1949

Elisabeth Krieger,
Stuttgart, * 28.05.1949

Alfred Benz,
Fürth, * 29.05.1949

Erika Klara Nold-Jelinski,
Mühlhausen-Ehingen,
* 30.05.1949

Albert Reyer,
Bitz, * 30.05.1949

Charlotte Kuhn,
Freiburg, * 30.05.1949

Angela Brell,
Haßmersheim, * 31.05.1949

Beate Kunzmann,
Neulingen, * 31.05.1949

Walter Klumpp,
Oberstenfeld, * 31.05.1949

80. GEBURTSTAG

Gertraude Hedtke,
Mannheim, * 01.05.1944

Hans Elsässer,
St. Georgen, * 02.05.1944

Charlotte Lindel,
Ammerbuch, * 02.05.1944

Heidrun
Grauerholz-Heckmann,
Heidelberg, * 03.05.1944

Gert Knödler,
Leinfelden-Echterdingen,
* 03.05.1944

Karl-Heinz Köster,
Wimsheim, * 03.05.1944

Ute Greindl,
Freiburg, * 03.05.1944

Christa Schmidt-Eisenhart,
Konstanz, * 03.05.1944

Brigitte Schulz,
Bietigheim-Bissingen,
* 04.05.1944

Bruno Rafflewski,
Plankstadt, * 04.05.1944

Friedrich Hinderer,
Kirchberg, * 05.05.1944

Günter Kuon,
Leutkirch, * 06.05.1944

Anne-Dorothea Mayer,
Jockgrim, * 08.05.1944

Roland Hausmann,
Neuffen, * 08.05.1944

Egmont Stoll,
Malsburg-Marzell,
* 10.05.1944

Ursula Fritz,
Mannheim, * 10.05.1944

Erika Erdmann-Leidecker,
Reutlingen, * 11.05.1944

Adeline Jenewein,
Sigmaringen, * 11.05.1944

Johannes Menge,
Blaubeuren, * 11.05.1944

Gerd Fiedler,
Weingarten, * 11.05.1944

Erwin Ebenfeld,
Mannheim, * 11.05.1944

Inge Weithoff,
Heidelberg, * 12.05.1944

Gisela Bullinger,
Bondorf, * 13.05.1944

Helene Heidebrecht,
Karlsruhe-Rüppurr,
* 13.05.1944

Christa Hell,
Göppingen, * 14.05.1944

Franz Tutsch,
Ludwigsburg, * 14.05.1944

Hans-Jürgen Krieger,
Schriesheim, * 14.05.1944

Meinrad Kroymann,
Tübingen, * 16.05.1944

Dieter Günzler,
Schlat, * 16.05.1944

**Monique Leboucher
de Flores**,
Waldkirch, * 16.05.1944

Erika Braun,
Heidelberg, * 17.05.1944

Gisela Hoff,
Freudenstadt, * 18.05.1944

Birgit Abou-Fidah,
Freiburg im Breisgau,
* 19.05.1944

Irmgard Asmus,
Stuttgart, * 19.05.1944

Wer in der Jubilarstafel **nicht** genannt werden möchte, bitte drei Monate vorher eine Nachricht schicken: Per Post (Mitgliederverwaltung, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart), per Fax (0711 21030-65) oder per E-Mail (datenpflege@gew-bw.de).

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Baden-Württemberg
Verantwortlicher Redakteur: Michael Hirn
Geschäftsführende Redakteurin: Maria Jeggel
Regelmäßige Mitarbeiter*innen: Corinna Blume, Jens Buchholz, Erhard Korn, Andreas Schuler
Koordination GEW-Design: Evi Maziol
Layout: Virginia Scaldavilla
Schlusskorrektur: Frank Osterlow

Anschrift der Redaktion:
 b&w, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart,
 Telefon: 0711 21030-36,
 E-Mail: b+w@gew-bw.de

Beilage: „Die Unterrichtspraxis“ erscheint 8-mal im Jahr.
Redaktion: Thomas Strehle und Miriam Hannig
 E-Mail: up@gew-bw.de

Verlag mit Anzeigenverwaltung:
 Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV),
 Silberstraße 7A, 70176 Stuttgart,
 Tel.: 0711 21030-70, Fax: 0711 21030-799,
 E-Mail: info@spv-s.de, www.spv-s.de

Geschäftsführung:
 Hans Maziol, Monika Stein
Verantwortlich für Anzeigen:
 Melanie Focali, Tel.: 0711 21030-772, melanie.focali@spv-s.de
Anzeigenschluss: ca. 15. des Vormonats
 b&w erscheint als Mitgliederzeitschrift monatlich
 10-mal im Jahr (nicht im Januar und August).

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
 Er beträgt für Nichtmitglieder jährlich 44 Euro inkl. Porto und wird jährlich im Dezember erhoben. Bestellung beim Verlag.
 Alle mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen die Meinung der Verfasser*innen dar und vermitteln nicht zwingend eine Position der Redaktion oder der GEW.
 Leserbriefe können nicht alle veröffentlicht werden.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe auszuwählen und zu kürzen. Anonym zugesandte Briefe werden nicht veröffentlicht.

Druck: GO Druck Media Verlag GmbH & Co. KG, Kirchheim
Druckauflage: 50.000 Exemplare (2. Quartal 2024)
 Gedruckt auf Blauer Engel Altpapier

Die nächsten Hefte von b&w erscheinen:
 Nr. 05 / 2024 am 24.05.2024,
 Redaktionsschluss: 15.04.2024
 Nr. 06 / 2024 am 28.06.2024,
 Redaktionsschluss: 13.05.2024
 siehe auch: www.gew-bw.de/mitgliederzeitschrift-bw/bw
 Dieses Heft wurde am 17.04.2024 für den Druck abgeschlossen.

GEW Baden-Württemberg, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart,
 Telefon 0711 21030-0, Mitgliederverwaltung: -32, -33, -34, -37
 E-Mail: info@gew-bw.de, www.gew-bw.de

Jens Eler Damß,
 Freiburg, * 19.05.1944
Bernd Wiedenbauer,
 Rheinfelden, * 20.05.1944
Volkhard Kern,
 Göppingen, * 21.05.1944
Roswitha Frasch,
 Schorndorf, * 22.05.1944
Harald Eilers,
 Friedrichshafen,
 * 24.05.1944
Karl Single,
 Oppenweiler, * 25.05.1944
Wolfgang Heinzmann,
 Denzlingen, * 25.05.1944
Paul Altenburger,
 Hartheim, * 26.05.1944
Hartmut Stirner,
 Berglen, * 26.05.1944
Klaus Genthner,
 Flein, * 28.05.1944
Hans-Peter Schleker,
 Unlingen, * 28.05.1944
Josef Seefried,
 Eichenbühl, * 29.05.1944
Jürgen Zechiel,
 Neustetten, * 29.05.1944
Peter Zwicker,
 Weinstadt, * 29.05.1944

85. GEBURTSTAG

Fritz Friederichs,
 Untereisesheim,
 * 02.05.1939
Erika Weist,
 Hirschberg, * 05.05.1939
Horst-Wilhelm Rettig,
 Mosbach, * 06.05.1939
Barbara Westermann,
 Lenningen, * 06.05.1939

Marianne Schaeffer,
 Weingarten, * 07.05.1939
Wolfgang Mair,
 Karlsruhe, * 07.05.1939
Walter Fieß,
 Bietigheim-Bissingen,
 * 09.05.1939
Gottfried Weißert,
 Stuttgart, * 09.05.1939
Brigitte Dreher,
 Ostfildern, * 11.05.1939
Gerd Schäffner,
 Offenburg, * 14.05.1939
Hans Bloss,
 Ettlingen, * 16.05.1939
Ursula Ott,
 Ulm, * 16.05.1939
Heinz Mayer,
 Konstanz, * 21.05.1939
Klaus Heyer,
 Karlsruhe, * 23.05.1939
Karl Ulreich,
 Bühlertann, * 25.05.1939
Eduard Weinbeer,
 Vaihingen, * 26.05.1939
Erika Tanner,
 Ulm, * 27.05.1939
Egon Dresel,
 Sasbach, * 28.05.1939
Theresia Rißler,
 Schwäbisch Gmünd,
 * 28.05.1939
Manfred Korthaus,
 Leimen, * 29.05.1939
Hildegard Lang,
 Stuttgart, * 30.05.1939
Anneliese Jakob,
 Ravensburg, * 30.05.1939

91. GEBURTSTAG

Hermann Müller,
 Muggensturm,
 * 16.05.1933
Manfred König,
 Linkenheim-Hochstetten,
 * 21.05.1933
Emil Müller,
 Weiskirchen, * 26.05.1933

92. GEBURTSTAG

Lisa Kratochwille,
 Augsburg, * 07.05.1932
Marlene Bittmann,
 Freiburg, * 25.05.1932

95. GEBURTSTAG

Gudrun Schmider,
 Wolfach, * 03.05.1929
Eleonore Fink,
 Mannheim, * 25.05.1929

96. GEBURTSTAG

Klara Binninger,
 Gundelfingen, * 19.05.1928

99. GEBURTSTAG

Richard Klotz,
 Welzheim, * 14.05.1925

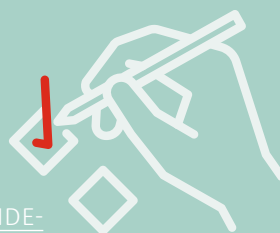
100. GEBURTSTAG

Theo Stracke,
 Wimsheim, * 21.05.1924

ÄNDERUNGEN BITTE MITTEILEN**ÄNDERUNGEN ZU DEN MITGLIEDSDATEN**

BITTE MITTEILEN (E-MAIL, ADRESSE, NAMENSÄNDERUNG, TEILZEIT, PENSION, RENTE...):

datenpflege@gew-bw.de



Unseren Toten zum Gedenken

Siegfried Binder, GHS-Lehrer
 * 16.04.1955 in Holzgerlingen
 † 02.03.2024 in Holzgerlingen

Monika Dopfer, GHS-Lehrerin
 * 03.06.1947 in Bad Waldsee
 † 02.03.2024 in Nereschach

Frans Joris Fabri, Realschulkonrektor
 * 21.01.1929 in Hove (Belgien)
 † 22.01.2024 in Kißlegg

Friedbert Günther, Oberlehrer
 * 12.12.1934 in Mosbach
 † 03.03.2024 in Großrinderfeld

Werner Hoffmann, Technischer Oberlehrer
 * 26.09.1948 in Pforzheim
 † 21.02.2024 in Pforzheim

Birgit Jockheck, Realschullehrerin
 * 25.11.1939 in Lahr
 † 06.01.2024 in Isny

Erika Kappler, Technische Lehrerin
 * 17.06.1958 in Wiesmoor
 † 27.02.2024 in Pforzheim

Carl Pietzcker, Professor
 * 03.03.1936 in Tübingen
 † 25.02.2024 in Seelbach

Heinz A. Richter, Studiendirektor
 * 18.03.1939 in Heilbronn
 † 07.03.2024 in Weinheim

Lothar Erhard Stauß, Technischer Fachlehrer
 * 21.04.1945 in Leipzig
 † 23.01.2024 in Stuttgart

Wer nicht genannt werden soll, bitte bei der Todesnachricht mit angeben. Oder per E-Mail (datenpflege@gew-bw.de) oder per Fax (0711 21030-65) mitteilen.

Lesebrief



03 / 2024

S. 43 „Schwäbisch Hall“ und S. 49 Leserbrief Haltung zeugt von Ignoranz

Vielen Dank an Herrn Kletzin für seinen Leserbrief, der die richtigen Fragen stellt. Ich hatte mich bereits über ähnliche Artikel in früheren Ausgaben echauffiert, die die Bundeswehr als bloße Tötungsmaschinerie darstellen und die angebliche Rekrutierung von Kindern thematisieren. Die Aktion von Herrn Kauke in Schwäbisch Hall schlägt dieselbe Richtung ein und wirbt noch mit der Empfehlung zur Nachahmung. Solch eine Haltung zeugt von Ignoranz gegenüber den breitgefächerten Aufgaben der Bundeswehr und illustriert das utopische Denken mancher Mitmenschen, die, wie Herr Kletzin vermutet, von Friedensgesprächen am runden Tisch träumen. Die Bundeswehr hat aus gutem Grund eine Kooperationsvereinbarung mit dem Kultusministerium, denn es ist wichtig, dass junge Menschen lernen, wozu wir die Bundeswehr brauchen und wie wir unseren Beitrag zu Zivilschutz und Verteidigung leisten können.

Kim Embrey
 Militärangehörige



Im April 2024 erhält den **LesePeter** das Bilderbuch (ab 4 Jahren) von Jordan Scott und Sydney Smith **Der Garten meiner Baba** Aladin, Stuttgart 2023 40 Seiten, 18,00 € Ausführliche Rezension unter: www.ajum.de (LesePeter)

Im vergangenen Jahr ist die größte bildungspolitische Interessenvertretung zwischen Main und Bodensee um 1,5 Prozent gewachsen. In den nächsten beiden Monaten lohnt es sich zusätzlich, GEW-Mitglied zu werden oder Mitglieder zu werben.

Für neue Mitglieder oder für die Werbung von neuen Mitgliedern gibt es im April und Mai 2024 nicht nur die übliche Prämie. Wir verlosen zusätzlich Preise.

Zu gewinnen sind ein Wochenende für zwei Personen am Bodensee im Strandhotel Löchnerhaus auf der Reichenau sowie Büchergutscheine.

#WirSindViele – #WirSindProfis

Die GEW BW organisiert mit über 50.000 Mitgliedern (bundesweit: 280.000) Beschäftigte aller Schularten und Bildungseinrichtungen – von den Kitas über die 4.500 Schulen über die Hochschulen bis zu den Volkshochschulen. Über 3.000 Personen kandidieren derzeit bei den schulischen Personalratswahlen auf den Wahlvorschlägen der GEW. GEW-Personalrät*innen beraten überall im Land fachkundig, individuell und verlässlich.

Termine

GEW

AK Lesbenpolitik

Unser nächstes Treffen findet am
> **Freitag, 21.06.2024, 16:00 – 18:30 Uhr**
in der Landesgeschäftsstelle,
Silcherstraße 7a in Stuttgart statt.
lesbenpolitik@gew-bw.de

GEW-Kreise und Ortsverbände

Böblingen

> **Samstag, 04.05.2024, 19:00 Uhr**
„Bühne frei“ – GEW Kleinkunstfest
Mauerwerk Herrenberg,
Hindenburgstraße 22
Eintritt frei

> Dienstag, 14.05.2024

Spaziergang durch den Park.
Mittagessen in der „Garbe“.
Führung durch das Landwirtschaftsmuseum
in Hohenheim. Der Fahrplan für die
Hin- und Rückfahrt wird den
Teilnehmenden mitgeteilt.
Anmeldung (nur noch Warteliste) bei
Hermann Kühl, hermann.kuehl@gew-bw.de

Pforzheim

> **Mittwoch, 12.06.2024**
Stille Pfade im Kreuzbachtal
Entdeckungen mit Thomas Köberle
Dipl. Landschaftsökologe
Anmeldungen bis 28.05.2024
an GEW MiR Bernd Rechel

Reutlingen / Tübingen

> **Freitag, 21.06.2024, 14:00 – 16:00 Uhr**
Kreisversammlung
Berichte aus dem Kreis, Kreisvorstandswahlen, Delegiertenwahlen
Ort: Umweltbildungszentrum Listhof,
Friedrich-List-Hof 1, 72770 Reutlingen
> **Freitag, 21.06.2024, 16:30 Uhr**
Sommerfest des GEW-Kreises
Ort: Listhof, Feuerstelle,
Anmeldung bitte über die Homepage
oder an matthias.gruner@gew-bw.de

WEITERBILDUNG FÜR ENGLISCHUNTERRICHT IN DER GRUNDSCHULE Masterstudiengang E-LINGO

Foto: E-Lingo



Der viersemestrige Studiengang „E-LINGO Teaching English to young learners“ in Teilzeit qualifiziert für den Englischunterricht in der Elementar- und Primarstufe. Er wird komplett online oder im Blended-Learning-Format an der Pädagogischen Hochschule Freiburg angeboten

und kann so berufsbegleitend absolviert werden. Er startet im Oktober 2024. Charakteristisch sind eine sehr praxisnahe Ausbildung, ein internationales Umfeld, eine aktive Studierenden-Community und ein engagiertes Dozierendenteam. Bewerbungsschluss ist am 31.05.2024. **!**

Weitere Informationen:

www.e-lingo.eu





Von hier an geht es aufwärts!

Die Klinik zeichnet sich aus durch ein intensives Behandlungs- und Psychotherapieangebot. Die Basis ist eine fundierte Einzeltherapie, ergänzt durch interessante Gruppentherapien, individuelles Sportcoaching und Restaurant-Genießerküche. Unsere Indikationen: Depressionen, Burn-Out, Ängste und Panik, Essstörungen, psychosomatische Erkrankungen. Weitere Infos auf der Webseite.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221 / 39 39 30

Gunzenbachstr. 8
76530 **Baden-Baden**

aufnahme@leisberg-klinik.de — www.leisberg-klinik.de

WOHNUNG GESUCHT

Hauptamtlicher Beschäftigter der GEW-Landesgeschäftsstelle Stuttgart sucht ab Mai 2024 oder später für ca. 2–3 Übernachtungen pro Woche (nur an Werktagen) eine helle, ruhige 1–2 Zimmer-Wohnung oder ein Appartement in Stuttgart in der Nähe oder mit guter ÖPNV-Anbindung zur GEW-Landesgeschäftsstelle im Stuttgarter Westen. Bitte per E-Mail b+w@gew-bw.de melden.



Konferenzrecht: Mitgestaltungsrechte nutzen

Mitentscheiden und Schulbetrieb verbessern



Rux/Goerlich

Konferenzen in der Schule. Mehr Rechte, als wir ahnen

Ratgeber zur Verbesserung der
innerschulischen Kommunikation

2024, 1. Auflage, brosch., DIN A 4,
44 Seiten, € 12,90 (Vorteilspreis
für GEW-Mitglieder 9,90 €)
Print ISBN 978-3-944970-41-7
E-Book ISBN 978-3-944970-42-4

Erscheint im April 2024

Die Schule ist neben der Hochschule die einzige Behörde, deren Beschäftigte das Recht besitzen, durch Mehrheitsbeschluss Regelungen zu treffen, die alle an der Institution Tätigen einschließlich der Leitung binden. Nirgends sonst können die Beschäftigten ihrer Direktion Vorschriften machen, es ist anderswo immer nur umgekehrt.

Die schulischen Konferenzen, von der Fach- oder Klassenkonferenz über die Gesamtlehrerkonferenz bis zur Schulkonferenz, sind die zentralen Orte für diese Entscheidungsprozesse. Es liegt in der Verantwortung der Lehrkräfte, ihre Mitgestaltungsrechte zu nutzen. Um das Konferenzrecht zum Besten der Schule anwenden zu können, muss man es kennen.

Der neue Ratgeber erläutert praxisgerecht und gut verständlich die rechtlichen Grundlagen der Beteiligung und liefert einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung der Schule.

Die beiden **hochkompetenten Autor*innen** *Michael Rux* und *Inge Goerlich* sorgen dank ihrer langjährigen Beratungs- und Schulungspraxis für rasche Erkenntnisse.

Für wen? Alle Lehrkräfte, Schulleitungen und die neu in den baden-württembergischen Schuldienst eintretenden Lehramtsanwärter- und Referendar*innen, ebenso für jede Schulbibliothek und Schulbehörde in Baden-Württemberg.

Herausgegeben von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg.

GEW-Mitglieder erhalten die Broschüre zum Vorzugspreis. Und sie ist natürlich als Arbeitsmittel steuerlich absetzbar.

Bestellen Sie jetzt in Ihrer Buchhandlung oder beim Süddeutschen Pädagogischen Verlag www.spv-s.de

süddeutscher
pädagogischer
verlag **spv.**

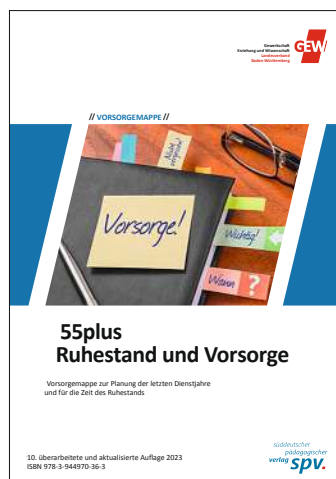
Unersetzliche Ratgeber



Goerlich/Rux
GEW-Jahrbuch 2024
Für Lehrkräfte
43. vollständig aktualisierte Auflage
- **Standardausgabe** -
2024, 1064 Seiten, 27 €
(GEW-Mitglieder 15 €)
ISBN 978-3-944970-38-7
Print + E-Book 39 €
(GEW-Mitglieder 23 €)
- **Sonderausgabe für Berufliche Schulen** -
2024, 1400 Seiten, 27 €
(GEW-Mitglieder 15 €)
ISBN 978-3-944970-39-4
Print + E-Book 39 €
(GEW-Mitglieder 23 €)
Jeweils auch als E-Book 18 €
(GEW-Mitglieder 10 €)



Wiedemann
Steuererklärung
6. überarbeitete Auflage
2023, 72 Seiten, DIN A 4
11 € (GEW-Mitglieder 7 €)
Jetzt mit Beilage-Blätter zur
Aktualisierung für das Jahr 2024



Goerlich/Rux
55plus - Ruhestand und Vorsorge
10. überarbeitete und aktualisierte Auflage
2023, 164 Seiten, DIN A 4,
20 € (GEW-Mitglieder 12 €)
ISBN 978-3-944970-36-3



Goerlich/Rux
Eltern-Jahrbuch 2023
Handbuch des Schul- und
Elternrechts
an öffentlichen Schulen in
Baden-Württemberg
22. Jahrgang, 544 Seiten
20 EUR
ISBN: 978-3-944970-37-0



Handbuch inkl. E-Book
25 EUR



Ihr Buch beim Süddeutschen Pädagogischen Verlag

Sie haben eine Idee für eine **praxisorientierte Publikation** oder haben bereits eine Arbeit mit viel Leidenschaft geschrieben?

Nun möchten Sie sie **veröffentlichen**. Ganz gleich, ob es sich um eine Monografie (z.B. ein Lehrbuch, eine Dissertation oder Habilitation) handelt oder um einen Sammelband.

Der **Süddeutsche Pädagogische Verlag** steht Ihnen bei der Publikation zur Seite.

Sie profitieren von einer hochwertigen Herstellung, permanenter persönlicher Betreuung und einem **hohen Verbreitungsgrad**.

Mit Ihrem Buch bei uns vermitteln Sie Ihr Wissen und Ihre Expertise den im Bildungswesen Beschäftigten.

Rufen Sie einfach an oder schreiben Sie.



Stefan.Beck@spv-s.de



0711/21030-771

süddeutscher
pädagogischer
verlag **spv.**

GEW WÄHLEN!

GHWGRGS:
noch bis 3. Mai

Berufliche Schulen:
6.–8. Mai

ZSL und asB
bis 18. Juni

PR-Wahl-
termine

Bildung |
Mutig |
Los!